



Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse

Tajikistan

April 2004

von

Dr. Andrea Schmitz

im Auftrag der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Die vorliegende Studie wurde bewußt von einem unabhängigen Gutachter/einer unabhängigen Gutachterin erstellt und entspricht nicht notwendigerweise der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten 1925 gegründet, ist die FES der sozialen Demokratie verpflichtet mit der Zielsetzung

- Die politische und gesellschaftliche Bildung von Menschen aus allen Lebensbereichen im Geiste von Demokratie und Pluralismus zu fördern,
- Begabten jungen Menschen durch Stipendien Zugang zu Studium und Forschung zu ermöglichen
- Zur internationalen Verständigung und Zusammenarbeit beizutragen

Derzeit arbeiten 560 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an der Weiterführung dieser Ziele. Die internationale Arbeit verbindet die FES mit Partnern in über hundert Ländern der Welt und wird im Wesentlichen durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und das Auswärtige Amt finanziert. Ziel der Projektaktivitäten zur demokratischen und sozialen Gestaltung der Globalisierungsprozesse ist eine konstruktive, den Frieden fördernde Transformation von Konflikten in verschiedenen Phasen. Dabei ist die FES dem Prinzip der Nachhaltigkeit ebenso verpflichtet wie dem Do no harm-Ansatz, der den Schwerpunkt der Interaktion innerhalb der Zivilen Konfliktbearbeitung auf die Stärkung verbindender Kräfte und auf die lokalen Friedenspotentiale legt. Zivile Konfliktbearbeitung umfaßt sämtliche vor, während, oder nach gewaltsam ausgetragenen Konflikten ansetzende Maßnahmen der gezielten Einflussnahme auf die Konfliktursachen, sie umfaßt sowohl die Kontrahenten und ihre Dialogformen als auch die gezielte Stärkung des friedlichen Potenzials innerhalb der jeweiligen Gesellschaft(en).

Mitarbeit an dieser Studie: Günther Fichtner, Reinhard Krumm

Kontakt: Britta Joerßen

FES-Referat Mittel- und Osteuropa, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

T.: 0049-30-26935-904 F.: 0049-30-26935-955 Email: konfliktbearbeitung@fes.de

Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt)

FriEnt wird von acht staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen und Netzwerken gebildet, die in FriEnt ihre Erfahrungen im Bereich der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung austauschen. Das Wissen über erfolgreiche Möglichkeiten entwicklungspolitischen Handelns für Frieden soll damit vertieft und eine Chance zu engerer Koordination und Absprache zwischen den Mitgliedern der Arbeitsgruppe geschaffen werden. FriEnt wertet Informationen über Projekte und praxisrelevante Forschungsergebnisse aus, entwickelt methodische und konzeptionelle Ansätze weiter, fördert den Dialog zwischen den Mitgliedsorganisationen und den Kontakt mit anderen Einrichtungen entwicklungspolitischer Friedensarbeit.

Die Gruppe entstand am 31. August 2001 auf Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, des Evangelischen Entwicklungsdienstes, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, der Katholischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe/ Misereor, des Konsortiums Ziviler Friedensdienst und der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. Die Friedrich-Naumann-Stiftung trat am 1.4.2003 als weitere Mitgliedsorganisation bei.

Mitarbeit an dieser Studie: Anja Dargatz

Kontakt:

Gruppe Friedensentwicklung/FriEnt, c/o BMZ, Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn

T.: 0049-228-535-3259 F: 0049-228-535-4259, frient@bmz.bund.de

Inhalt

Executive Summary

Methodische Vorbemerkung

Anmerkung zur Transliteration

Konfliktanalyse Tadjikistan

1. Einführung

- 1.1. Geographie, Bevölkerung, administrative Gliederung
- 1.2. Politische, wirtschaftliche und soziale Grunddaten
- 1.3. Von der russischen Eroberung zur staatlichen Unabhängigkeit
- 1.4. Ursachen, Dynamiken und Akteure des Bürgerkrieges
- 1.5. Externe Akteure und Friedenssicherung
- 1.6. Schwache Staatlichkeit als zentrale Konfliktursache

2. Strukturelle Konfliktursachen und konfliktverschärfende Faktoren

- 2.1. Politik
- 2.2. Wirtschaft
- 2.3. Soziales
- 2.4. Konkurrierende Ordnungsvorstellungen
- 2.5. Transnationale Dynamiken

3. Akteure

- 3.1. Staatliche Ebene
- 3.2. Zivilgesellschaft
- 3.3. Traditionelle Institutionen der Konfliktregelung
- 3.4. Externe Akteure

Entwicklungspolitische Maßnahmen

1. Überblick: Organisationen und Sektoren

2. Konfliktprävention und Konfliktmanagement

- 2.1. Dezentralisierung
- 2.2. Governance
- 2.3. Sozialer Bereich: Gender
- 2.4. Dialog und Mediation zwischen Konfliktakteuren

3. Dilemmata und Defizite

Empfehlungen

1. Potenzielle Sektoren und Partner
 - 1.1. Politische und rechtliche Bildung
 - 1.2. Stärkung der Zivilgesellschaft
 - 1.3. Dialog und Mediation
 - 1.4. Aufbau von Frühwarnkapazitäten

2. Regionale Schwerpunktsetzung

Anhang

1. Liste der Gesprächspartner
2. Abkürzungen
3. Zitierte Quellen

Executive Summary

Seit dem Ende des Bürgerkrieges hat sich Tadjikistan mit westlicher Hilfe deutlich stabilisiert. Die strukturellen Konfliktursachen – schwere Defizite im Bereich des allgemeinen Staatsmanagements und der Regierungsführung sowie die ungleiche Verteilung von Ressourcen – bestehen jedoch fort und kreieren jene Konfliktpotentiale, die für viele „schwache Staaten“ charakteristisch sind: Armut und Arbeitslosigkeit, Niedergang des Gesundheits- und Bildungswesens, fehlende politische Partizipation und eingeschränkte Meinungsfreiheit, Benachteiligung von Frauen, limitierte Bewegungsfreiheit in einigen Grenzgebieten, zerfallende Infrastruktur, Drogenkonsum, religiöser Extremismus, Korruption und Kriminalität. Diese Faktoren lösen zwar nicht per se gewaltsame Konflikte aus, kreieren aber latente Spannungen, die als *conflict triggers* wirken und von einzelnen Akteuren genutzt werden können, um gewaltsame Konflikte zu provozieren.

Neben Repräsentanten von Regierung und staatlichen Institutionen sowie Vertretern von Opposition und Zivilgesellschaft müssen auch externe Kräfte zu den Konfliktakteuren in Tadjikistan gerechnet werden. Die internationale Staatengemeinschaft, die wesentlich an der Beendigung des Bürgerkrieges und am Wiederaufbau des Landes beteiligt war, ist nach wie vor massiv in Tadjikistan präsent. Grund dafür ist nicht zuletzt die geostrategische Bedeutung der Region, die im Zusammenhang mit dem U.S.-amerikanischen „war on terror“ zugenommen hat. Im außen- und entwicklungspolitischen Engagement des Westens spielt daher der Bereich Konfliktprävention eine zunehmend wichtige Rolle. Die Mehrzahl der Programme zielt zumindest indirekt auf die Reduzierung struktureller Spannungen ab, aber nur einige wenige Geber haben den Komplex Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung zum Schwerpunkt ihrer Länderstrategien gemacht. Die einschlägigen Maßnahmen konzentrieren sich dabei auf die Stärkung staatlicher Institutionen auf der einen Seite und den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen auf der anderen, sowie auf Dialog und Mediation als Voraussetzung für konstruktive Konfliktbearbeitung.

Diese Sektoren, die im Hinblick auf die strukturellen Konfliktursachen, Hauptkonfliktfelder und –akteure unmittelbar relevant sind, bilden gerade für politische Stiftungen ein lohnenswertes Betätigungsfeld. Da es trotz einer Fülle von Maßnahmen auf allen gesellschaftlichen Ebenen an Grundkompetenzen für konstruktive Konfliktaustragung fehlt, sollte die Vermittlung solcher Kompetenzen in

den Vordergrund gerückt werden. Dabei empfiehlt sich als Schwerpunktbereich der Komplex „politische und rechtliche Bildung“ und als wichtigste Zielgruppe die Zivilgesellschaft, die in Tadjikistan nachhaltiger Unterstützung bedarf. Gleichwohl sollten staatliche Akteure in die Aktivitäten mit einbezogen werden, um den Aufbau von Vertrauensbeziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft zu fördern. In dem für die Konfliktproblematik zentralen Bereich „Dialog und Mediation“ sind methodische Aspekte bisher vernachlässigt worden – mit negativen Folgen für die Qualität und Wirksamkeit entsprechender Veranstaltungen. Eine weitere Empfehlung dieser Studie lautet daher, an entsprechende Maßnahmen anzuknüpfen, dabei aber methodische Fragen in der Vordergrund zu stellen. Auf diese Weise könnten nicht nur Synergien produziert, sondern auch die Konfliktbearbeitungskapazitäten der relevanten Akteure gestärkt werden. In einer Vermittlung solcher Kompetenzen, die auf Qualität, Konsistenz und Nachhaltigkeit setzt, läge denn auch der *added value* eines konfliktpräventiven Engagements der FES in Tadjikistan.

Berlin, im Januar 2004

Andrea Schmitz

Methodische Vorbemerkung

Die vorliegende Studie ist Bestandteil des von der Friedrich-Ebert-Stiftung geleiteten Projekts „Konfliktbezogene Wirkungsbeobachtung“, das im Jahr 2002 initiiert wurde. Das Projekt zielt darauf ab, Erkenntnisse über die Wirkung konflikt-sensitiver Maßnahmen zu gewinnen und für die Programmplanung interessierter Trägerorganisationen nutzbar zu machen. Konfliktprävention und Konfliktmanagement zählen seit einigen Jahren zu den zentralen Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit. Politischen Stiftungen kommt dabei eine führende Rolle zu, da ihre Programme auf die Entwicklung von Demokratie, Zivilgesellschaft und Guter Regierungsführung (*good governance*) abzielen, die ihrerseits wesentliche Voraussetzungen für nachhaltige Stabilität und Frieden sind.

Gemäß den *terms of reference* der vorliegenden Studie werden im Folgenden mit dem Begriff „Konfliktprävention“ langfristig angelegte Aktivitäten zur Reduzierung struktureller Spannungen bezeichnet, die dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige und friedliche Entwicklung zu schaffen. Der Begriff „Konfliktmanagement“ bezeichnet kurz- und mittelfristig angelegte Aktivitäten, die auf eine friedliche Beilegung von Konflikten abzielen und die Fähigkeit der Akteure, Konflikte konstruktiv zu lösen, stärken sollen. Dabei wird von der Prämisse ausgegangen, dass jede Form externer Hilfe Konfliktsituationen beeinflussen und Konfliktverläufe verändern kann, auch wenn solche Wirkungen meist unbeabsichtigt sind. Die Folgen können – und dies wird häufig unzureichend reflektiert – positiv oder negativ sein. Letzteres zu vermeiden ist Anliegen des Grundsatzes *Do no harm* (‘keinen Schaden anrichten’).¹ Dies aber erfordert eine komplexe Folgenabschätzung, d.h. eine konfliktbezogene Wirkungsanalyse, wie sie in der vorliegenden Studie für Tajikistan vorgenommen wird.

Zu diesem Zweck wurden zunächst die einschlägigen Quellen zur aktuellen Konfliktsituation in Tajikistan ausgewertet und eine Bestandsaufnahme der Aktivitäten internationaler Organisationen auf dem Sektor Konfliktbearbeitung vorgenommen. Die dabei gewonnenen Ergebnisse wurden dann während eines dreiwöchigen Feldaufenthaltes im Oktober 2003 in Tajikistan überprüft und angepasst. Die Datenerhebung vor Ort erfolgte in Form semi-strukturierter Interviews,

¹ Vgl. Armin Hasemann, Katharina Hübner-Schmid, Methodenleitfaden zur Konfliktanalyse (Draft, unpubl.); s.a. DFID, Conducting Conflict Assessments: Guidance Notes, London 2002; Jörn Grävingholt, Krisenpotenziale und Ansatzpunkte für eine krisenpräventive deutsche Entwicklungszusammenarbeit, DIE, Bonn 2003, S. 6f.

die sich an den methodischen Empfehlungen des von der Friederich-Ebert-Stiftung (FES), der Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt) und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) erstellten *Methodenleitfadens zur Konfliktanalyse*² orientierten. Insgesamt wurden 60 Vertreter staatlicher, nichtstaatlicher, zivilgesellschaftlicher nationaler und internationaler Institutionen und Organisationen in der Hauptstadt Dushanbe sowie in den Provinzstädten Khujand (Provinz Soghd) und Shahrituz (Provinz Khatlon) befragt (vgl. die Liste der Gesprächspartner im Anhang).

Die Analyse der Konfliktsituation und die Bewertung des internationalen Engagements auf dem Sektor Konfliktbearbeitung erfolgte jeweils mit einem getrennten Set von Fragen. Diese zielten darauf ab,

- 1) Konfliktursachen, aktuelle Spannungspotentiale und Schlüsselakteure zu identifizieren,
- 2) die für die Konfliktbearbeitung relevanten Sektoren zu benennen und die Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf ihre Wirkung zu bewerten, um
- 3) auf der Basis der so gewonnen Erkenntnisse die Möglichkeiten eines Engagements der FES auf dem Querschnittssektor Konfliktbearbeitung auszuloten und potenzielle Aktionsfelder, geeignete Träger und strategisch wichtige Zielgruppen zu identifizieren.

Dieser Fragestellung folgt auch die Gliederung der Konfliktstudie. Nach einem einführenden Kapitel, das den Rahmen der nachfolgenden Ausführungen absteckt, folgen die drei zentralen Teile der Studie:

- 1) Analyse der strukturellen Konfliktursachen und konfliktverschärfenden Faktoren in Tadjikistan sowie Identifizierung der relevanten Akteure;
- 2) Analyse der Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft auf dem Sektor Krisen- bzw. Konfliktprävention. Dabei wird keine systematische Evaluierung aller in diesen Bereich fallenden Aktivitäten angestrebt. Vielmehr werden die für den Komplex Konfliktprävention und -management unmittelbar relevanten Programme herausgegriffen und exemplarisch untersucht;
- 3) Empfehlungen von Sektoren und Partnern für ein konfliktpräventives und –sensitives Engagement der FES in Tadjikistan unter Berücksichtigung folgender Kriterien:

² Hasemann/ Hübner-Schmid, Methodenleitfaden.

- a) Relevanz im Hinblick auf die strukturellen Konfliktursachen, Hauptkonfliktfelder und –akteure,
- b) nachhaltig konfliktpräventive Wirkung der Maßnahmen,
- c) Durchführbarkeit mit den der FES zur Verfügung stehenden Instrumenten, und
- d) Kohärenz der Maßnahmen.

Anmerkung zur Transliteration

Bei der Transliteration von Eigennamen und geographischen Bezeichnungen aus der kyrillisch geschriebenen tajikischen Sprache wird aus Gründen der Ökonomie und Eleganz die im anglophonen Raum übliche und auch in Tajikistan inzwischen gebräuchliche Schreibweise verwendet. Wir schreiben also „Tajikistan“ (statt „Tadschikistan“), „Bergbadakhshan“ (statt „Bergbadachschan“), „Khujand“ (statt „Chudschand“), „Rakhmonov“ (statt „Rachmonow“), „Khoji“ (statt Chodschi“) etc.

Konfliktanalyse Tadjikistan

Die mit der staatlichen Unabhängigkeit im Jahr 1991 verbundene Neudefinition von Machtverhältnissen löste in Tadjikistan einen Bürgerkrieg aus, der zwischen 1992 und 1997 ca. 50.000 Menschen das Leben kostete. Ca. 60.000 Menschen flohen aus den von den Kriegshandlungen besonders betroffenen Gebieten in andere Landesteile, darunter vielfach ins benachbarte Afghanistan. Im Juni 1997 wurde das Ende des Krieges mit der Unterzeichnung des *Abkommens über Frieden und Nationale Eintracht* durch die Bürgerkriegsparteien offiziell beendet. In den folgenden Jahren hat sich das Land mit westlicher Hilfe deutlich stabilisiert. Dadurch wurden aber strukturelle Konfliktursachen nicht beseitigt. Sie haben lediglich neue Gestalt angenommen und kreieren neue Konfliktpotentiale. Dies läßt es angezeigt erscheinen, zunächst einen Überblick zu geben über jene Faktoren, Ereignisse und Akteure, die die Dynamik von Krieg, Frieden und Konsolidierung in Tadjikistan bestimmt haben und das Konfliktprofil des Landes auch heute prägen.

1. Einführung

1.1. Geographie, Bevölkerung, administrative Gliederung

Tadjikistan ist die kleinste der fünf Republiken im postsowjetischen Zentralasien. Mit einer Fläche von 143.100 Quadratkilometern ist Tadjikistan etwa so groß wie Griechenland. 90 % des Landes sind Gebirge bzw. aride Hochebenen, wobei allein das Pamir-Gebirge etwa die Hälfte des Territoriums einnimmt. Nur 10 % des Landes eignen sich für die landwirtschaftliche Produktion. Dies sind überwiegend fruchtbare Flusstäler, in denen v.a. Baumwolle, aber auch Getreide sowie Obst und Gemüse angebaut werden. Diese Gebiete sind dicht besiedelt. Hier leben drei Viertel der Gesamtbevölkerung, die rund 6,5 Millionen beträgt und neben der tadjikischen Mehrheit (ca. 65 %) auch Uzbeken (ca. 25 %) und Russen (ca. 3,5 %), Kirgisen und Tataren (zusammen ca. 4 %) sowie marginalisierte Roma-Gruppen, die Luli, umfasst.

Demographische Daten 2002³

Bevölkerungsdichte	45,5 Menschen pro km ²
Bevölkerung gesamt	6,5 Mio.
davon unter 19 Jahre	52,6 %
Landbevölkerung	4,78 Mio.
Stadtbevölkerung	1,72 Mio.

Die Tajiken, die zur persisch-iranischen Völkerfamilie zählen, bekennen sich, ebenso wie ihre zentralasiatischen Nachbarn, zum sunnitischen Islam der hanafitischen Richtung. Eine Ausnahme bildet die Bevölkerung der Provinz Bergbadakhshan (s.u.), die „Pamiris“, die der ismailitischen Richtung der Shi'a angehören.

Die physische Geographie des Landes erschwert nicht nur die Kommunikation, sondern auch die soziale und ökonomische Integration. Zahlreiche abgelegene Gebirgstäler sind zu bestimmten Jahreszeiten von den übrigen Landesteilen aus kaum zugänglich. Die Transportverbindungen zwischen einzelnen Regionen und den Nachbarstaaten sind teilweise besser als die zwischen den einzelnen Regionen untereinander. Bis zur Eroberung der Region durch die Bolsheviki gab es nur wenig Austausch zwischen den Regionen. Die Bevölkerungsteile im Norden und Westen hatten allerdings traditionell enge Kontakte mit den tajikischen Zentren Buchara und Samarkand (heute Uzbekistan) und mit ihren usbekischen Nachbarn.

Das Land ist administrativ in vier Provinzen gegliedert:

- 1) Nordprovinz *Soghd* (ehem. Leninabad) mit den Flusstälern des Syr und Zarafshan.

Soghd, zur Sowjetzeit am stärksten industrialisiert und ökonomisch den übrigen Provinzen nach wie vor überlegen – zwei Drittel des nationalen BIP werden dort erwirtschaftet –, bildet einen Teil des dicht besiedelten *Ferghanatals*, das sich nach Kirgizstan und Uzbekistan erstreckt. Provinzhauptstadt: *Khujand* (Leninabad). In Soghd leben 32 % der Gesamtbevölkerung.

³ Quelle: *Tapping the Potential. Improving Water Management in Tajikistan*. National Human Development Report 2003, Statistical Appendix (S. 62 ff.).

2) *Zentralprovinz* des Landes, in der 31 % der Bevölkerung leben und die von den Gebirgszügen Turkestan, Zarafshan, Hissar dominiert wird.

Der östliche Teil der Zentralprovinz umfasst den Distrikt *Rasht* mit dem *Karategin*-Tal und den Provinzzentren *Gharm* und *Tavildara*; den westlichen Teil der Zentralprovinz bildet das *Hissar*-Tal, in dem sich die Hauptstadt *Dushanbe* befindet. Traditionell enge Beziehungen (Handel etc.) mit Uzbekistan und dem Süden. Westlich von Dushanbe befindet sich die größte Aluminiumschmelze Zentralasiens, zugleich die weltweit viertgrößte. Das Werk verschlingt 1/3 der im Lande erzeugten Elektroenergie, ist aber derzeit nicht vollständig ausgelastet. Gleichwohl ist Aluminium, zu dessen Herstellung Bauxit importiert werden muss, das Hauptexportprodukt des Landes.

3) Provinz *Khatlon* im Südwesten, zwischen Hissargebirge und den Flüssen Amu und Pjandsh.

Die Provinz grenzt an Afghanistan und Uzbekistan. Ein in Nord-Süd-Richtung verlaufender Gebirgszug teilt die Provinz in die Distrikte *Kurgontepa* im Westen mit den Flusstälern Kofarnihon und Vakhsh, und *Kulob* im Osten. Khatlon ist die bevölkerungsreichste Provinz (34 % der Gesamtbevölkerung siedeln dort) und die "Kornkammer" der Landes: gut die Hälfte des in Tajikistan produzierten Weizens – zugleich das Hauptnahrungsmittel - werden in Westkhatlon angebaut. Daneben ist Baumwolle das wichtigste Anbauprodukt. Die Provinz hat mehrere Wasserkraftwerke, die einen großen Teil des Strombedarfs des Landes decken. Neuerdings wird sogar wieder Strom nach Nordafghanistan exportiert.

4) *Autonome Provinz Bergbadakhshan* im Westen des Landes (Pamir).

Diese flächenmäßig größte, wegen der Gebirgslage nur schwer zugängliche Provinz ist dünn besiedelt. Nur 3 % der Gesamtbevölkerung leben dort. Die Bevölkerung der Provinz wird als "*Pamiris*" bezeichnet und hebt sich in kultureller Hinsicht stark von den Tajiken in den anderen Regionen des Landes ab. Während die Tajiken im Allgemeinen sunnitische Muslime der hanafitischen Richtung sind, bekennen sich die *Pamiris*, die sich in 8 verschiedene Gruppen differenzieren, zur ismailitischen Richtung der Shi'a und haben altiranische dialektale Besonderheiten bewahrt. Während der Sowjetzeit wegen der militärisch-strategischen Lage stark subventioniert, litt die Provinz, die wirtschaftlich kaum entwickelt war, in besonderem Maße am Wegfall der Unterstützungsleistungen durch Moskau. Traditionelle, dem Verlauf der Täler folgende Handelsrouten verbinden Bergbadakhshan mit Zentraltajikistan und Afghanistan.

1.2. Politische, wirtschaftliche und soziale Grunddaten

Tajikistan ist, ebenso wie die postsowjetischen Nachbarstaaten, eine Präsidialrepublik. Die Verfassung räumt dem Präsidenten große Vollmachten ein. Das Parlament besteht aus zwei Kammern – dem Repräsentantenhaus mit 63 auf fünf Jahre vom Volk gewählten Deputierten, und dem Oberhaus mit 33 Deputierten, von denen 25 von den lokalen Parlamenten gewählt, acht vom Präsidenten ernannt werden. Die bei weitem stärkste Kraft im Parlament ist die *Volksdemokratische Partei Tajikistans* (VDPT), die von Präsident Emomali Rakhmonov geleitet

wird und über 65 % der Sitze im Unterhaus verfügt. Stärkste Oppositionsparteien sind die *Kommunistische Partei* (KP, 20 % der Sitze) und die *Partei der Islamischen Wiedergeburt Tajikistans* (PIWT, 7,5 % der Sitze). Tajikistan ist die einzige der ehemaligen Sowjetrepubliken in der Region, in der eine islamische Partei legalisiert und sogar in die Regierung integriert wurde. Dies war eine der Grundbedingungen für die nationale Aussöhnung nach dem Bürgerkrieg, in den die PIWT maßgeblich involviert war. Dennoch ist das Verhältnis zwischen Regierung und Oppositionsparteien nach wie vor konfliktträchtig (s.u., 1.4.).

Tajikistan ist nicht nur das kleinste, sondern auch das ärmste Land im postsowjetischen Zentralasien und hat mit den für die Staaten dieser Region charakteristischen Transitionsproblemen zu kämpfen.⁴ Der Zerfall der Sowjetunion führte in Tajikistan zu einer schweren Wirtschaftskrise, bedingt durch den Verlust von Subventionen und Handelsmärkten sowie einer hohen Inflationsrate. Die Industrieproduktion (Aluminium, Zement, Textilien) kam fast völlig zum Stillstand. Der Bürgerkrieg verschärfte diese Krise und zerstörte einen großen Teil der industriellen Infrastruktur. Obwohl sich die wirtschaftliche Lage inzwischen bedeutend verbessert hat, zählt Tajikistan mit einem BSP von 180 US\$ zu den ärmsten Ländern der Welt. Die Außenverschuldung ist im Jahr 2002 gegenüber den Vorjahren leicht zurückgegangen, beträgt aber immer noch ca. 1,021 Mrd. US\$ und bewegt sich damit etwa in derselben Größenordnung wie das BIP, das in den vergangenen Jahren konstant gewachsen ist und im Jahr 2002 1,2 Mrd. US\$ betrug. Die größten Gläubiger sind Russland (323 Mio. US\$) und die großen multilateralen Organisationen IWF, EU, Weltbank und Asian Development Bank (zusammen 385 Mio. US\$). Der leichte Rückgang der Auslandsverschuldung verdankt sich, ebenso wie das konstante BIP-Wachstum der vergangenen Jahre (2002: 9,1 %) hauptsächlich gestiegenen Exporten von Baumwolle und Aluminium, den Hauptausfuhrprodukten des Landes. Den größten Anteil am BIP stellte 2002 mit 41,4 % der Dienstleistungssektor, gefolgt von der landwirtschaftlichen (26,4 %, davon 60 % Baumwolle) und der industriellen Produktion (22,1 %, davon 54 % Aluminium). Die Handelsbilanz ist mit Exporten im Wert von 327 Mio. US\$ gegenüber Importen im Wert von 415 Mio. US\$ (Stand: 1. Halbjahr 2002) negativ. Wichtigste Abnehmer tajikischer Erzeugnisse sind europäische Länder, dagegen liegen Russland und die GUS-Staaten bei den Importen an erster Stelle. Die wichtigsten

⁴ Vgl. Zum folgenden www.imf.org („Republik of Tajikistan and the IMF“) sowie www.worldbank.org („Tajikistan Country Brief 2003“) und www.adb.org („Tajikistan key indicators“); Economist Intelligence Unit, Country Profile Tajikistan 2003; www.auswaertiges-amt.de (Länderinformationen Tajikistan: Wirtschaft“).

Einfuhrgüter sind Rohstoffe für die Aluminiumproduktion, Erdgas, Elektrizität und Nahrungsmittel.

Bei der Beschäftigung steht die Landwirtschaft an erster Stelle; rund 60 % der Bevölkerung arbeiten auf diesem Sektor, auf dem allerdings nur Niedrigstlöhne gezahlt werden. Das Lohnniveau ist generell niedrig: Das Durchschnittseinkommen beträgt ca. 7 US\$ pro Monat; rund die Hälfte der Bevölkerung muss täglich mit weniger als 2 US\$ auskommen. Aus diesem Grund gewinnt der informelle Sektor zunehmend an Bedeutung – mit negativen Konsequenzen für die staatlichen Steuereinnahmen, die 2002 nur 14,8 % des BIP ausmachten. Aufgrund mangelnder bzw. unzureichender Erwerbsmöglichkeiten im eigenen Land - die Arbeitslosenquote beträgt nach inoffiziellen Schätzungen 30-40 % - suchen viele Tajiken im Ausland nach Arbeit. 620.000 Tajiken, d.h. rund 10 % der Bevölkerung leben als Arbeitsmigranten in Russland; inoffiziellen Angaben zufolge sind es erheblich mehr - rund 1 Million. Die Rücküberweisungen dieser Wanderarbeiter sind von erheblicher Bedeutung für die tajikische Volkswirtschaft.

Ein bedeutender Zweig innerhalb des informellen Sektors ist der Drogenhandel. Tajikistan grenzt auf einer Länge von 1.200 km an Afghanistan und ist daher eines der Haupttransitländer für den afghanischen Drogenexport. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2003 wurden insgesamt 6,7 t Drogen, davon allein 4,5 t Heroin abgefangen; über die Mengen, die das Land ungehindert passieren, lässt sich nur spekulieren.⁵ Die Verdienstmöglichkeiten auf diesem Sektor sind enorm – und dies wiederum begünstigt eines der Hauptprobleme in Tajikistan: die private und staatliche Korruption.

Die insgesamt schwache wirtschaftliche Performanz und die hohe Auslandsverschuldung erschweren eine wirkungsvolle Armutsbekämpfung und wirken sich negativ auf die sozialen Indikatoren aus. V.a. auf den Sektoren Bildung und Gesundheit hat sich die Lage in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert. Besonders Frauen sind davon betroffen.

⁵ Geerntet wurden in Afghanistan im Jahr 2003 3600 t Rohopium. Vgl. www.unodc.org/pdf/afg/afghanistan_opium_survey_2003.pdf sowie mündliche Angaben des UNODC, Dushanbe, Oktober 2003.

Sozialindikatoren:⁶

HDI Rang	113 (von 175)
BIP pro Kopf	188 US\$
Lebenserwartung (2001)	68,3 Jahre
Schulbesuch (Alter 6-23)	58,4 %
Ausgaben Gesundheit	5,7 % d. Budgets (= 0,9 % d. BIP)
Ausgaben Bildung	16 % d. Budgets (= 2,6 % d. BIP)
Ausgaben sozialer Schutz	13,2 % d. Budgets (= 2,1 % d. BIP)
Arbeitslosigkeitsrate (offiziell)	2,5 %
Arbeitslosigkeitsrate (geschätzt)	33 %
Patienten pro Arzt	497
Müttersterblichkeitsrate (je 100000 Lebendgeburten)	50,6
Kommunikation:	
Radios (pro 100 Menschen) (2001)	3,3
TV-Geräte	3,4
Telefone	3
Automobile (pro 100 Haushalte)	2,2
E-mail-Nutzer (2002)	0,25 %]

Die wirtschaftliche und soziale Situation ist nicht zuletzt eine Folge schlechter Regierungspraxis (*bad governance*): Schwache staatliche Institutionen, eine ineffiziente öffentliche Verwaltung, das Fehlen eines verbindlichen rechtlichen Rahmens und einer unabhängigen Justiz fördern Korruption und Schattenwirtschaft. Darüber hinaus behindern die intransparenten Entscheidungsstrukturen die Entwicklung des privaten Sektors. Die Umstrukturierung der ehemaligen Staatsbetriebe ist bisher nur zögerlich in Gang gekommen. Von der wirtschaftlichen Privatisierung profitiert in erster Linie die politische und wirtschaftliche Elite – auf Kosten der Bevölkerung, die vielfach Arbeitsbedingungen ausgesetzt ist, die mit dem Begriff „moderne Sklaverei“ treffend umschrieben sind.

1.3. Von der russischen Eroberung zur staatlichen Unabhängigkeit

Ebenso wie die zentralasiatischen Nachbarstaaten ist auch Tadjikistan in seinen heutigen Grenzen eine Hinterlassenschaft der Sowjetunion. Der nördliche Landesteil wurde bereits Mitte des 19. Jahrhunderts von den Russen erobert. 1921 besetzte die Rote Armee den Rest des Landes, das 1929 den Status einer Sowjetrepublik erhielt.

⁶ Quelle: *Tapping the Potential*, Statistical Appendix (S. 62 ff.).

Mit der russischen und sowjetischen Herrschaft hat sich eine klare Nord-Süd-Differenz herausgebildet:⁷ während sich die nördliche Provinz Leninabad (Soghd) durch Industrialisierung, Anschluss an die Transkaspische Eisenbahn und generelle Sowjetisierung rasch entwickelte, blieb der Süden weitgehend agrarisch. In den zwanziger Jahren war der Südteil des Landes Sammlungsgebiet der *Bas-machi*, die gegen die Sowjets und für die Restaurierung des Emirats Buchara kämpften. In diese Zeit datiert die erste große Migrationsbewegung von Tajiken nach Afghanistan (ca. ¼ der Bevölkerung), der weitere, ausgelöst durch Kollektivierung und erzwungene Umsiedlungen folgten. Seit den 30er Jahren wurden verstärkt Tajiken aus den zentralen und südlichen Regionen als Arbeitskräfte in den Norden verbracht. Im Zuge der Kampagne zur Urbarmachung des Südens wurden aber auch umgekehrt Bewohner der Bergregionen Ferghanas sowie des Karategintals (Rasht) und Bergbadakhshans ins Vakhshthal umgesiedelt. Diese arbeitsmarktpolitisch motivierten Umsiedlungen förderten regionalen Austausch, aber auch Rivalität um Ressourcen. Sie wirkten sich auch auf die Dynamik des Bürgerkrieges aus. So sollen v.a. in Khatlon die Kämpfe zwischen Nachbarn aus unterschiedlichen Ursprungsregionen besonders brutal gewesen sein.

In den achtziger Jahren machten sich aufgrund des extensiven Baumwollanbaus im Süden die ersten ökologischen Probleme bemerkbar, v.a. in Gestalt von Wasserknappheit. Gleichzeitig nahmen mit der Rekrutierung von Arbeitern aus den Nachbarrepubliken für den Bau von Wasserkraftwerken und anderen Industrieprojekten in den achtziger Jahren Arbeitslosigkeit und Armut unter den Tajiken zu. Es bildeten sich kriminelle Netzwerke heraus, die illegale ökonomische Aktivitäten kontrollierten und dabei vielfach von staatlichen Funktionsträgern gedeckt wurden, die dabei ebenfalls profitierten. Die damit einhergehende Korruption unterminierte Legitimität und Kontrolle der Regierung und führte zur de-facto-Autonomisierung einzelner Regionen unter der Führung von politischen und ökonomischen Unternehmern. In dieser Zeit, d.h. in den achtziger Jahren, entstanden denn auch die ersten politischen Oppositionsbewegungen, die im Untergrund operierten, und es kam zu ersten offen aufbrechenden Konflikten um die Allokation staatlicher Ressourcen. Diese Konflikte verschärften sich mit der staatlichen Unabhängigkeit im September 1991. Es kam zu einem Machtkampf zwischen unterschiedlichen Regionaleliten und deren bewaffneten Anhängern, der sich rasch zu einem Bürgerkrieg ausweitete.

⁷ Vgl. zum folgenden die in Anm. 8 genannten Quellen.

1.4. Ursachen, Dynamiken und Akteure des Bürgerkrieges

Der Bürgerkrieg selbst, v.a. jene Faktoren, die zum Ausbruch des Krieges und zu seiner raschen Eskalation geführt haben, sind bis dato nur unzureichend erforscht. Dasselbe gilt für den Kriegsverlauf und die auf der Mikroebene (d.h. in einzelnen Regionen und Funktionssystemen) entscheidenden Akteure, Konstellationen und Dynamiken. Dies ist einerseits nicht verwunderlich, da eine solche „Vergangenheitsbewältigung“ zeitlichen Abstand erfordert, und anderen Aufgaben, insbesondere der Ernährungssicherung und dem Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Infrastruktur oberste Priorität zukam. Andererseits scheint die politische Elite des Landes, deren Vertreter fast durchwegs selbst in das Kriegsgeschehen involviert waren, nur sehr selektiv an einer nüchternen Aufarbeitung interessiert zu sein. Vielfach gewinnt man sogar den Eindruck, dass der Mangel an zuverlässigem Wissen über die Kriegsjahre in gegenwärtigen Machtkonflikten instrumentalisiert wird, um politische Konkurrenten auszuschalten. Insofern wirkt der Bürgerkrieg bis heute nach und beeinflusst in nicht unerheblichem Maße die Konfliktkonstellationen im Land.

Die einschlägigen Darstellungen⁸ machen im Wesentlichen folgende Faktoren für den Bürgerkrieg verantwortlich:

- 1) einen ausgeprägten Regionalismus als Folge naturräumlicher Determinanten, den die Staats- und Wirtschaftspolitik der sowjetischen Machthaber gefördert und verschärft und der sich zu einer starken Nord-Süd-Differenz verfestigt hat;
- 2) Ressourcenknappheit und Verteilungskämpfe als Erbe der Sowjetzeit, sowie
- 3) ein staatliches Legitimationsdefizit und konkurrierende Vorstellungen über die politisch-ideologische Orientierung des neuen Staates.

Die politische Elite der Sowjetzeit hatte sich v.a. aus der ökonomisch avancierten Nordprovinz *Leninabad* (seit 2000 *Soghd*) rekrutiert.⁹ Nach der Unabhängigkeit schloss die Regierung eine Allianz mit politischen Repräsentanten aus dem südlichen Distrikt *Kulob*, die im Staatsapparat der Sowjetzeit unterrepräsentiert gewe-

⁸ Kamoludin Abdullaev, Catherine Barnes, *Politics of Compromise. The Tajikistan Peace Process*. London 2001 (Conciliation Resources, Accord series No.10); Kamoludin Abdullaev, Sabine Freizer, *What Peace Five Years after the Signing of the Tajik Peace Agreement? (Strategic Conflict Assessment)*, o.O., März 2003; Shirin Akiner, *Tajikistan: Disintegration or Reconciliation?* London 2001 (RIIA); Bernhard Trautner, *Tadschikistan: Konflikt und Wiederaufbau – Perspektiven der Technischen Zusammenarbeit. Crisis Prevention and Conflict Transformation Programme of GTZ*, Arbeitspapier Nr.3, Oktober 2002 (www.bernhard.trautner.de).

⁹ Zumindest in der Wahrnehmung von Nicht-Leninabadis. Wie Akiner (S. 18 ff.) zeigt, waren die Verhältnisse komplexer.

sen waren und nun politische Mitsprache und Teilhabe an den staatlichen Ressourcen einklagten. Zu ihnen gehört auch der amtierende Präsident Rakhmonov. Im Verlauf des Krieges verschob sich die Machtbalance zugunsten der Kulobis, die von politischen Unternehmern aus anderen Regionen – v.a. von Khujandis, Hissoris und Uzbeken aus Khatlon – unterstützt und von Gruppen bekämpft wurden, die v.a. aus dem Karategin-Tal (Rasht) und Bergbadakhshan stammten. Verschärft wurde dieser Konflikt zwischen konkurrierenden, regional gebundenen und formal als “Parteien” auftretenden Interessengruppen durch politisch-ideologische Verwerfungslinien, d.h. durch konfligierende Vorstellungen darüber, wie der neue Staat zu definieren sei: säkular oder islamisch, “demokratisch” oder “autoritativ“.

Die meisten der in die Kriegsdynamik involvierten Akteure bestimmen auch heute das politische Geschehen in Tadjikistan maßgeblich mit. Die wichtigsten Gruppierungen waren und sind:¹⁰

1) *Volksdemokratische Partei Tadjikistans (VDPT)*

Die VDPT, heute die Regierungspartei, wurde 1994 gegründet. Sie vertritt eine säkulare und zentristische Ausrichtung und wird geleitet von Präsident Rakhmonov, der sich der Partei 1998 angeschlossen hatte. Organisationsstruktur analog der früheren KP, die eng mit der VDPT kooperiert.

2) *Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadjikistans (PIWT)*

Die PIWT rekrutierte ihre Anhänger v.a. aus dem Südwesten und aus der gebirgigen Region Karategin. Entstanden aus politischen Untergrundbewegungen in den siebziger Jahren, die sich die Restaurierung islamischer Werte zum Ziel gesetzt hatten. Kerngebiet dieser Bewegungen: Kurgonteppa, wo zahlreiche Gruppen leben, die aus Karategin umgesiedelt worden waren. Diese Bewegungen fassten v.a. unter der marginalisierten Jugend Fuß und in einigen dörflichen Gemeinden. Trotz programmatischer Differenzen schlossen sie sich Anfang der Neunziger zu einer Allianz zusammen, der PIWT. Deren wichtigste Fraktionen waren die „Radikalen“ unter Said Abdullo Nuri (heute Parteichef) und die Vertreter des offiziellen Islam unter Khoji Akbar Turajonzoda. Hauptkonfliktlinien innerhalb der PIWT kreisten um die Frage einer säkularen oder islamischen Ausrichtung des neuen tadjikischen Staates. Obwohl die Mehrheit der PIWT-Anhänger für die säkulare Variante optierte, blieb die Frage innerhalb der Partei umstritten.

3) *Demokratische Partei Tadjikistans (DPT)*

Die DPT, gegründet 1990 von Shodmon Yusuf, und heute geleitete von dem ehemaligen Bürgerkriegskommandeur Makhmudruzi Iskandarov, vereinte die säkular-nationalistischen Kräfte. Demonstrationen führten zur Absetzung der kommunistischen Parteiführung. Während des Krieges geschwächt, aber wichtiger Partner der PIWT in der *Vereinigten Tadjikischen Opposition (VTO)*.

¹⁰ Vgl. Abdullaev/ Barnes, S. 90 f.

PIWT, DPT und einige weitere Gruppen, die sich inzwischen aufgelöst haben oder in die staatlichen Strukturen integriert wurden, schlossen sich, als 1994 unter der Ägide der UN und unter Beteiligung Russlands, Irans und anderer Nachbarstaaten die Friedensverhandlungen begannen, formal zur *Vereinigten Tajikischen Opposition* (VTO) zusammen. Im Juni 1997 wurde das *Abkommen über Frieden und Nationale Eintracht* unterzeichnet, das bis heute die Grundlage für den Frieden bildet. Die wichtigsten Bedingungen dafür waren die Beteiligung der VTO an der Regierung Rakhmonovs mit einer Quote von 30 % und, damit einhergehend, die Legalisierung der PIWT.¹¹ Zwar wurden auf dieser Basis die ehemaligen Bürgerkriegskommandeure der VTO sukzessive in den Staatsapparat integriert, die 30 %-Quote wurde aber bei weitem nicht erfüllt. Dies sorgt bei Vertretern der Oppositionsparteien – viele von ihnen ehemalige VTO-Kombattanten - für großen Unmut, der durch den Druck seitens der Regierung, dem sie sich in den jüngeren Vergangenheit zunehmend ausgesetzt sehen, verstärkt wird.

1.5. Externe Akteure und Friedenssicherung

Die Implementierung des Abkommens durch die *Kommission für Nationale Versöhnung*, die von Regierung und Opposition gebildet wurde, wurde von den *UN Military Observers in Tajikistan* (UNMOT) überwacht, gleichzeitig sollte mit technischer Unterstützung von UN und OSZE die legislative Basis für die Umsetzung des Abkommens geschaffen werden.¹² Die dafür vorgesehene Übergangsperiode galt mit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1999 bzw. 2000 formell als abgeschlossen; UNMOT wurde im Mai 2000 geschlossen und durch das *UN Tajikistan Office for Peace Building* (UNTOP) abgelöst, das das Mandat erhielt, die weitere Entwicklung zu beobachten. Dies hat im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen „war on terror“ an Bedeutung gewonnen.

Das Friedensabkommen beruht im Wesentlichen auf einem Kompromiss über die Teilung der Macht zwischen konkurrierenden Regionaleliten mit teilweise unterschiedlichen ideologischen Agenden. Einig sind sich die beteiligten Akteure dahingehend, dass das Abkommen ohne die Vermittlung des Auslands nicht zustande

¹¹ Vgl. dazu die Beiträge in Anna Kreikemeyer, Arne Seifert (Hg.), *Zur Vereinbarkeit von politischem Islam und Sicherheit im OSZE-Raum. Dokumente eines islamisch-säkularen Dialogs in Tadschikistan*. Baden-Baden 2002/2003.

¹² Kritische Einschätzung: Rahmatillo Zoir, Scott Newton, *Constitutional and Legislative Reforms*, in Abdullaev/ Barnes, S. 54-59.

gekommen wäre. V.a. UN und OSZE sowie Russland und Iran haben sich von Anfang an, d.h. seit 1994 an den Friedensverhandlungen beteiligt. Allerdings wird die Rolle des Auslands bzw. der internationalen Organisationen bei den Friedensverhandlungen unterschiedlich bewertet. Während Vertreter von Regierung und UN-Organisationen die Kompromissbereitschaft der Bürgerkriegsparteien betonen, die von externen Agenten lediglich unterstützt und gefördert worden sei, vertreten Informanten aus dem Lager der Opposition vielfach die Auffassung, dass diese Kompromissbereitschaft in erster Linie dem Druck von Außen geschuldet war.¹³

Diese unterschiedlichen Perzeptionen sind deshalb bedeutsam, weil sie mit unterschiedliche Auffassungen darüber korrespondieren, welchen Beitrag die beteiligten Akteure auch für die zukünftige Friedenssicherung zu leisten vermögen. So betonen Repräsentanten von Regierung und etatistisch orientierten internationalen Organisationen den politischen Willen der Regierung zu konstruktiver Zusammenarbeit und setzen auf die Implementierung verbindlicher Regelwerke als Grundlage für die Interaktion der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und für die Sicherung von Stabilität. Bei Vertretern aus Opposition und Zivilgesellschaft dagegen überwiegt Skepsis: Das Verhältnis zu den staatlichen Instanzen wird – mit einiger Berechtigung – als ein grundlegend asymmetrisches wahrgenommen. Dementsprechend ist auch das Vertrauen in die „Kooperationsbereitschaft“ der Regierung recht gering. Für die gegenwärtige innenpolitische Stabilität wird in erster Linie die eigene Kompromissbereitschaft verantwortlich gemacht, die aber teilweise auf offenen oder subtilen Druck seitens der Regierung zurückzuführen sei.

In der Tat wurden politische Kompromisse der jüngeren Vergangenheit von der Regierung vielfach unter Verweis auf eine mögliche Rückkehr der Gewalt erzwungen bzw. durch drohende Sanktionen erpresst. Den internationalen Organisationen und Gebern wird diesbezüglich von oppositionellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ein mäßigender Einfluss zugeschrieben, ihre nach wie vor massive Präsenz insofern als unverzichtbar für die Friedenssicherung gewertet. Gleichzeitig wird dem Ausland von Vertretern der Opposition eine als „diplomatische Neutralität“ verkleidete indirekte Parteilichkeit zum Vorwurf gemacht – oder auch schlichte Ignoranz: In dem Bestreben, den Mittelabfluss zu gewährleisten,

¹³ Interviews der Verfasserin im Oktober 2003 in Tadjikistan. Da zahlreiche Informanten um vertrauliche Behandlung ihrer Angaben gebeten haben, werden die Angaben weitgehend anonymisiert. Eine Liste der Gesprächspartner findet sich im Anhang. Ihnen allen sei an dieser Stelle für zahlreiche wertvolle Informationen, und in vielen Fällen: für das entgegengebrachte Vertrauen gedankt.

würden sich viele Geberorganisationen mit oberflächlichen Informationen begnügen und Lippenbekenntnisse staatlicher Akteure mit *commitment* verwechseln. Dabei werde übersehen, dass die Kooperationsbereitschaft von Regierungsvertretern von partikularistischen Motiven bzw. Imageerwägungen gespeist sei. Auf diese Weise bleibe entwicklungspolitisches Engagement vielfach ohne nachhaltige Wirkung.

Diese divergierenden Auffassungen über Rolle und Möglichkeiten von internationalen Entwicklungsorganisationen zeigen deutlich, in welchem Ausmaß diese Bestandteil der Konfliktsituation geworden sind. Neben Vertretern von Regierung und staatlichen Institutionen auf der einen, und Vertretern von Opposition und Zivilgesellschaft auf der anderen Seite sind daher auch die westlichen Geber selbst ein maßgeblicher Konfliktakteur in Tadjikistan.

1.6. Schwache Staatlichkeit als zentrale Konfliktursache

Zwei der Faktoren, die wesentlich zum Ausbruch des Krieges beigetragen haben – die Ressourcenknappheit und das staatliche Legitimationsdefizit – müssen auch heute zu den Kernursachen von Konflikten gerechnet werden. Ihre Erscheinungsformen werden im Folgenden eingehend behandelt (Abschnitt 2 „Strukturelle Konfliktursachen und konfliktverschärfende Faktoren“). Regionalistische Bestrebungen dagegen scheinen in Tadjikistan gegenwärtig keine Rolle zu spielen; jedenfalls sind keine Anzeichen erkennbar, dass die staatliche Einheit in Frage gestellt ist bzw. von einzelnen Gruppen torpediert wird. Regional oder gar ethnisch bedingte Antagonismen und Ressentiments scheinen im Entscheidungsfall nicht handlungsleitend zu sein. Regionale Identitäten bestimmen das Handeln der Akteure allerdings indirekt. Sie machen sich v.a. in Gestalt klientelistischer Beziehungsnetzwerke bemerkbar, die hier, ebenso wie in den Nachbarrepubliken, die formalen Institutionen durchdringen und politische und wirtschaftliche Entscheidungen enorm beeinflussen. Auch in Tadjikistan sind diese informellen Netzwerke und Interessengruppen stark, wenn auch bei weitem nicht ausschließlich, regional gebunden.

Die Bedeutung informeller Institutionen für politische und wirtschaftliche Entscheidungen ist insofern signifikant, als sie ein deutliches Symptom schwacher Staatlichkeit ist und auf charakteristische Defizite im Bereich des staatlichen Steuermonopols, der staatlichen Dienstleistungen und auf der Legitimations-

ebene verweist.¹⁴ Obwohl sich der Staat seit Kriegsende konsolidiert hat, bestehen die strukturellen Schwächen – v.a. auf der Dienstleistungs- und Legitimationsebene - fort und kreieren erhebliche Konfliktpotentiale: Zu den sozio-ökonomischen Problemen des Landes gesellen sich massive Defizite im Governance-Bereich – v.a. Rechtsunsicherheit, behördliche Intransparenz und Korruption - sowie eine politische Kultur, in der Institutionen und Mechanismen konstruktiver Konfliktaustragung nur schwach verankert sind. Hinzu kommt die Abhängigkeit des Landes von den Zuwendungen ausländischer Geber und seine Anfälligkeit für Entwicklungen in den Nachbarländern, v.a. in Afghanistan, Uzbekistan und Kirgizstan.

2. Strukturelle Konfliktursachen und konfliktverschärfende Faktoren

Es sind v.a. zwei Faktoren, die von den Befragten, aber auch in der Sekundärliteratur als Kernprobleme identifiziert werden und deshalb als zentrale Konfliktursachen gelten können:

- 1) schwache und korrupte Governance-Strukturen, und
- 2) ungleicher Zugang zu Ressourcen.

Sie sind unmittelbare Symptome dessen, was im vorhergehenden Abschnitt als „schwache Staatlichkeit“ bezeichnet wurde. Ihre Erscheinungsformen – Armut und Arbeitslosigkeit, mangelnde Gesundheitsvorsorge und Zunahme von Infektionskrankheiten, rückläufige Bildung, fehlende politische Partizipation und eingeschränkte Meinungsfreiheit, Benachteiligung von Frauen, interethnische Spannungen und eingeschränkte Bewegungsfreiheit in einigen Grenzgebieten, zerfallende Infrastruktur, Drogenkonsum, religiöser Extremismus, Korruption und Kriminalität – lösen zwar nicht per se gewaltsame Konflikte aus, kreieren aber latente Spannungen, die als *conflict triggers* wirken und von einzelnen Akteuren genutzt werden können, um gewaltsame Konflikte zu provozieren.

¹⁴ Unter dieser Prämisse widmet sich der Problematik Nasrin Dadmehr, Tajikistan: Regionalism and Weakness, in: Robert J. Rotberg (Ed.), *State Failure and State Weakness in a Time of Terror*. Cambridge/Mass. 2003, S. 245-262.

2.1. Politik

Wie in den Nachbarstaaten, so ist auch in Tadjikistan die Regierung nur unzureichend legitimiert. Die Präsidentschaft- und Parlamentswahlen 1999 bzw. 2000 waren nach Einschätzung der OSZE von zahlreichen Unregelmäßigkeiten begleitet. Vor allem aber sind einige zentrale Punkte des Friedensabkommens nicht oder nur unzureichend umgesetzt worden. So wurde die 30 %-Quote für die VTO bei der Besetzung von Schlüsselpositionen in Regierung und Verwaltung bei weitem nicht erreicht. Eine Koalitionsregierung ist damit trotz der Integration von Individuen aus den verschiedenen oppositionellen Lagern in die Regierung nicht zustande gekommen. Im Gegenteil ist eine zunehmende Machtkonzentration zugunsten der Partei des Präsidenten und seiner Klientele zu beobachten, deren wichtigste Ressource der staatliche Verwaltungs- und Exekutivapparat darstellt.

Die Verfassung räumt dem Präsidenten große Vollmachten ein. Er ernennt die Leiter der Provinz- und Distriktsregierungen (*khukimat*), letztere nominieren die Leiter der lokalen Selbstverwaltungen (*jamoat*). Die Schlüsselinstitutionen, darunter der Sicherheitsapparat und die Abteilung für Staatliche Finanzkontrolle (seit 1/2001) unterstehen direkt dem Präsidenten, der damit die staatlichen Einkünfte, einschließlich der externen Hilfgelder und Kredite kontrolliert. Auch der seit 1999 bestehende Justizrat untersteht dem Staatsoberhaupt, das damit befugt ist, Richter und Gerichte zu nominieren.

Im Gefolge des Bürgerkrieges und mit der Festigung der Position Rakhmonovs hat sich der Einfluss der regionalen Eliten zugunsten der *Kulobis* verschoben. Die Schlüsselpositionen, v.a. die leitenden Funktionen im Sicherheitsapparat (Ministerien für Verteidigung und Inneres, Geheimdienst, Finanz- und Steuerpolizei, Grenzschutz) und damit alle bewaffneten Einheiten,¹⁵ wurden – und werden – sukzessive mit *Kulobis* besetzt. Auch auf Distrikts- und Provinzebene rücken zunehmend Vertreter der „neuen Macht“, wie die *Kulobis* von den Informanten oft genannt werden, in führende bzw. profitable Positionen auf. Die Balance zwischen den regionalen Eliten wird dadurch gewahrt, dass zumindest Statuspositionen, wie etwa das Amt des Premierministers, das derzeit ein Soghdi inne hat, auch mit Repräsentanten anderer Regionen besetzt werden. Das entscheidende Kriterium ist dabei aber weniger die regionale Zugehörigkeit an sich, sondern die Wahrung einer gewissen Balance zwischen verschiedenen Einfluss- und Interessengruppen, die in Tadjikistan stark regional gebunden sind. Namentlich in den oberen Etagen der Macht werden regionale Identitäten von politischen und öko-

¹⁵ Ausnahme: das Ministerien für Katastrophensituationen, das einem ehemaligen Feldkommandeur aus Rasht, M. Sioev, untersteht.

nomischen Interessenkonvergenzen überlagert. Dies ist besonders auf dem Baumwollsektor evident. So soll die Familie des Präsidenten sowohl die Nationale Baumwollbörse in Dushanbe als auch den Baumwollsektor in Khatlon kontrollieren; in Soghd dagegen wird dieser bedeutende Produktionszweig von den regionalen Eliten monopolisiert.¹⁶ Auch der Gouverneur von Soghd, ein Khujandi, wird als einer der „Starken Männer“ des Landes beschrieben, dem exzellente Beziehungen zum Präsidenten nachgesagt werden. Auch bei der Integration ehemaliger Kombattanten der VTO in die staatlichen Strukturen scheinen ökonomische Anreize eine nicht unbedeutende Rolle zu spielen. So wurde etwa der Vorsitzende der Demokratischen Partei, M. Iskandarov, ein ehemaliger Feldkommandeur aus Rasht, allem Anschein nach erfolgreich kooptiert, indem ihm die staatliche Gasgesellschaft *Tajikgaz* unterstellt wurde.¹⁷

Die zunehmende politische Dominanz von Seilschaften aus der Gegend um Kulob ist konfliktrichtig insofern, als sie bei jenen Ressentiments schürt, die sich politisch und wirtschaftlich als benachteiligt empfinden. Dies betrifft insbesondere das Gebiet *Rasht*, aber auch *Khatlon* selbst. So gilt v.a. *Rasht* seit dem Krieg als marginalisiert. In der Tat war die Region bis zum Sommer 2001 nicht vollständig unter der Kontrolle der Regierung; diverse Milizführer konkurrierten mittels Schutzgelderpressungen um Macht und Einfluss.¹⁸ Aus diesem Grund wird die Region von zentristischen Gruppen nach wie vor als Hort der Opposition wahrgenommen. Umgekehrt wird der Regierung von ihren Kritikern, v.a. jenen aus Rasht vorgeworfen, den Aufbau der Infrastruktur in der Region zugunsten Khatlons gezielt zu vernachlässigen. Von Regierungsvertretern wird diese Kritik als „übertrieben“ gewertet, die soziale und ökonomische Situation in Khatlon sei nicht weniger desolat als die in Rasht. In der Tat ist es neuerdings in Kulob zu Demonstrationen gegen die Vernachlässigung der Region durch die Regierung gekommen. Anstatt das drängendste Problem – die Wasserversorgung – in Angriff zu nehmen, habe man sich mit Prestigeprojekten befasst, wie etwa der Errichtung von Rakhmonov-Denkmalern und dem Ausbau des Flughafens von Danghara, der Heimatstadt des Präsidenten. Die politische Präsenz der Kulobis hat also die Bevölkerung dieser Region immerhin dazu ermutigt, ihre Forderungen öffentlich zu artikulieren. In Westkhatlon dagegen, wo die sozio-ökonomischen Probleme nicht geringer sind, fühlt man sich den allgegenwärtigen Vertretern der „neuen Macht“ hilflos

¹⁶ Interviews in Shahrituz (Khatlon) und Khujand (Soghd) im Oktober 2003; s.a. unten, Abschnitt „Wirtschaft“.

¹⁷ Im November 2003 wurde Iskandarov „wegen Missmanagements“ aus dieser Position entlassen; es wird vermutet, dass der Grund dafür die kritische Haltung Iskandarovs gegenüber der Regierung ist; vgl. Economist Intelligence Unit, Country Report Tajikistan, December 2003, S.15.

ausgeliefert. Unterstützung – nicht so sehr in monetärer als in politischer Hinsicht – erhofft man v.a. von ausländischen Entwicklungsorganisationen, die dieser Region bisher vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Mit der Machtkonzentration zugunsten des Präsidentenlagers geht ein offenbar zunehmender Druck auf die Oppositionsparteien einher.

Insgesamt gibt es sechs registrierte Parteien in Tadjikistan:

- 1) Volksdemokratische Partei Tadjikistans (VDPT) (Regierungspartei)
- 2) Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadjikistans (PIWT)
- 3) Demokratische Partei Tadjikistans (DPT)
- 4) Kommunistische Partei (KP)
- 5) Sozialistische Partei
- 6) Sozialdemokratische Partei Tadjikistans (SDPT), gegründet 1998, danach Entzug der offiziellen Zulassung im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen 1999, seit 12/2002 wieder offiziell als Partei registriert.

Im Juni 2003 folgte der im Oktober 1999 auf sieben Jahre in seinem Amt bestätigte Präsident Rakhmonov seinen zentralasiatischen Amtskollegen, indem er ein umstrittenes Referendum durchführen ließ, das es ihm erlaubt, sich im Jahr 2006 erneut zur Wahl zu stellen. Das Referendum, das darüber hinaus weitere 55 Verfassungsänderungen vorsah, darunter die Abschaffung des Rechts auf kostenlose Gesundheitsvorsorge und Hochschulbildung, wurde von den oppositionellen Parteien heftig kritisiert, allerdings verzichteten sie im Interesse der Friedenswahrung auf eine aktive Mobilisierung ihrer Anhänger. Das Referendum, bei dem nach offiziellen Angaben 96,4 % der Bevölkerung abstimmten, wurde mit 93,1 % der Stimmen angenommen. Einigen Angaben zufolge soll die PIWT zunächst geplant haben, das Referendum zu boykottieren. Das Vorhaben sei deshalb aufgegeben worden, weil der Vorsitzende der PIWT, A. Nuri, vom Präsidenten unter Druck gesetzt – anderen Angaben zufolge: von der Regierung „gekauft“ - worden sei. Auch die DPT habe man durch in der regierungsnahen Presse lancierte Vorwürfe der Kriegstreiberei zum Schweigen gebracht. Der Vorsitzende der SDPT, R. Zoirov, ist aus Protest gegen das Referendum von seinem Posten als rechtspolitischer Berater des Präsidenten zurückgetreten. UN und OSZE waren als Wahlbeobachter nicht zugegen, da sie von der Regierung nicht rechtzeitig genug informiert worden waren, um Wahlbeobacherteams zusammenzustellen.

¹⁸ Vgl. Trautner, S. 18 f. sowie Interviews in Tadjikistan im Oktober 2003.

Verglichen mit der schwachen öffentlichen Präsenz von DPT und SDPT und gemessen an der Zahl registrierter Mitglieder ist die PIWT die einflussreichste der Oppositionsparteien.¹⁹ Trotz einer starken Basis v.a. in der Provinz Rasht und in einigen Gebieten der Provinz Soghd, teilweise auch in der Hauptstadt, hat die PIWT aber zunehmend Schwierigkeiten sich zu behaupten. Von Teilen der Bevölkerung wird die PIWT als „regionalistische Gruppe aus Gharm“²⁰ angesehen, die sich gewaltsam und dann durch das Friedensabkommen Teilhabe an der Macht sicherte. Die Bereitschaft der PIWT zu Zugeständnissen an die Regierung ist wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen – und auf den Druck, dem sie seitens der Regierung und der lokalen Administrationen ausgesetzt ist. Generell folgt die Regierung gegenüber der PIWT einer „Zuckerbrot-und-Peitsche“-Strategie, wobei zunehmend die Peitsche zum Einsatz kommt: In der jüngsten Vergangenheit wurden hochrangige Parteimitglieder, darunter auch der Parteivorsitzende, wegen Kriegs- und anderer Verbrechen angeklagt bzw. inhaftiert.²¹ Insbesondere seit einer Rede des Präsidenten im Juli 2002 in *Isfara* in der Provinz Soghd, bei der er die PIWT beschuldigte, extremistische Ansichten zu verbreiten, haben sich die Beziehungen verschlechtert. Der regierungsnahen „Gelehrtenrat“ (*Shuroi Ulamo*) und lokale Behörden in Soghd entließen nach einer Überprüfung 40 Imame (mehrheitlich aus Isfara), die Mitglieder der PIWT gewesen sein sollen; 33 Moscheen und die Medresse von Isfara wurden geschlossen.²² Dem vorausgegangen waren Berichte, denen zufolge sich unter den Gefangenen der amerikanischen Marinestation Guantanamo Bay, die der Unterstützung terroristischer Vereinigungen verdächtigt werden, auch drei Männer aus Isfara befinden.

Auch in Khatlon wird die PIWT von der lokalen Verwaltung massiv behindert, bestenfalls ignoriert. So wurde die offizielle Registrierung der Partei in Kulob immer wieder verschoben; erst im Oktober 2003 wurde sie dort offiziell anerkannt.

Dabei scheint es sich nicht immer um gezielte Repressalien zu handeln. In manchen Fällen sind sie offenbar eine Folge der widersprüchlichen Gesetzeslage. So wurde die Entlassung von Imamen in Isfara von der Regierung damit begründet, dass ihre Mitgliedschaft in der PIWT gesetzwidrig gewesen sei. Das Parteiengesetz verbietet nämlich die Mitgliedschaft religiöser Funktionsträger in politischen

¹⁹ Den Angaben der jeweiligen Parteichefs zufolge hat die PIWT 40.000, die DPT 3.000 und die SDPT 4.000 Mitglieder. Andere, der PIWT nahe stehende Informanten geben allerdings für diese Partei erhebliche geringere Zahlen an (25.000 bzw. 23.000).

²⁰ Vgl. Abdullaev/ Freizer, S. 25.

²¹ Vgl. etwa *Deputy Chairman of Islamic Revival Party of Tajikistan will be Brought before Trial*, in: Varorud, 15.10.2003 (S. 8), sowie Interviews im Oktober 2003 in Tajikistan.

²² Vgl. Abdullaev/ Freizer, S. 26 f. Angeblich waren diese Moscheen behördlich nicht registriert.

Parteien – im Religionsgesetz fehlen allerdings entsprechende Bestimmungen; lediglich das Staatliche Komitee für Religion soll eine entsprechende Vorschrift herausgegeben haben – die allerdings gesetzlich nicht bindend ist.²³ Diese Unklarheiten verleiten offenbar die staatlichen Entscheidungsträger dazu, in gewohnt dirigistischer Manier Einfluss zu nehmen und ihr Auslegungsmonopol zu nutzen, um Fakten zu schaffen.

In solchen Konfliktsituationen wird deutlich, dass die von Vertretern des Westens oft beschworene „Dialogbereitschaft“ der tajikischen Regierung im Entscheidungsfall nicht handlungsleitend ist. Einem Gebietsvorsitzenden der DPT zufolge muss der Dialog zwischen Regierung und Opposition, den v.a. die OSZE in Gestalt von Runden Tischen und Seminaren vermittelt, buchstäblich „erzwungen“ werden. Zwar seien diese Seminare sinnvoll und notwendig, aber im Grunde sei die Regierung an einer Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien nicht interessiert; ihre Vertreter nähmen an den „Dialog“-Veranstaltungen nur aus Gründen des Außenimages teil. Diese kritische Einschätzung wird von Repräsentanten der OSZE, aber auch anderer internationaler Organisationen in Tadjikistan durchaus geteilt: von einer Integration der Opposition in die Regierungsarbeit könne keine Rede sein. Aufgrund der Exklusionspolitik sei die Opposition v.a. auf der lokalen Ebene praktisch nicht existent, ihr Einfluss gleich Null.

Die Kombination von Druck und Ausschluss wird von einigen Oppositionsvertretern mit zunehmendem Unmut registriert. Einige von ihnen weisen darauf hin, dass man nach wie vor das Potential habe, eigene Gefolgschaften gegen die Regierung zu mobilisieren. Auch wenn man von dieser Möglichkeit keinesfalls Gebrauch machen werde, so sei man jedenfalls nicht gewillt, die anhaltenden Verletzungen des Friedensabkommens im Namen des Friedens auch in Zukunft einfach hinzunehmen. V.a. die kommenden Wahlen (2005 und 2006) werden als Bewährungsprobe für die Regierung Rakhmonov gewertet: sollte es, wie im Jahr 1999, zu massiven Wahlfälschungen kommen, werde man protestieren, und zwar „bis zum Ende“. Allerdings wolle man schon im Vorfeld versuchen, durch Einflussnahme auf die Wahlgesetzgebung und auf prozedurale Fragen faire Wahlen zu ermöglichen. Darüber hinaus seien Gespräche über mögliche Koalitionen der Oppositionsparteien im Gange.

Die konflikträchtige Politik der Regierung Rakhmonov im Hinblick auf Fragen der politischen Partizipation und des allgemeinen Staatsmanagements hat zur Folge,

²³ Interviews in Dushanbe und Khujand im Oktober 2003.

dass das Vertrauen in die Regierung und generell in die staatlichen Institutionen ausgesprochen gering ist. In der Tat scheint es der Regierung nicht nur an professioneller Expertise, sondern auch an politischem Willen zu mangeln, staatliche Aufgaben wirksam und im Interesse der Bevölkerung wahrzunehmen und dafür nötige Reformen in die Wege zu leiten. Die Umsetzung entsprechender Programme scheitert immer wieder an eben den Strukturen, die überwunden werden sollen:

- 1) Fehlende bzw. selektive, partikularen Interessen folgende öffentliche und institutionelle Kontrolle,
- 2) Allokation staatlicher Ressourcen zugunsten einzelner Seilschaften, und
- 3) intransparente Entscheidungsstrukturen.

Die daraus resultierenden Missstände, insbesondere

- 1) Korruption,
- 2) fehlende Rechtssicherheit,
- 3) behördliche und justizielle Willkür sowie
- 4) eingeschränkte Medienfreiheit

werden zwar aufgrund des Mangels an Alternativen geduldet, mittelfristig aber bergen die Defizite im Governance-Bereich ein hohes Konfliktpotential, weil die sich anstauende Unzufriedenheit von einzelnen Akteuren politisch instrumentalisiert werden könnte.

2.2. Wirtschaft

Die Wirtschaft Tadjikistans hat mit den für die postsowjetischen Staaten Zentralasiens charakteristischen Transitionsproblemen zu kämpfen und erholt sich nur langsam von den Folgen des Bürgerkriegs.²⁴ Das konstante BIP-Wachstum der vergangenen Jahre (2002: 9,1 %) und der leichte Rückgang der Auslandsverschuldung sind in erster Linie auf gestiegene Exporte von Baumwolle und Aluminium zurückzuführen. Nach wie vor aber entspricht die Auslandsverschuldung fast 100 % BIP (2002: 1,2 Mrd. US\$) und absorbiert fast die Hälfte der staatlichen

²⁴ Vgl. Zum folgenden www.imf.org („Republik of Tadjikistan and the IMF“) sowie www.worldbank.org („Tadjikistan Country Brief 2003“) und Economist Intelligence Unit, Country Profile Tadjikistan 2003.

Einkünfte, die im Jahr 2001 rund 114 Mio. US\$ betragen und überwiegend durch Steuern finanziert werden. Die hohe Auslandsverschuldung erschwert das makroökonomische Management und die Implementierung von Programmen zur Armutsbekämpfung. Fast das gesamte Investitionsbudget der Regierung wird durch internationale Entwicklungshilfe finanziert. Die gesamtwirtschaftliche Lage wird als anhaltend instabil beschrieben. Dies liegt in erster Linie daran, dass die wirtschafts- und finanzpolitischen Reformen, denen sich die Regierung gegenüber IWF und Weltbank verpflichtet hat,²⁵ nicht adäquat implementiert werden und Strukturreformen nur schleppend in Gang kommen. V.a. Korruption und Schattenwirtschaft behindern – auch wenn sie kurzfristig systemstabilisierend wirken – die wirtschaftliche Konsolidierung, da sie die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Revenüen begünstigen. Dies betrifft auch die Unterstützungsleistungen westlicher Geber, die ihr Ziel oft nicht erreichen. Die prekäre Wirtschaftslage und die Intransparenz hinsichtlich der Ressourcenallokation vertiefen die Gräben zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und machen sie anfällig für politische Mobilisierung.

Als potenzielle Quellen von Spannungen gelten insbesondere

1) Armut und ungesicherte Nahrungsversorgung, von der ein erheblicher Teil der Bevölkerung betroffen ist. Tajikistan, schon zur Sowjetzeit das Armenhaus der Union, zählt mit einem BSP von 180 US\$ zu den ärmsten Ländern der Welt. Über 50 % der Bevölkerung hat täglich weniger als 2 US\$, über 10% gar weniger als 1 US\$ zur Verfügung. Das Durchschnittseinkommen pro Kopf beträgt weniger als 7\$ pro Monat, was angesichts der relativ hohen Lebenshaltungskosten – ein Sack Mehl (50 kg) kostet umgerechnet ca. 20 US\$, 1 kg Fleisch 2,3 US\$ – den täglichen Bedarf kaum deckt. Die Arbeitslosenrate liegt bei über 40%. Im Human Development Index (HDI) liegt Tajikistan auf Rang 113 und damit mit Abstand hinter Kirgizstan und Uzbekistan (Rang 102 bzw. 101).

2) hohe Arbeitslosigkeit, v.a. Jugendlichen (27 % der Bevölkerung sind zwischen 15 und 29 Jahre alt) sind betroffen. Die hat zur Folge, dass viele Tajiken im Ausland nach Beschäftigungsmöglichkeiten suchen. So halten sich inoffiziellen Angaben zufolge 1 Million Tajiken – nach offiziellen Angaben sind es 620.000 und damit rund 10 % der Bevölkerung – als Arbeitsmigranten in Russland auf, viele

²⁵ Vgl. dazu das *Poverty Reduction Strategy Paper* der tajikischen Regierung, einsehbar in www.poverty.worldbank.org/files/Tajikistan_PRSP.pdf.

davon illegal.²⁶ Die Remittenten der Arbeitsmigranten belaufen sich nach inoffiziellen Angaben auf ca. 800 Mio Euro pro Jahr; dies entspräche immerhin rund 2/3 des BIP. In den offiziellen Statistiken tauchen diese Beträge allerdings nicht auf, somit ist nur schwer zu bestimmen, wie viel davon legal eingeführt wird und damit dem staatlichen Budget zugute kommt. Gleichwohl ist dieser Arbeitsmarkt von enormer Bedeutung für Tajikistan. Sollte er wegbrechen – etwa aufgrund einer Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen für Arbeitsmigranten und schärferer Kontrollen der illegalen Einwanderung²⁷ – dann hätte dies nicht nur hohe finanzielle Verluste für die tajikische Volkswirtschaft zur Folge, sondern würde auch die sozialen Spannungen verschärfen.

3) Die zögerliche wirtschaftliche Privatisierung, v.a. die Umstrukturierung der ehemaligen Kollektiv- und Staatsbetriebe. Nur 10 % des Territoriums eignen sich für die Landwirtschaft, aber 60 % der Beschäftigten arbeiten in diesem Sektor, der 26,4 % des BIP erwirtschaftet.

Im Agrarbereich, aber auch auf dem Industrie- und Dienstleistungssektor gehen Privatisierung und Korruption Hand in Hand. So ist etwa die Vergabe von Lizenzen und Aufträgen oft von den persönlichen Beziehungen des Klienten zum jeweiligen Entscheidungsträger abhängig; fehlende Beziehungen sucht man häufig dadurch zu kompensieren, dass man „Sonderzahlungen“ anbietet bzw. verlangt.²⁸ Auf diese Weise wird nicht nur die soziale Ungleichheit verstärkt, auch ökonomische Potentiale können so nur unzureichend genutzt werden. Dies ist v.a. auf dem Baumwollsektor evident, der in einigen Teilen des Landes das Rückgrat der lokalen Wirtschaft darstellt. Die Beziehungen zwischen Baumwollproduzenten, -raffinerien und -käufern basieren nicht auf Wettbewerb, sondern auf Monopolen. Aufgrund der dadurch generierten einseitigen Abhängigkeiten wird die Entwicklung des Baumwollanbaus, für den das Land im Grunde ausgezeichnete Voraussetzungen bietet, nachhaltig behindert.²⁹ Besonders fatal ist die Verschuldung der Baumwollproduzenten gegenüber den Zwischenhändlern: Nach dem Wegfall des russischen Marktes infolge der staatlichen Unabhängigkeit erhielten die Staatsbetriebe zunächst Kreditanleihen über die Tajikische Nationalbank. Wegen der geringen fiskalischen Kapazitäten der Bank wurde dieses Arrangement in Über-

²⁶ Vgl. *Tajikistan: Labour migration continues to play key role*, in: www.irinnews.org (18.12.2003).

²⁷ Vgl. etwa Justin Burke, *Tajikistan seeks to regulate migration as economy pushes people abroad* (BBC Monitoring, 17.11.2003), in: www.eurasianet.org (Tajikistan Daily Digest).

²⁸ Interviews in Tajikistan, Oktober 2003.

²⁹ Vgl. *Tapping the Potential*, S. 37 ff.; Vakhob Vakhidov et.al., *Khlopokovodstvo – proshloe, nastoyashchee i budushchee Tajikistana* [Baumwollanbau – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Tajikistans], in: *Biznes i Politika* (7.2.2003), sowie Interviews in Khatlon und Soghd Oktober 2003.

einstimmung mit dem IWF 1996 beendet. 1997 sprang *Credit Suisse First Boston* in die Bresche – mit Hilfe *P. Reinharts*, dem weltweit zweitgrößten Baumwollhändler mit Sitz in der Schweiz. Reinhart kontrolliert mittlerweile 95 % des tajikischen Baumwollexports; die Gesellschaft ist mit über 50 % an der tajikischen Agroinvest-Bank beteiligt, die die Mittel über die Nationale Baumwollbörse an die Produzenten, d.h. die Baumwollfarmen weitergibt. Dies geschieht allerdings nicht direkt, sondern über lokale Zwischenhändler, so genannte Investoren, insgesamt 16 im Land. Diese schließen mit den Produzenten, die mit modernen Finanzierungsinstrumenten in der Regel kaum vertraut sind, sog. Futures-Verträge ab. Dabei wird vereinbart, dass eine standardisierte Menge eines bestimmten Gutes über mehrere Jahre hinweg zu einem im voraus festgelegten Preis und unabhängig von eventuellen Schwankungen der Wechselkurse oder der Marktpreise verkauft bzw. gekauft wird. Bei der Abschließung solcher Verträge wurde die Unwissenheit der Partner teilweise schamlos ausgenutzt. So müssen sie vielfach Dünger und anderes Gut von den Investoren kaufen, wobei die Input-Preise vertraglich nicht festgelegt werden. Die Folge: die Investoren setzen für die gelieferte Ware Preise an, die bis zu 100 % über dem Marktwert liegen.

Die Konsequenz dieser Abhängigkeit ist eine chronische Verschuldung der Produzenten gegenüber den Zwischenhändlern. 2002 beliefen sich die Schulden landesweit auf 90 Mio. US\$, im Durchschnitt auf 300, in einigen Fällen sogar auf 2.000 US\$ pro Hektar. Sogar in jenen Regionen, die während der Sowjetzeit die höchsten Erträge erwirtschafteten, sind die Baumwollproduzenten heute kaum in der Lage, ihre Schulden zu tilgen. Dies wiederum führt dazu, dass die Bauern, die die Baumwolle ernten – was überwiegend manuell geschieht und weitestgehend Frauen und Kindern obliegt – mit Niedrigstlöhnen abgefunden werden oder überhaupt keinen Lohn bekommen.³⁰ Zwar brauchen die Zwischenhändler für ihr Engagement in der jeweiligen Region Genehmigungen vom Landwirtschaftsministerium und von den Gebiets- und Lokalbehörden, aber die offenkundige Involvement der regierenden Elite in die Investor-Gesellschaften behindert eine funktionierende Kontrolle. Die Abhängigkeit der Baumwollproduzenten von den Investoren wird dadurch noch vertieft, dass die Regierung, sowjetischen Gepflogenheiten folgend, jährliche Soll-Pläne für die Baumwollernte ausgibt, die an die Lokalbehörden und von diesen an die Produzenten weiter gegeben werden. Das von der Regierung geduldete, ja indirekt geförderte Missmanagement auf dem Baumwollsektor zeigt exemplarisch, dass es bei weitem nicht nur strukturelle Probleme

³⁰ Pro Kilo Baumwolle werden rund 10 Dirham – umgerechnet ca. 0,03 Cent - gezahlt; zum Vergleich: 1 Fladenbrot kostet 30 Dirham.

sind, die die Transformation behindern: Es ist nicht zuletzt die Monopolisierung der Ressourcen durch die Eliten und die damit verbundene Intransparenz von Entscheidungsprozessen, die der wirtschaftlichen Entwicklung im Wege steht und eine wirksame Armutsbekämpfung behindert.

Fassen wir zusammen: Die anhaltend prekäre Wirtschaftslage und ihre Folgeerscheinungen – verbreitete Armut und hohe Arbeitslosigkeit – bilden Konfliktpotentiale ersten Ranges. Sie werden gefördert durch intransparente ökonomische Entscheidungen, bei denen die Eliten ihren Vorsprung an Informationen, Wissen und Entscheidungsmacht gegenüber der Bevölkerung, die v.a. in den ländlichen Gebieten über ihre Rechte nur unzureichend informiert ist, ausspielen können. Die Energien der Menschen in Tadjikistan werden vom Kampf ums tägliche Brot absorbiert, öffentlicher Protest gegen die Missstände ist ebenso selten wie individueller Widerstand, etwa in Gestalt von Einspruch gegen rechtlich nicht ausreichend abgesicherte behördliche Entscheidungen. Meist zieht man es aus Furcht vor Sanktionen vor, schweigend zu dulden. Dies könnte sich aber ändern, falls weitere Faktoren ins Spiel kommen, die die Situation verschlimmern. Ein solcher Faktor könnte eine Verschärfung der russischen Einwanderungsregelungen sein, die einen beträchtlichen Teil der tadjikischen Arbeitsmigranten zur Rückkehr zwingen und den tadjikischen Arbeitsmarkt erheblich belasten würde. Auch eine Destabilisierung in Afghanistan (vgl. 2.3.5.) und, damit einher gehend, Flüchtlingsbewegungen größeren Ausmaßes, könnten zu einer Eskalierung bestehender Konflikte führen.

2.3. Soziales

Die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit und die damit einhergehende Armut machen sich besonders auf dem Sozialsektor bemerkbar und hier v.a. in den Bereichen

- 1) Gesundheit,
- 2) Bildung und
- 3) Gender.

1) Gesundheit

Ein großer Teil der Bevölkerung hat keinen Zugang zu ärztlicher und medikamentöser Grundversorgung. Die wichtigsten Indikatoren für die sich rapide verschlechternde Lage sind hohe Mütter- und Kindersterblichkeitsraten, die Zunahme von Atemwegs- und Magen-Darm-Erkrankungen sowie von alten und neuen Infektionskrankheiten wie Diphtherie, Malaria (einschließlich der potenziell tödlichen *malaria falciparum*), Tuberkulose und HIV. Die Regierung hat nur eingeschränkte Möglichkeiten, um die Situation zu verbessern; die öffentlichen Ausgaben für Gesundheitsvorsorge beliefen sich im Jahr 2002 auf magere 1,5 US\$ pro Kopf (0,9 % des BIP).³¹ Dem gegenüber steht die unzureichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und sauberem Trinkwasser, zugleich die Hauptursache für die weite Verbreitung von Infektionskrankheiten wie Diarrhöe, Hepatitis, Typhus, Brucellose und Anthrax. Zahlreiche Krankheiten, v.a. bei Kindern, gehen auf Unter- bzw. Mangelernährung zurück.

Hauptursache zahlreicher Erkrankungen ist der Mangel an Zugang zu einer Ressource, die das Land eigentlich im Überfluss besitzt: sauberes Trinkwasser. Während noch 1990/1991 63 % der Bevölkerung Zugang zu Leitungswasser hatten, waren es im Jahr 2002 nur noch 57 %, in ländlichen Gebieten nur 47 %. Insgesamt gibt es im Land 698 Wasserversorgungssysteme, von denen aber 272 (40 %) die sanitären Mindeststandards nicht erfüllen. Besonders schlecht ist die Wasserversorgung in Kleinstädten und Dörfern. Dort beziehen die Bewohner das Wasser vielfach aus Brunnen und Bohrlöchern, v.a. aber aus Tümpeln, Flüssen und Irrigationskanälen. Dieses Wasser ist aber meistens verunreinigt durch Abwasser, Abfälle, Exkrememente und Pestizide.³²

2) Bildung

Neben dem Gesundheitswesen ist v.a. der Bildungssektor für die Entwicklung des ökonomischen Humankapitals entscheidend. Zwar wurden im Jahr 2002 immerhin 16,4 % des staatlichen Budgets bzw. 2,6 % des BIP in den Bildungsbereich investiert, aber dies liegt immer noch weit unter dem Niveau anderer Länder, deren Finanzlage etwa der Tajikistans entspricht. Die Grundbildung ist für viele

³¹ Vgl. UN (Ed.), Progress toward the Millennium Goals. Tajikistan 2003, S. 9.

³² *Tapping the Potential*, S. 28 f.

Kinder aufgrund der damit verbundenen Kosten für Lernmaterialien und andere Utensilien nicht gesichert. V.a. Mädchen werden oft frühzeitig von der Schule genommen. Die Schulen sind mehrheitlich schlecht ausgestattet, aber auch das Lehrpersonal selbst ist vielfach nur unzureichend qualifiziert und zudem schlecht bezahlt. Modernisierungsbedürftig sind auch die Curricula. Das *Poverty Reduction Strategy Paper*, das die tajikische Regierung im Juni 2002 auf Betreiben der Weltbank vorgelegt hat,³³ enthält zwar auch Empfehlungen für eine Reform der Lehrpläne, allerdings erfüllen diese nach Auskunft eines westlichen Bildungsexperten globale Standards nur sehr bedingt. Ähnlich wie in den postso-wjetischen Nachbarländern, in denen nach wie vor das sowjetische Bildungssystem als Maßstab dient, zeichne sich das Bildungsministerium auch in Tadjikistan durch Beratungsresistenz aus. Verbaliter gebe man sich zwar kooperationsbereit, bei inhaltlichen Fragen aber wolle man sich nicht in die Karten schauen lassen.

3) Gender

Vom mangelnden Zugang zu den Ressourcen Bildung und Gesundheit sind v.a. Frauen betroffen. Aufgrund der mit dem Besuch von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen verbundenen Kosten werden v.a. Mädchen frühzeitig von der Schule genommen bzw. erhalten überhaupt keine Ausbildung. Sie sind daher besonders von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen bzw. werden als billige Arbeitskräfte in der ländlichen Wirtschaft eingesetzt, wo sie vielfach als Haupternährer ihrer Familien fungieren. Viele Haushalte werden aufgrund der Arbeitsmigration, die v.a. Männer betrifft, allein von Frauen gemanagt. Auch niedere und unterbezahlte Tätigkeiten, wie etwa die Baumwollernte, werden vorzugsweise Frauen übertragen; Männer kommen hier nur in Ausnahmefällen zum Einsatz. Zunehmende Prostitution, Gewalt gegen Frauen und die Rückkehr der Polygamie³⁴, sind deutliche Symptome einer von Armut, sozialer Ungleichheit und männlicher Dominanz geprägten Gesellschaft.

Die physische und psychische Belastung, der insbesondere Frauen in Tadjikistan ausgesetzt sind, spiegeln sich zum einen in der hohen Müttersterblichkeitsrate (2002: 50,6 pro 100.000 Lebendgeburten) wieder, zum anderen in der Zahl von

³³ Vgl. Anm. 25.

³⁴ Vgl. *Issledovanie yavleniya mnogozenstva v Tadjikistane* [Studie zum Phänomen der Polygamie in Tadjikistan], hg. v. Schweizer Büro für Zusammenarbeit (SCO), der Schweizer Agentur für Entwicklung und Zusammenarbeit (SDC) und der tajikischen NGO „Traditionen und Moderne“, 1. Juni 2002.

Abtreibungen. Diese ist zwar insgesamt rückläufig, hat sich aber bei jungen Frauen stark erhöht und ist hier eine der Haupttodesursachen. Nach offiziellen Angaben kommen auf 1.000 Lebendgeburten 144,5 Abtreibungen, nach inoffiziellen Schätzungen liegt die Rate aber 1,5 Mal höher. Darüber hinaus sind Frauen v.a. von häuslicher Gewalt betroffen. Ein Indikator dafür sind zunehmende Fälle von Selbstverbrennungen. Allein im Distrikt Kadiyan (Westkhatlon) haben sich im Jahr 2003 innerhalb von neun Monaten acht Frauen mit Benzin übergossen und angezündet. Jene, die gerettet werden konnten, gaben an, nicht den Tod gesucht zu haben, sondern die Aufmerksamkeit und Zuwendung ihrer Ehemänner und Familien.³⁵

Gleichzeitig sind es v.a. Frauen, die sich zivilgesellschaftlich, insbesondere in NGOs engagieren bzw. solche gegründet haben. Auch auf Distriktsebene und in ländlichen Gebieten sind hier Frauen besonders aktiv - und erfolgreich bei der Akquisition von Sponsorengeldern, ohne die kaum eine NGO überlebensfähig wäre. Im Jahr 2001 gab es landesweit 128 Frauen-NGOs. Diese sind es auch, die sich der *Gender*-Problematik auf vielfältige Weise annehmen. Dass sie dabei vielfach auf männlichen Widerstand, bestenfalls auf Desinteresse stoßen, ist ein Indiz dafür, dass sich Männer beim Thema „Gender“ in der Regel nicht angesprochen fühlen und die Selbstermächtigung von Frauen als tendenziell bedrohlich empfinden. In jedem Fall aber ist das Thema „Gender“ ebenso konfliktträchtig wie das Verhältnis der Geschlechter im Alltag.

Es zeigt sich also, dass die sich verschlechternde Situation auf dem sozialen Sektor ein enormes Konfliktpotential birgt. Die desolate Lage in den Bereichen Gesundheit und Bildung wird sich nämlich, falls keine Besserung eintritt, langfristig negativ auf die Wirtschaft und die Humanressourcen des Landes auswirken, dessen Entwicklungschancen weiter verringern und damit eine Abwärtsspirale in Gang setzen. Da die Missstände im sozialen Bereich v.a. den weiblichen Teil der Gesellschaft treffen, engagieren sich Frauen, unterstützt von westlichen Entwicklungsorganisationen, verstärkt für eine Verbesserung ihrer Situation. Diese grundsätzlich positive Entwicklung vertieft aber die Kluft zwischen den Geschlechtern und verstärkt bestehende Spannungen, da Männer im Allgemeinen unzureichend für die Gender-Problematik und ihre Implikationen für die gesellschaftliche Reproduktionsfähigkeit sensibilisiert sind. Aktivitäten in diesem

³⁵ Interviews in Shahrituz, Oktober 2003; vgl. a. Nargis Zokirova, Tajikistan in Denial Over Spiraling Suicide Rate, in: www.iwpr.net (18.7.2003).

Bereich müssten daher verstärkt auch Männer miteinbeziehen, wenn sie nachhaltige Wirkung entfalten sollen.

2.4. Konkurrierende Ordnungsvorstellungen

Obwohl sich die Tadjiken durchwegs als gläubige Muslime begreifen, gehen die Meinungen weit auseinander, wenn es um die Frage geht, welche Rolle der Islam in der tadjikischen Gesellschaft spielt bzw. spielen sollte. Von eher säkular orientierten Tadjiken, v.a. von Intellektuellen wird der Islam, unabhängig von individuellen politischen Neigungen, aufgrund seines Konservatismus vielfach als „gefährlich“, da entwicklungshemmend eingestuft. Gerade auch Jugendliche und junge Erwachsene geben an, muslimischen Autoritäten gegenüber nur geringes Vertrauen entgegen zu bringen, weil diese kein Verständnis für ihre Belange aufbrächten und aufgrund ihrer politischen Passivität ebenso wenig zu einer Verbesserung der Verhältnisse im Land beitragen wie die politischen Parteien. Als Vorbilder werden bestenfalls einzelne muslimische Autoritäten angesehen, die sich einerseits aufgrund konsequent asketischer Lebensführung, andererseits durch eine unorthodox-pragmatische Auslegung religiös begründeter Vorschriften von ihren „Kollegen“ abheben, dabei aber keinerlei Dogmatismus zur Schau tragen.³⁶

In der Tat geben sich religiöse Würdenträger im Allgemeinen unpolitisch; vielfach wird die Ansicht geäußert, eine islamische Partei (wie die PIWT) sei unnötig, der Islam sei als Programm völlig ausreichend. Als problematisch wird allerdings von Vertretern dieser Gruppe die mangelnde religiöse bzw. theologische Bildung, ein Erbe der Sowjetzeit, empfunden. Hier sei verstärktes Engagement seitens westlicher Geber dringend notwendig. Nur durch eine bessere Kenntnis des „wahren“ Islams könne man radikalen islamischen Bewegungen wie der *Hizb ut-Tahrir* argumentativ entgegen treten.

Dem ist, wenn auch unter Vorbehalt, zuzustimmen. Die *Hizb ut-Tahrir*, die die Wiederherstellung des Kalifats – allerdings prinzipiell auf gewaltlosem Wege – anstrebt,³⁷ ist besonders in den dicht besiedelten Provinzen Soghd und Westkhatlon, aber auch in und um Dushanbe aktiv – also in den Gebieten, in denen die sozio-ökonomische Situation besonders angespannt bzw. die soziale

³⁶ Interviews in Dushanbe, Khatlon und Soghd im Oktober 2003.

³⁷ Vgl. International Crisis Group (ICG), *Radical Islam in Central Asia: Responding to Hizb ut-Tahrir*. ICG Asia Report No. 58 (30.6.2003). Osh/ Brussels

Kluft zwischen einer schmalen prosperierenden Oberschicht und der Bevölkerungsmehrheit am augenfälligsten ist. Sie soll ihre Anhänger v.a. unter Uzbekern rekrutieren, die sich als Minderheit gegenüber den Angehörigen des Titularvolkes vielfach benachteiligt fühlen. Mehrheitlich aber scheint die Bevölkerung wenig Interesse für den politischen Islam aufzubringen, geschweige denn für einen islamischen Staat zu optieren. Es sind offenbar nicht Ideologien als solche, die die Menschen in Transformationsländern radikalen Bewegungen in die Arme treiben. Vielmehr sind es der Mangel an Perspektiven und fehlendes Vertrauen in den Staat, die von radikalen Bewegungen politisch instrumentalisiert werden können. Der Gründer der *Hizb ut-Tahrir*, Taqiuddin an-Nabhani, hatte gerade darauf gesetzt. So heißt es in einer seiner Schriften:

„[Radikale]... Bewegungen entstehen nicht, wenn die Menschen in Wohlstand leben und Rechtssicherheit genießen und wenn hohe Positionen nach dem Kriterium der Kompetenz besetzt werden“.³⁸

Eine bessere islamische Grundbildung kann demnach nur dann vor religiösem Extremismus schützen, wenn man sich gleichzeitig um die Eindämmung seiner Wurzeln bemüht – zumal die Wortführer radikaler Bewegungen wie der *Hizb ut-Tahrir* an theologischen Disputen, an Meinungs austausch und „Dialog“ nicht interessiert sind. Da sie mit klaren Feindbildern und Zielvorstellungen operieren und dabei für sich beanspruchen, die „wahre Lehre“ zu vertreten, wird man mit gelehrtem Streit hier wenig ausrichten.

Die Forderung muslimischer Autoritäten nach islamischer Grundbildung birgt ein weiteres Konfliktpotential. In vielen Bereichen ist die islamische Lehre mit den säkularen Werten, für die zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen in Tadjikistan eintreten, nicht ohne Weiteres vereinbar. Ein besonders prekärer Punkt ist hier die Gender-Thematik: Die Befürchtung, dass islamische Grundbildung Frauen in Tadjikistan eher schwächen als stärken würde, ist durchaus berechtigt. Wenn also religiöse Bildung, gleich jedem Wissen, Schutz vor Manipulation bieten – und nicht selbst eine Quelle der Manipulation werden soll, dann wird es entscheidend darauf ankommen, wie und durch wen dieses Wissen vermittelt wird. Dabei wäre die Integration des Religionsunterrichts in den säkularen Schulbetrieb einer separaten Religionslehre an islamischen Bildungsstätten vorzuziehen. Keinesfalls aber sollte religiöse Bildung die allgemeine Schulbildung substituieren und als Rechtfertigung dafür dienen, dass Mädchen vorzeitig von der Schule genommen

³⁸ An-Nabhani, Taqiuddin, Structuring of a party. Al-Khilafah Publications, London 2001, S. 24f., zit.n. ICG, Radical Islam, S. 43.

werden. Problematisch ist auch die Frage des Lehrpersonals. Hinreichend qualifiziertes, erfahrenes und entsprechend sensibilisiertes Personal für den Religionsunterricht dürfte in Tadjikistan mit seiner sowjetisch geprägten Bildungstradition nur schwer zu finden sein. Der Einführung des islamischen Religionsunterrichts müsste daher die Einführung einer adäquaten Lehrerausbildung vorausgehen.

Uneins im Hinblick auf ihre ideologische Ausrichtung und mithin ohne klare politische Konzepte ist auch die Partei, die den Islam zum Programm erhoben hat, die PIWT. Nach Angaben ihres Stellvertretenden Vorsitzenden, M. Kabiri, ist sie in einen konservativ-traditionalistischen und in einen säkular-modernistischen Flügel gespalten, der der Partei aber zunehmend wegbreche. Hauptgrund dafür scheint die zunehmende Kompromissbereitschaft des konservativen Flügels gegenüber der Regierung zu sein. Seit der Brandrede des Präsidenten in Isfara im Juli 2002, bei der er den politischen Islam als Hauptquelle von Instabilität brandmarkte, setzt die Partei zunehmend auf Konsens; konfrontative Äußerungen in der Öffentlichkeit werden vermieden. Es ist namentlich diese Konsensorientierung, die die kritischer gestimmten „Modernisten“ wie Kabiri selbst der Partei entfremdet. Auch an die *Hizb ut-Tahrir* habe man Mitglieder verloren – weil ihnen die PIWT zu wenig radikal gewesen sei.³⁹

Dem zufolge könnte die Politik von Druck und Exklusion, die die Regierung der PIWT gegenüber verfolgt und die dieser immer mehr Kompromisse abverlangt, im Sinne einer *self-fulfilling prophecy* zu erneuter Radikalisierung frustrierter PIWT-Anhänger führen. Die staatlichen Repressionen gegen PIWT-Mitglieder sind daher kontraproduktiv und konfliktschürend. Eine Verstärkung des (Anpassungs)Drucks auf den politischen Islam könnte zu einer weiteren Delegitimierung der PIWT führen und bestehende Spannungen vertiefen.

2.5 Transnationale Dynamiken⁴⁰

Die Konfliktdynamik in Tadjikistan wurde und wird ganz erheblich durch eine Reihe externer Akteure beeinflusst. Darunter sind insbesondere zu nennen:

³⁹ Interviews in Tadjikistan Oktober 2003; zur Islam-Säkularismus-Debatte vgl. die Beiträge in Kreikemeyer/ Seifert, Zur Vereinbarkeit von politischem Islam und Sicherheit im OSZE-Raum.

⁴⁰ Vgl. zum folgenden die in Anm. 8 genannten Quellen.

1) Afghanistan

Zwischen 1992 und 1996 flohen über 80.000 Tadjiken nach Nordafghanistan, das tadjikischen oppositionellen Gruppen zugleich als politisches und militärisches Sammlungsgebiet diente. Umgekehrt fungierte Tadjikistan – mit Russlands Wissen und im Kontext des kollektiven Sicherheitsabkommens – als Basis für Unterstützung der tadjikisch dominierten afghanischen Nordallianz und auch als Exil für afghanische Flüchtlinge. Die Expansion der Taliban 1995/1996 hatte bedeutende Konsequenzen für das Interventionsverhalten anderer „major players“, v.a. Russlands und Uzbekistans (s.u.), die im Interesse der regionalen Stabilität zunächst die tadjikischen Regierungskräfte unterstützt hatten und sich nun intensiv für die Friedensverhandlungen einsetzten. Auch der zunehmende Pragmatismus der Bürgerkriegsparteien selbst war nicht zuletzt der Furcht geschuldet, dass der Vormarsch der Taliban zu einer Bedrohung für die Souveränität Tadjikistans werden könnte. Von der Stabilisierung Afghanistans seit Frühjahr 2002 hat Tadjikistan erheblich profitiert – und ist entsprechend anfällig für Instabilität dort, zumal in Afghanistan ca. 1,3 Mio. Tadjiken leben. Eine Änderung der Machtverhältnisse in Kabul zuungunsten der von Tadjiken dominierten Nordallianz könnte dazu führen, dass deren Führer sich erneut nach Tadjikistan wenden, um Unterstützung zu suchen - wie sie dies zu Taliban-Zeiten getan haben.

Ein besonders akuter und problematischer Punkt ist der Drogenhandel: Von Afghanistan aus fließen Drogen in großen Mengen, aber auch Waffen ins Land. Durch Tadjikistan verläuft eine der Haupttransportrouten für den afghanischen Drogenexport. Dessen Eindämmung durch eine effizientere Grenzüberwachung wäre zwar wünschenswert, ist aber zugleich ein potenzieller Konfliktsfaktor, da politisch relevante Akteure auf beiden Seiten erheblich von den Einkünften aus dem Drogenhandel profitieren und bereit wären, diese Ressource möglicherweise auch durch den Einsatz von Gewalt zu verteidigen.

2) Russland

Russland trat während des Bürgerkrieges als Schutzmacht auf, offiziell neutral, soll aber die Regierungstruppen finanziell, militärisch und logistisch unterstützt haben. Seit 1993 gewährte Russland Oppositionsführern, v.a. der DPT, Asyl und war einer der Hauptinitiatoren und –vermittler bei den Friedensverhandlungen. Nach wie vor ist Russland der engste (militärische) Verbündete Tadjikistans in

Zentralasien. Seit 1999 sind ca. 10.000 Soldaten der russischen Grenztruppen an der tajikisch-afghanischen Grenze stationiert, weitere 11.500 Soldaten der 201. Infanteriedivision der russischen Armee befinden sich in Dushanbe. Zwar verliert Russland im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Engagement in der Region als strategischer Partner für Tajikistan zunehmend an Bedeutung, nach wie vor aber ist Russland einer der wichtigsten Handelspartner. Darüber hinaus hält sich annähernd eine Million Tajiken zu Arbeitszwecken in Russland auf, wovon das tajikische BIP nicht unerheblich profitiert (s.o., 3.2.).

3) Uzbekistan

1992-1993 unterstützte Uzbekistan mit Geld, Waffen und Munition die tajikische *Volksfront* gegen die islamische Opposition und förderte damit Rakhmonovs Karriere. Seit 1995 verhält sich die usbekische Regierung zunehmend kritisch gegenüber der Politik Rakhmonovs. Dies steht v.a. im Zusammenhang mit dem militärischen Engagement Russlands und mit der Furcht vor dem militanten Islam. Tajikistan ist aufgrund seiner geographischen Lage abhängig von den Transportsystemen der Nachbarländer, um externe Märkte zu erreichen. Seit September 2001 haben die postsowjetischen Nachbarstaaten, allen voran Uzbekistan, neue und rigide Visabestimmungen eingeführt, von denen v.a. tajikische Arbeitsmigranten betroffen sind. Die mit der Verschärfung der Einreisebestimmungen verbundenen Behinderungen führen zu ökonomischen Verlusten und wirken damit potenziell konfliktverschärfend. Spannungen bestehen v.a. im Hinblick auf den politischen Islam, der in Tajikistan bisher toleriert wird, in Uzbekistan nicht. Seit den Vorstößen der *Islamischen Bewegung Uzbekistans* (IBU) auf kirgisches und usbekisches Territorium (1999 und 2000) beschuldigt Uzbekistan das Regime Rakhmonov, IBU-Kämpfern Unterschlupf geboten und den islamischen Extremismus unterstützt zu haben. Seit 2000 hat Uzbekistan Teile des Grenzgebiets vermint und erst im Sommer 2002 begonnen, Minen zu räumen. Die Minen bedeuten eine große Gefahr für die Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze; zahlreiche Menschen sind dadurch verletzt worden oder zu Tode gekommen, und es kommt immer wieder zu Unglücksfällen.

Besonders betroffen von den rigiden Sicherheitsvorkehrungen Uzbekistans, die im Sommer 2003 erneut verschärft wurden, ist die Bevölkerung des Ferghanatals. Diese seit jeher multiethnische Region wurde von den sowjetischen Machthabern nach willkürlichen bzw. machtpolitischen Gesichtspunkten zwischen Uzbekistan,

Kirgizstan und Tadjikistan aufgeteilt, zugleich wurden in allen drei Staaten künstliche Enklaven des jeweiligen Nachbarstaates geschaffen. Das Ferghanatal bietet besonders günstige Bedingungen für die Landwirtschaft und ist entsprechend dicht besiedelt. Über 10 Mio Menschen leben dort, und die soziale Lage ist dort aufgrund steigenden Bevölkerungsdrucks, hoher Jugendarbeitslosigkeit und knapper Ressourcen besonders kritisch. Zu Spannungen kommt es sowohl innerhalb als auch zwischen einzelnen Gemeinden, und die Gründe sind in der Regel nicht „ethnischer“ Natur. Vielmehr sind es meist Streitigkeiten um den Zugang zu Wasser und Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften und Grenzposten, die Konflikte kreieren. Der traditionell enge Handels- und Besuchsverkehr zwischen den Bewohnern dies- und jenseits der staatlichen Grenzen wird durch die verschärften Einreisebestimmungen, insbesondere der usbekischen Seite, stark behindert und verstärkt bestehende Konfliktpotentiale.

4) Kirgizstan

Die 580 km lange Grenze zu Kirgistan ist nicht offiziell demarkiert, beide Länder haben Enklaven im Nachbarland (s.o., Ferghanatal). Entgegen einem bilateralen Abkommen von 1998 kam es in der jüngeren Vergangenheit immer wieder zu wechselseitigen Schikanen an den Grenzübergängen zwischen Soghd und der kirgisischen Provinz Batken. Die tadjikische Seite begründet die verschärften Kontrollen mit dem Argument, auf diese Weise den Schmuggel unterbinden zu wollen, durch den dem Land jährlich ca. 700.000 US\$ an Steuereinnahmen entgehen. Im Gegenzug behinderten kirgisische Grenzposten wiederholt die Einreise von Tadjiken. Es kommt immer wieder zu Überfällen kleiner kirgisischer Kommandos auf tadjikische Grenzposten. V.a. im Ferghanatal wurden die Grenzen mittlerweile stark militarisiert. Darüber hinaus könnte eine Verschärfung ethnischer Spannungen zwischen Kirgisen und Usbeken in Südkirgizstan, aber auch der innerkirgisische politische Antagonismus zwischen dem Norden und dem Süden des Landes auch Tadjikistan involvieren.

5) Iran

Der Iran unterstützte zu Beginn der Neunziger die Opposition und gewährte Oppositionellen Asyl. Der Iran spielte eine tragende Rolle bei den Kompromiss- und Friedensverhandlungen. Ebenso wie Russland und im Interesse der guten

bilateralen Beziehungen war die iranische Führung bestrebt, den Einfluss der Taliban, Pakistans und Saudi-Arabiens auf Tajikistan einzudämmen – aber auch den der Türkei und der USA.

Fassen wir zusammen: Die geopolitische Lage Tajikistans als eines „schwachen Staates“ inmitten einer unruhigen und tendenziell instabilen Region macht das Land anfällig für Turbulenzen in den Nachbarländern. So hätte insbesondere eine Destabilisierung der Lage in Afghanistan fatale Konsequenzen auch für die Stabilität in Tajikistan. Eine besonders sensible Zone ist die Grenzregion Ferghana, wo die Abschottungspolitik, die Uzbekistan gegenüber seinen Nachbarn betreibt, bestehende soziale und ökonomische Spannungen verschärft. Ein Konfliktpotential ersten Ranges birgt auch die wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland, das einen bedeutenden Arbeitsmarkt für tajikische „Gastarbeiter“ darstellt. Ein Wegbrechen dieses Marktes hätte dramatische Folgen für die Konfliktsituation in Tajikistan.

3. Akteure

Konflikt- und Friedensakteure lassen sich nur schwer differenzieren, da die Entscheidungen und Handlungen relevanter Personen und Institutionen in Abhängigkeit von situativen Konstellationen konfliktverschärfend oder konfliktmindernd wirken können. Dies gilt im Prinzip für Akteure in allen Bereichen – von der staatlichen bis hin zur zivilgesellschaftlichen Ebene. Potenzielle Konfliktakteure finden sich auf allen Ebenen und in verschiedenen Konstellationen. Im Folgenden werden unterschieden:

- 1) Vertreter staatlicher Institutionen,
- 2) zivilgesellschaftliche Akteure,
- 3) traditionelle Institutionen der Konfliktregelung und
- 4) externe Akteure.

Diese vier Gruppen von Akteuren beeinflussen die Konfliktodynamik auf den Sektoren, in denen im Vorhergehenden die Hauptkonfliktpotentiale lokalisiert wurden, nämlich in Politik und Wirtschaft, auf dem sozialen Sektor, in der Auseinandersetzung um die ideologische Ausrichtung des Staates und in den zwischenstaatlichen Beziehungen.

3.1. Staatliche Ebene

- 1) Regierung und Parlament, Justiz- und Sicherheitsorgane

Akteure in diesem Funktionsbereich sind deshalb von maßgeblicher Bedeutung, weil sie strategische Entscheidungen nach innen und außen treffen oder solche Entscheidungen umsetzen. Sie sind damit die Schlüsselakteure auf dem Sektor *governance*, der für den Bereich Konfliktprävention und –bearbeitung von zentraler Bedeutung ist. Sowohl oppositionelle und zivilgesellschaftliche als auch externe Akteure sind auf die Zusammenarbeit mit diesen Entscheidungsträgern angewiesen. Insbesondere in der Außendarstellung geben sich staatliche Funktionsträger zwar durchaus kooperationswillig, bei näherem Hinsehen zeigt sich aber oft, dass Zusagen nicht eingehalten und geplante Vorhaben nicht umgesetzt werden – sei es aus Desinteresse, politischem Kalkül oder ineffizienten Strukturen. Im Hinblick auf bzw. in der Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren sind folgende Faktoren besonders zu berücksichtigen:

a) Das Verhältnis zwischen der Regierung, die die Staatsmacht repräsentiert, und oppositionellen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren ist ein grundsätzlich asymmetrisches. Das bedeutet, dass sich Akteure aus Regierung und Verwaltung, insbesondere Justiz- und Sicherheitsorgane, im Zweifelsfall auf das staatliche Droh- und Sanktionspotential berufen können, um die Durchsetzung von Entscheidungen, die oft partikularistischen Interessen folgen, zu erzwingen. Vertreter dieser Gruppe sehen in der Regel auch keine Veranlassung, auf dieses Privileg zu verzichten, sondern sind vielmehr bestrebt, den Status quo und damit verbundene Routinen und Besitzstände zu wahren. Dies gilt mehrheitlich auch für das Parlament, das, ähnlich wie in den Nachbarrepubliken, nur beschränkte Entscheidungsspielräume hat und kaum als wirksames Gegengewicht zur Regierung bezeichnet werden kann. Dies unterminiert die Handlungsmöglichkeiten von Opposition und Zivilgesellschaft, die auf staatliche Ressourcen nicht zurückgreifen können und sich daher vielfach als vollkommen machtlos empfinden.

b) Rivalitäten zwischen politischen Repräsentanten unterschiedlicher Regionen sind häufig auf die konfliktträchtige Personalpolitik der Regierung auf Gebiets- und Distriktsebene zurückzuführen. Diese schürt, in Kombination mit der ökonomischen Misere, Ressentiments gegenüber den Vertretern der „neuen Macht“.

c) Der Antagonismus zwischen der Regierung und der PIWT wird möglicherweise auch durch das Interesse externer Akteure am politischen Islam verstärkt. In den Augen von Regierungsvertretern gilt die PIWT als „bevorzugt“; gelegentlich beschwert man sich über das „unangemessene“ Interesse der Ausländer am Islam, dessen Bedeutung für Tadjikistan überbewertet werde.⁴¹ Ungeachtet der Frage, ob dies zutrifft oder nicht: solche Perzeptionen müssen berücksichtigt werden, wenn man konfliktsensitiv vorgehen will.

d) Umständliche und langwierige Verwaltungsprozeduren und Verzögerungen bei der Umsetzung von Verwaltungsentscheidungen sind vielfach auf ineffiziente Strukturen zurückzuführen. Entscheidungsprozeduren sind oft unklar, häufig stehen formale Verfahrensvorschriften im Widerspruch zu persönlichen Weisungen. Oft sind letztere ausschlaggebend, was das Vertrauen in staatliche Institutionen unterminiert.

⁴¹ Interviews in Dushanbe Oktober 2003.

e) In den Augen oppositioneller und zivilgesellschaftlicher Gruppen ist die Regierung nur unzureichend legitimiert. Aus diesem Grund bringen sie den staatlichen Institutionen – Regierung und Parlament, Justiz und Polizei – nur geringes Vertrauen entgegen.

Gleichzeitig ist der Aufbau funktionierender staatlicher Institutionen ohne entsprechendes *commitment* ihrer Vertreter nicht möglich. Dieses lässt sich aber nur dadurch gewinnen, dass man Vertrauensbeziehungen zu ihnen aufbaut und langfristig plant. Dies wiederum setzt Personen- und Netzwerkkennntnis voraus. Auch mit Partikularinteressen ist hier zu rechnen, die es zu berücksichtigen gilt, wenn man Entscheidungsträger aus Regierung und Verwaltung für ein effizientes *institution building* gewinnen will.

2) Parteien

Das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in formale Institutionen bzw. generell in „den Staat“ bezieht sich nicht nur auf die Regierung, sondern auch auf die Parteien, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung. Der Antagonismus zwischen Regierung und Oppositionsparteien wird nicht als Wettbewerb unterschiedlicher politischer Programme wahrgenommen, sondern als Kampf um persönliche Macht. In der Tat haben die Parteien in Tadjikistan, ähnlich wie in den Nachbarrepubliken, eher den Charakter politischer Klubs, die sich um charismatische bzw. einflussreiche Personen herum gebildet haben. Die Mitgliedschaft in einer Partei ist denn auch vielfach durch Patronagebeziehungen bzw. –erwartungen motiviert. Obwohl sich die Parteien, unterstützt von ausländischen Entwicklungsagenturen, verstärkt um eine Professionalisierung bemühen, fehlen klare politische Programme ebenso wie institutionalisierte Beziehungen zwischen Wählern, Kandidaten und Parteiaktivisten. Mit Ausnahme der Präsidentenpartei VDPT und der KP, die neuerdings verstärkt kooperieren,⁴² haben die Parteien weder eine Massenbasis noch eine klare Infrastruktur.

Auch die SDPT ist alles andere als eine „Massenpartei“, allerdings arbeitet sie verstärkt an einer programmatischen Profilierung. Bei der Rekrutierung von Anhängern, die v.a. aus dem akademischen Milieu stammen, setzt der Parteigründer und -vorsitzende, R. Zoirov, ein Rechtsexperte, nach eigenen Angaben weniger auf Quantität als auf die „Qualität“ der Parteimitglieder, d.h. auf deren

⁴² Auskunft eines Mitglieds des Zentralkomitees der KP in Dushanbe im Oktober 2003.

Fähigkeit und Bereitschaft zu aktiver parteipolitischer Arbeit. Diese konzentriert sich derzeit v.a. auf die Reform des Wahlgesetzes und die Arbeit mit Parlamentariern und NGOs, die diese unterstützen, wie etwa das *Zentrum für Rechtliche Bildung*. Es wird von einem erfahrenen Juristen und Mitglied der *Assoziation der Richter Tajikistans* geleitet und widmet sich der Weiterbildung von Richtern und Anwälten mit dem Ziel einer Verbesserung der Gesetzgebung und der Rechtskultur.

3.2. Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche Institutionen, also freiwillige Vereinigungen, Gruppen, Organisationen und Netzwerke von Bürgern gibt es in Tajikistan in großer Zahl, allerdings sind ihre Kapazitäten, die Interessen und Rechte der Bürger zu artikulieren und gegenüber staatlichen Instanzen auch durchzusetzen, sehr gering. Der Aufbau zivilgesellschaftlicher Institutionen wird erschwert durch staatliche Einflussnahme und fehlende institutionelle Garantien für einen konstruktiven Umgang mit Konflikten zwischen Staat und Bürgern. So fehlt einer der wichtigsten Voraussetzungen für die Entstehung einer starken Zivilgesellschaft: unabhängige Sicherheits- und Justizorgane, die die Rechte engagierter Bürger in Konflikten mit dem Staat schützen. Auch mangelt es grundsätzlich an Foren für offene und kontroverse Diskussion bzw. kooperative Austragung von Werte- und Interessenkonflikten: Eine unabhängige Medienlandschaft existiert nur in Ansätzen, insbesondere Rundfunk und Fernsehen unterliegen der Kontrolle der Gebietsverwaltungen und damit der Zensur. Bei den Printmedien hebt sich die zwei Mal pro Woche erscheinende Zeitung *Asia Plus* positiv hervor und in Soghd die Wochenzeitung *Varorud*; beide sind zugleich Nachrichtenagenturen mit eigener Website.⁴³ Nachdem namentlich die Printmedien in den vergangenen zwei Jahren eine gewisse Blüte erlebten, sind eine Reihe kleinerer Zeitungen, die sich mit ihrer Kritik an der Regierung offenbar zu weit vorgewagt hatten, im Dezember 2003 wieder geschlossen bzw. verboten worden.⁴⁴ Da solches jederzeit drohen kann, ist Selbstzensur auf dem Mediensektor weit verbreitet.

Generell sind zivilgesellschaftliche Institutionen nur schwach entwickelt und bilden kaum ein wirksames Gegengewicht gegenüber dem Staat. Blickt man allerdings auf die Zahlen, ergibt sich ein anderes Bild: Die Anzahl von NGOs ist seit

⁴³ Vgl. www.varorud.org; www.asiaplus.tajnet.com.

Mitte der neunziger Jahre rapide gewachsen, von 33 im Jahr 1993 auf ca. 1.241 im Jahr 2002.⁴⁵ Die Mehrzahl der NGOs ist in der Landeshauptstadt und in den großen Provinzzentren aktiv, allen voran Khujand (Provinz Soghd). Aber auch in den ländlichen Gebieten wächst dieser Sektor, und dies ist überwiegend dem Engagement ausländischer Sponsoren geschuldet, von deren finanzieller Unterstützung die tajikischen NGOs gänzlich abhängig sind. Nur wenige NGOs wären ohne externes Funding überlebensfähig. NGOs in Tajikistan sind, ähnlich wie in den zentralasiatischen Nachbarrepubliken, in der Regel Netzwerke, die sich um einige wenige „Aktivisten“ herum gebildet haben. Diese rekrutieren dann nach Bedarf Mitarbeiter aus dem Netzwerk, dessen personelle Zusammensetzung fluktuiert.

Thematisch konzentrieren sich die NGOs auf Gender- und Jugendfragen, zunehmend aber auch auf den Bereich Menschenrechte bzw. generell rechtliche Bildung und Beratung. Mittlerweile haben sich feste NGO-Geber-Netzwerke etabliert – mit der Konsequenz, dass sich bestimmte Programme bzw. Projekte wiederholen, ohne aufeinander aufzubauen bzw. Synergien zu produzieren. OSZE und SCO z.B. lassen die von ihnen geförderten Seminare zum Thema „Dialog zwischen Staat und Religion“ in Soghd von der NGO *Civic Society* durchführen; ein praktisch identisches Projekt wird von der NGO *Public Committee for the Promotion of Democratic Processes* implementiert – nur der Sponsor ist in diesem Fall die *Kettering-Foundation*. Bisher, so der Leiter einer NGO in Dushanbe, sei der Markt groß genug, um die etablierten NGOs zu ernähren; da jede NGO ihre eigenen Sponsoren habe, gebe es zwischen ihnen kaum Konkurrenz.

Grundsätzlich lassen sich zwei Typen von NGOs unterscheiden:

1) NGOs, die von internationalen Organisationen mit der Implementierung ihrer Programme beauftragt bzw. eigens zu diesem Zweck gegründet und gezielt trainiert werden. Diese NGOs rekrutieren ihr Personal nach den von den Gebern vorgegebenen Kriterien (Leistungsorientierung, Initiative, Management- und PR-Kompetenzen etc.). Teils werden dabei Einzelpersonen, teils Mitglieder anderer NGOs ausgewählt und für die NGO-Arbeit ausgebildet. So fördert etwa die internationale Non-Profit-Organisation *Counterpart Consortium* den Aufbau von NGOs in Tajikistan mittels Stipendienvergabe, Training und technischer Unterstützung.

⁴⁴ Zafar Abdullaev, Tajikistan: Independent Newspapers under Pressure, in: Institute for War and Peace Reporting, Reporting Central Asia No.255 (7.1.2003), in: www.iwpr.net.

⁴⁵ Vgl. Abdullaev/ Freizer, S. 29.

Besonders internationale Organisationen und NGOs, die sich mit Projekten zur Rehabilitierung der lokalen Infrastruktur befassen und dabei in erster Linie auf das Engagement der lokalen Bevölkerung (und weniger der für solche Aufgaben eigentlich zuständigen staatlichen Instanzen) setzen, arbeiten dann mit solchen lokalen NGO-Profis. Auch für explizit konfliktpräventive Maßnahmen werden v.a. solche NGOs eingesetzt und speziell geschult.

2) NGOs, die sich in Eigeninitiative konstituieren, ihre Programme selbst definieren und für die Umsetzung Gelder bei internationalen Organisationen und anderen Sponsoren akquirieren. Oft bestehen solche Organisationen nur aus ein paar wenigen festen Mitgliedern, die je nach Bedarf weitere Mitarbeiter rekrutieren und dabei bereits vorhandene soziale Netzwerke nutzen. NGOs dieses Typs arbeiten vielfach auch mit staatlichen Organen zusammen, auf deren Placet bzw. Unterstützung sie in stärkerem Maße angewiesen sind als die NGOs, die ausschließlich die Programme ihrer Auftraggeber implementieren und daher geschützter sind – sowohl vor behördlicher Renitenz als auch vor der einheimischen Konkurrenz.

Zwar orientieren sich auch die NGOs des letztgenannten Typs an den Agenden der Geber, doch vermitteln sie ein realistischeres Bild von der lokalen „Zivilgesellschaft“ als die im Prinzip künstlich geschaffenen NGOs des ersten Typs. Dass diese vergleichsweise erfolgreicher arbeiten als die *grass root* NGOs liegt nicht zuletzt daran, dass sie unabhängiger sind von staatlichen Instanzen und professioneller arbeiten können. Viele von ihnen besitzen denn auch eine Business-Lizenz und fungieren als kleine Dienstleistungsunternehmen. Insgesamt aber wird den NGOs von externen Beobachtern ein schlechtes Zeugnis ausgestellt; einem UN-Mitarbeiter in Dushanbe zufolge ist die „Fähigkeit der NGOs, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, gleich Null“. Dies liege nicht zuletzt darin begründet, dass NGO-Mitarbeiter oft Partikularinteressen verfolgen. Es sind aber nicht nur die gegebenen sozio-ökonomischen Strukturen, die dies begünstigen, sondern auch die Geberpolitik.

3.3. Traditionelle Institutionen der Konfliktregelung

Auf der Ebene lokaler Gemeinschaften (*mahallas* und *jamoat*-Dorfgemeinschaften) gibt es seit jeher Organisationen zur Selbsthilfe, die zugleich als Sitten-

wächter und Konfliktschlichter fungieren (Ältestenräte)⁴⁶. EZ-Akteure arbeiten neuerdings verstärkt mit den dörflichen- bzw. Gemeindeorganisationen (*jamoat*) zusammen, v.a. in Projekten, die sich mit ländlicher Entwicklung, Ernährungssicherung, dem Aufbau von Kapazitäten zur Selbsthilfe und der Implementierung von Entwicklungsprogrammen befassen. Programme, die explizit auf Konfliktlösung und –prävention abzielen, arbeiten gezielt auf dieser Ebene, so etwa UNDP/RRDP, das über ein von der Schweiz finanziertes *Friedensförderungsprogramm* lokale Konfliktschlichtungskapazitäten in der Grenzregion Ferghana aufbaut (Tajikistan und Kirgizstan). Insbesondere *Mercy Corps International* und die *Schweizer Agentur für Entwicklung und Zusammenarbeit* (SDC) sowie die *Agence d'Aide à la Coopération Technique et au Développement* (ACTED) und die *Agha Khan Foundation* (AKF) beziehen – wenn auch in anderer und offenbar effizienterer Weise (s.u., Entwicklungspolitische Maßnahmen 2.1) – traditionelle Institutionen, so auch die Ältestenräte, in ihre Konfliktpräventionsprogramme mit ein. Mercy Corps konnte dabei auch uzbekische Gemeinden im Ferghanatal integrieren.

Dass traditionelle Konfliktregelungsinstitutionen oft effizient zwischen Staat und Bevölkerung vermitteln können, liegt nicht zuletzt daran, dass ältere und verdiente Männer und Frauen, die in solchen Institutionen eine führende Rolle spielen, allgemein großen Respekt genießen. Aufgrund ihres Ansehens und ihres Status haben sie im Gefüge der informellen sozialen Netzwerke, denen auch die Vertreter der lokalen Verwaltungen angehören, meist eine besonders prominente Position inne und üben nicht unerhebliche informelle Entscheidungsmacht aus – die auch repressive Züge annehmen kann. Aufgrund ihres Einflusses in horizontaler und vertikaler Richtung eignen sie sich vorzüglich als Mediatoren in Konflikten. Die Autorität traditioneller Institutionen hat allerdings für Vertreter staatlicher Institutionen tendenziell Loyalitätskonflikte zur Folge, dann nämlich, wenn Entscheidungen oder Willenserklärungen traditioneller Instanzen und Weisungen der übergeordneten Organe, die von den lokalen Netzwerken nicht erfasst werden, einander widersprechen. Die gängige Praxis der Regierung, Ortsfremde – sie kommen, wie oben gezeigt, zunehmend aus der Region Kulob – als Verwaltungschefs einzusetzen, hat insofern eine wichtige machtpolitische Funktion: Auf diese Weise wird verhindert, dass lokale Netzwerke zu stark werden und sich dem staatlichen Zugriff entziehen. Gleichzeitig ist gerade dieser Aspekt der staatlichen Personalpolitik konfliktischürend, da sich die Lokalbevölkerung von den Ortsfrem-

⁴⁶ Vgl. Abdullaev/ Freizer, S. 29.

den in der Regel nicht repräsentiert fühlt und das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat zusätzlich unterminiert wird.

Zumindest langfristig können demnach traditionelle Institutionen der Konfliktregelung den Aufbau unabhängiger Instanzen des Konfliktmanagements nicht wirkungsvoll ersetzen. Auf traditionelle Autoritäten als Konfliktschlichter zu rekurrieren, mag unter Transitionsbedingungen durchaus funktional sein – als Alternative für eine unabhängige Justiz, die jedem Bürger, ungeachtet seiner Herkunft, Schutz vor persönlicher oder staatlicher Willkür bietet, kommen sie auf Dauer nicht ernsthaft in Frage.

3.4. Externe Akteure

Die Aktivitäten externer Akteure sind in Tadjikistan, wie auch andernorts, ganz wesentlich durch außenpolitische, insbesondere durch sicherheits- und wirtschaftspolitische Interessen bestimmt. Entwicklungspolitische Maßnahmen sind insofern ein zentrales Instrument der Außenpolitik. Im Folgenden werden zunächst die außenpolitischen Determinanten des Engagements externer, v.a. westlicher Akteure in Tadjikistan skizziert (1), und danach ihre Rolle im Konfliktgefüge des Landes problematisiert (2). Die entwicklungspolitischen Maßnahmen selbst sind Gegenstand des 2. Teils dieser Studie.

1) Mit dem Zerfall der Sowjetunion und der Entstehung der neuen unabhängigen Staaten auf ihrem ehemaligen Territorium wandte sich der Westen der bis dahin kaum bekannten Region Zentralasien zu. Der Rohstoffreichtum der Region und die Aussicht, neue Absatzmärkte zu erschließen waren dabei ebenso ausschlaggebend wie die geostrategische Lage der Region zwischen den Großmächten Russland und China auf der einen Seite und als Brückenkopf in den Nahen Osten und nach Südasien auf der anderen. Die postsowjetischen Staaten Zentralasiens wurden damit zu wichtigen Bündnispartnern für die westliche Staatengemeinschaft. Auch die islamischen Länder der Nahostregion (Türkei, Iran, Saudi-Arabien) sowie China bemühten sich erfolgreich um Einfluss in der Region. Dabei standen zwar die Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund, in ihren Bemühungen, auch auf die politisch-ideologische Ausrichtung der neuen unabhängigen Staaten Einfluss zu nehmen, standen aber v.a. die Türkei und Saudi-Arabien den Europäern und Amerikanern in nichts nach. Russland dagegen begann sich zunächst aus der Region zurückzuziehen, blieb aber für die Mehrzahl der neuen Staaten

ein strategischer Partner ersten Ranges und beeinflusste in vielerlei Hinsicht die politische Dynamik in den Staaten der Region. Als es im Gefolge der Unabhängigkeit in Tadjikistan zum Bürgerkrieg kam, war Rußland einer der maßgeblichen Akteure (vgl. oben, 2.5.).

Die internationale Staatengemeinschaft, allen voran UN und OSZE, Russland und Iran, war denn auch wesentlich an den Friedensverhandlungen, die 1994 begannen, beteiligt. Nachdem der Bürgerkrieg beendet und der Nationale Versöhnungsprozess mit den Parlamentswahlen im Jahr 2000 formell abgeschlossen war, begann das Interesse der westlichen Staatengemeinschaft an Tadjikistan abzunehmen. Zahlreiche internationale Organisationen begannen sich sukzessive aus Tadjikistan zurückzuziehen bzw. Projektmittel zu kürzen. Mit dem 11. September 2001 und dem darauf folgenden „War on Terror“ änderte sich die Situation. Seit dem verstärkten militärischen Engagement der USA in Zentralasien hat die Region erneut an geostrategischer Bedeutung gewonnen. Tadjikistan, das an Afghanistan grenzt und seit Beginn der neunziger Jahre enge Beziehungen zu afghanischen politischen Akteuren unterhielt (vgl. 2.5.), ist dabei neben Uzbekistan von besonderer sicherheitspolitischer Bedeutung. Dies spiegelt sich nicht nur in der militärischen Präsenz Russlands (vgl. 2.5.), sondern auch in der massiven Präsenz westlicher Entwicklungsorganisationen in Tadjikistan.

2) Von vielen Tadjiken werden die Aktivitäten der externen Akteure als ein Kampf um Einfluss in der Region wahrgenommen. Das humanitäre Engagement der USA wird vor diesem Hintergrund durchaus auch als Mittel politischer und wirtschaftlicher Einflussnahme im Kontext des Anti-Terror-Kampfes gewertet, die militärische Präsenz Russlands wird aufgrund seiner arbeitsmarktpolitischen Bedeutung hingenommen. Gleichzeitig empfinden die Tadjiken – und dies betrifft Vertreter aller sozialen Gruppen – die geostrategischen Interessen ausländischer Akteure aufgrund der Abhängigkeit Tadjikistans von externen Mittelzuflüssen im Allgemeinen als Vorteil für ihr Land.⁴⁷ Das Engagement internationaler Organisationen wird nicht nur begrüßt, sondern auch als Garant für innenpolitische Stabilität und wirtschaftliche Konsolidierung angesehen. Internationale Organisationen sind mittlerweile nicht nur ein bedeutender Arbeitgeber und Devisenbringer geworden, ihre Anwesenheit bedeutet für sozial bzw. politisch engagierte Tadjiken

⁴⁷ Vgl. Zafar Abdullayev, Washington Pushes Economic and Strategic Cooperation with Tadjikistan, in: www.eurasianet.org (4.12.2003).

auch Schutz vor staatlicher Repression. Ohne die ausländische Präsenz, so ein Informant, sei man politisch längst „auf dem Niveau von Uzbekistan“.

Gleichzeitig wird den ausländischen Gebern von vielen nicht-staatlichen Akteuren ihre allzu große politische Zurückhaltung zum Vorwurf gemacht, die von der Regierung als Bestätigung ihrer Politik gewertet werde. Darüber hinaus werde zu viel Geld in die korrupten staatlichen Strukturen gepumpt, die Bevölkerung dagegen, v.a. die Ärmsten, profitierten zu wenig von den vielen Geldern, die ins Land flössen. Wie viele Gelder tatsächlich an den Empfängern vorbei und in private Taschen fließen, läßt sich kaum überprüfen. Allerdings wird die kritische Auffassung in Bezug auf die Allokation der Mittelzuwendungen von Vertretern internationaler Organisationen und NGOs durchaus geteilt. Sie ziehen es daher vor, oder gehen zunehmend dazu über, direkt mit der lokalen Bevölkerung – und an den staatlichen Organen vorbei – zu arbeiten. Diese Strategie scheint sich v.a. bei Infrastrukturprojekten bewährt und zu schnellen Erfolgen geführt zu haben. Auf schnelle und sichtbare Ergebnisse aber legen v.a. US-amerikanische Entwicklungsagenturen und Geber großen Wert. Organisationen, die mit US-Geldern arbeiten, aber auch die UN-Organisationen sind gehalten, regelmäßig und in kurzen Abständen über die Resultate ihrer Tätigkeit zu berichten und stehen daher unter starkem Erfolgsdruck. Die Arbeit mit dörflichen Organisationen scheint dem eher entgegen zu kommen als die mit staatlichen Strukturen, die erheblich mühsamer ist und einen längeren Atem erfordert.⁴⁸

Langfristig aber birgt eine Politik, die in erster Linie auf private Akteure als Träger der Transformation setzt, ein enormes Konfliktpotential. Sie führt nämlich tendenziell zur Entstehung von Parallelstrukturen. Dies wiederum vertieft die Gräben zwischen Staat und Gesellschaft, denn auf diese Weise werden die staatlichen Strukturen nicht reformiert, sondern lediglich substituiert bzw. privatisiert. Dies entspricht zwar ganz den Zielen der internationalen Finanzinstitute, die in dem Diktum „The developing world is where the customers are“⁴⁹ treffend zusammengefasst sind. In der Tat ist die Entwicklung des privaten Sektors eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung von Absatzmärkten und damit eine der Grundbedingungen für wirtschaftliches Wachstum. Wird dabei aber der Staat nicht ausreichend mit einbezogen, führt eine solche Politik – zumindest in Transformationsländern – zu einer Aushöhlung staatlicher Funktionen und begünstigt schwa-

⁴⁸ Interviews mit EZ-Akteuren in Tadjikistan im Oktober 2003.

⁴⁹ Vgl. www.brettonwoods.org, die Homepage des *Bretton Woods Committee*, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, zu einem besseren Verständnis der Rolle der Bretton Woods Institutionen – IWF, Weltbank und regionale Entwicklungsbanken – in der globalen Ökonomie beizutragen.

che Staatlichkeit, stärkt aber korrupte Eliten und schafft neue Abhängigkeiten. Der Bevölkerung, aber auch den Agenten dieser Politik ist dies freilich vielfach nicht bewusst.

Es zeigt sich also, dass das außen- und entwicklungspolitische Engagement externer Akteure die Konfliktodynamik in Tadjikistan nachhaltig beeinflusst. Wenn schwache Staatlichkeit im Vorhergehenden als zentrale Konfliktursache identifiziert wurde (vgl. 1.6.), dann sollte die Entwicklungszusammenarbeit darauf gerichtet sein, nicht nur private bzw. zivilgesellschaftliche Akteure, sondern auch die staatlichen Strukturen zu stärken. Dies gilt besonders für die staatliche Dienstleistungs- und Legitimitätsfunktion, die in allen postsowjetischen Staaten charakteristische Defizite aufweisen und für die Behebung der strukturellen Konfliktursachen – ungleiche Verteilung von Ressourcen und *bad governance* – unmittelbar relevant sind. Armut und Chancenungleichheit, mangelnde politische Partizipation und Korruption lassen sich nur mit, nicht aber ohne den Staat wirksam bekämpfen.

Entwicklungspolitische Maßnahmen

1. Überblick: Organisationen und Sektoren

Im Frühsommer 2002 waren insgesamt 40 Entwicklungsorganisationen (13 UN-Organisationen mit Vertretungen vor Ort, mehrere internationale und 23 lokale NGOs) mit insgesamt 1.485 laufenden und abgeschlossenen Projekten in Tadjikistan aktiv.⁵⁰ Die Zahlen haben sich ein Jahr später offenbar nicht wesentlich verändert. Der Vertreter einer europäischen Entwicklungsorganisation in Dushanbe sprach in diesem Zusammenhang von einer „Inflation von Trägern und Agenturen“, die Situation werde „immer unübersichtlicher“.

Zu den wichtigsten *multilateralen* Gebern zählen die Weltbank, die Asian Development Bank (ADB), die Europäische Union (EU), die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP). Die größten *bilateralen* Geber sind die USA, Japan, Deutschland und die Schweiz.⁵¹

Die Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich auf folgende Sektoren:

- Marktwirtschaftliche Reformen
- Armutsbekämpfung / Ernährungssicherung
- Rehabilitierung und Entwicklung der Infrastruktur
- Gesundheits- und Bildungswesen
- Governance/ Institution building
- Civil society building
- Konfliktprävention / Versöhnung und Dialog
- Drogen- und Waffenhandel
- Sicherheit und Terrorismusbekämpfung.

Den Bereich Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung haben nur die EU und UNDP sowie, bei den bilateralen Gebern, die USA und die Schweiz zum Gegenstand ihrer Strategien gemacht. Im Zentralasienkonzept der Bundesregierung und des BMZ werden „Krisenprävention und Konfliktbearbeitung“ zwar als Ziele der deutschen Entwicklungszusammenarbeit genannt, der Schwerpunkt der Maß-

⁵⁰ Vgl. Trautner, S. 26.

⁵¹ Vgl., auch zum folgenden, Gravingholt, S. 73 ff.

nahmen bezieht sich aber auf den Bereich „Wirtschaftsreformen und Aufbau der Marktwirtschaft“ (WIRAM), der nur mittelbar mit dieser Zielsetzung verbunden ist. Ähnlich konzentriert sich auch Japan v.a. auf die Sektoren Wirtschaftsförderung sowie Infrastruktur.⁵²

1) Entwicklungsbanken

Auch die Programme der großen Entwicklungsbanken – Weltbank, ADB und EBRD – beziehen sich nicht direkt auf den Sektor Konfliktprävention, sind aber mit ihrer Fokussierung auf wirtschaftliche Reformen, Armutsbekämpfung, Aufbau der Infrastruktur, Verbesserung der Gesundheitsvorsorge, bessere Regierungspraxis und regionale Kooperation (nur ADB) von indirekter Relevanz für diesen Bereich (s. auch unten, 2.2.).

2) EU

Die EU ist v.a. im Rahmen der Programme ECHO und TACIS in Tajikistan engagiert. Das „Strategiepapier 2002-2006“ nennt explizit Krisenprävention und Konfliktbearbeitung durch Förderung von Stabilität und Sicherheit sowie nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung in den Ländern Zentralasiens als Kernziele. Die wichtigsten Instrumente sind dabei die Förderung regionaler Kooperation, Armutsbekämpfung und ein regionales, auf nationaler Ebene implementiertes Unterstützungsprogramm mit den Schwerpunkten Investitionen und Handel, Zoll- und Grenzverwaltung, Ernährungssicherung und Bildungsreform.⁵³

3) UNDP

In der UNDP-Länderstrategie für Tajikistan fehlt zwar der Komplex Konfliktprävention/ Konfliktmanagement, allerdings zielen einige der Programme unmittelbar auf die Bearbeitung von Konfliktfolgen (Reintegration ehemaliger Kombattanten, Rehabilitation der Infrastruktur [UNDP/RRDP]) und auf Konfliktprävention durch Menschenrechtserziehung (mit UNTOP), Verbesserung von Governance und Förderung der lokalen Selbstverwaltung ab (s.u., 2.1.).⁵⁴

⁵² Vgl. Grävingholt, S. 71 f.

⁵³ Vgl. Strategy Paper 2002-2006 and Indicative Programme 2002-2004, in: www.europa.eu.int/comm/external_relations/ceeca/rsp2/02_06_en.pdf

⁵⁴ Vgl. www.untj.org/undp/programmes/ sowie www.undp.org/rbec/programmes/ („Tajikistan“).

4) OSZE, Internationale NGOs

Eine führende Rolle auf dem Sektor Konfliktprävention und Konfliktmanagement spielt auch die OSZE, die allerdings kein Geber bzw. keine Entwicklungsorganisation im klassischen Sinn ist. Die einschlägigen Maßnahmen werden weiter unten (2.4.) ausführlich beschrieben. Darüber sind einige internationale NGOs, darunter insbesondere *Mercy Corps International* und die *Agence d'Aide à la Coopération Technique et au Développement (ACTED)* in herausragender Weise auf dem Gebiet der Konfliktprävention und –bearbeitung aktiv (vgl. unten, 2.1.). Einer der wichtigsten Geber für Tajikistan ist die *Agha-Khan-Foundation (AKF)* mit derzeit 20 Projekten in Tajikistan. Sie sind v.a. in den Bereichen Armutsbekämpfung und Ernährungssicherung, Wirtschaftsreform und Wiederaufbau der Infrastruktur angesiedelt und zielen dabei fast ausschließlich auf die Autonome Region Bergbadakhshan ab.

5) USA

Eine prominente Rolle spielt der Komplex Konfliktprävention/ Konfliktbearbeitung in der Länderstrategie der USA. In der Länderkonzeption der staatlichen EZ-Agentur USAID wird die Verringerung von Konfliktpotentialen und Korruption als Querschnittsaufgabe in den vier Schwerpunktsektoren wirtschaftliche Umstrukturierung, Demokratisierung, Governance und Soziales behandelt. Zentrale Programmkomponenten sind dabei die *Peaceful Communities Initiative (PCI)* und das *Community Action Investment Program (CAIP)*, die weiter unten (2.1.) ausführlich behandelt werden.⁵⁵

6) Schweiz

Das EZ-Engagement der Schweiz konzentriert sich in Zentralasien auf Tajikistan und Kirgizstan. In beiden Ländern ist die Schweiz einer der profiliertesten bilateralen Geber auf dem Sektor Konfliktprävention und –management. Konfliktprävention, Governance und Sicherheit bilden denn auch Schwerpunktsektoren der Entwicklungszusammenarbeit. Die einschlägigen Aktivitäten werden im Folgenden (2.1., 2.2.; s.a. 2.4.) eingehend dargestellt.

⁵⁵ Vgl. www.usaid.gov/policy/budget/cbj2004/europe_eurasia/Tajikistan.pdf.

2. Konfliktprävention und Konfliktmanagement

Wie eingangs dargelegt, werden hier mit dem Begriff „Konfliktprävention“ langfristig angelegte Aktivitäten bezeichnet, die der Reduzierung struktureller Spannungen dienen und dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige und friedliche Entwicklung zu schaffen. Der Begriff „Konfliktmanagement“ dagegen meint kurz- und mittelfristig angelegte Aktivitäten, die auf eine friedliche Beilegung von Konflikten abzielen und die Fähigkeit der Akteure, Konflikte konstruktiv zu lösen, stärken sollen. Dies betrifft sowohl Konflikte innerhalb gesellschaftlicher Gruppen (z.B. auf der Ebene lokaler Gemeinschaften) als auch solche zwischen einzelnen gesellschaftlichen Gruppen (z.B. zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren), aber auch Konflikte auf zwischenstaatlicher Ebene (z.B. zwischen Grenzgemeinden).

Die einschlägigen Programme gehen von der Erkenntnis aus, dass die schwachen und korrupten Governance-Strukturen und der ungleiche Zugang zu Ressourcen die Kernursachen von Konflikten in Tajikistan sind und konfliktpräventive Maßnahmen an diesen *root causes* ansetzen müssen, wenn sie nachhaltige Wirkung entfalten sollen. Dem entsprechend zielen diese Programme darauf ab, das Funktionieren staatlicher Institutionen zu verbessern (*institution building*), die Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen zu fördern (*civil society building*) und dabei Gender-sensitiv vorzugehen. Schwerpunkte sind hier Konfliktprävention durch

- 1) Förderung partizipativer Problemlösungen durch Dezentralisierung (*community capacity building*) (im Ferghanatal: zwischen ethnisch heterogenen Gemeinden),
- 2) Förderung besserer Regierungspraxis auf nationaler und lokaler Ebene,
- 3) Maßnahmen im sozialen Bereich, insbesondere Stärkung von Frauen,
- 4) Entwicklung von Mechanismen der gewaltfreien Konfliktaustragung, wie Mediation und Dialog zwischen konfligierenden Akteuren.

2.1. Dezentralisierung

Diese Strategie geht von der Prämisse aus, dass Konfliktprävention nur dann gelingen kann, wenn sie an den Kernursachen von Konflikten ansetzt. Eine dieser Kernursachen ist mangelnder Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen auf der Mikroebene, d.h. auf der Ebene der ländlichen Gemeinschaften und Kommunen. Zielgruppe dieses Programmansatzes ist daher die Bevölkerung in Dörfern und Gemeinden, die dazu ermutigt werden soll, sich selbst zu organisieren, die drängendsten Probleme selbst zu definieren, gemeinsam Lösungswege zu entwickeln und diese umzusetzen – Hilfe zur Selbsthilfe also. Insbesondere UNDP, AKF, SDC, ACTED und *Mercy Corps International* haben entsprechende Programme entwickelt, die vornehmlich von USAID, der Schweiz und der EU finanziert werden.

Die Schweiz, seit 1997 in Tajikistan präsent, ist der wohl profilierteste auf dem Sektor Konfliktprävention tätige Geber. 1999 startete SDC ein regionales Dialog- und Entwicklungsprogramm im Ferghanatal, das auf einem ganzheitlichen Ansatz der Konfliktprävention beruht: Die Projekte sind grenzüberschreitend, zielen auf Prävention und Beilegung von Spannungen in den Grenzregionen und ihren Enklaven durch den Aufbau lokaler Mediationskapazitäten ab. Wesentliches Medium dafür sind die Förderung der Kooperation zwischen verschiedenen Gemeinden bei Infrastrukturprojekten, v.a. im Bereich Trinkwasser und Bewässerung, ebenso wie Förderung von sozialen Kontakten zwischen lokalen Gemeinschaften in der Grenzregion. Dabei werden NGOs der drei Länder einbezogen, aber auch internationale Partnerorganisationen, wie etwa UNDP und ACTED für die technische Seite des Programms. So kooperieren etwa UNDP und SDC in Soghd, Südkirgizstan und Uzbekistan. Dabei stellt das UNDP Programm für *Rehabilitation, Wiederaufbau und Entwicklung* (RRDP) die technischen Mittel zur Verfügung. Tajikische und kirgisische NGOs arbeiten direkt mit den dörflichen Gemeinschaften in der Grenzregion.

Das derzeit prominenteste der Programme des Typs „Mobilisierung und Stärkung der Kapazitäten von Kommunen“ ist das *Community Action Investment Program* (CAIP). Es übernimmt im Prinzip das von SDC seit 1999 angewandte Modell, berücksichtigt *lessons learned* aus anderen Gemeindemobilisierungsprogrammen in Georgien, Serbien und Libanon und wird von USAID finanziert. CAIP startete im Mai 2002 und ist auf drei Jahre angelegt. Umgesetzt wird das Programm von Mercy Corps, AKF und UNDP bzw. deren Implementierungspartnern: speziell

ausgebildetem lokalem Personal, lokalen NGOs und Gemeindevertretern. Bei den von Mercy Corps durchgeführten CAIPs identifizieren Vertreter der Gemeinden und Gemeindeälteste die prioritären Aufgaben selbst und wählen eine so genannte *Community Action Group*, die die Verantwortung für die Projekte übernimmt und die Bevölkerung für die Umsetzung mobilisiert.⁵⁶ Ähnlich geht AKF vor, die sich ebenfalls die Stärkung institutioneller Strukturen auf Dorfebene zum Ziel gesetzt hat. Auf diese Weise soll die Bevölkerung dazu befähigt werden, die vorhandenen Ressourcen im Interesse der Gemeinde zu nutzen und zu verwalten und damit Konflikten vorzubeugen. Gleichzeitig fungieren – zumindest idealiter – die Dorfgemeinschaften als Bindeglied zu den lokalen Regierungsorganen und zu anderen Entwicklungspartnern sowie zu NGOs und dem Privatsektor.⁵⁷

Einem etwas anderen Ansatz folgen die unter UNDP-Ägide durchgeführten CAIPs. Sie sind, wie der Bereich Konfliktprävention generell, dem UNDP/RRDP-Programm zugeordnet, das auf den Aufbau und die Stärkung lokaler Kapazitäten abzielt. Das Hauptinstrument dafür sind die *Jamoat Development Committees* (JDC), von denen es landesweit mittlerweile 70 gibt. Ein JDC setzt sich jeweils aus Bewohnern jener Dörfer zusammen, die eine *Jamoat*-Verwaltungseinheit bilden. Wie viele Vertreter eines Dorfes von den Dorfversammlungen in das JDC gewählt werden können, hängt von der Zahl der Haushalte ab; in der Regel umfaßt ein JDC 25-30 Mitglieder, davon sind ca. ein Viertel Frauen. Die JDCs wählen dann ihrerseits einen Vorsitzenden. Die Verbindung zu den *Jamoats* – und damit zu den staatlichen Strukturen – soll dadurch gewährleistet werden, dass der *Jamoat*-Vorsitzende ebenfalls dem JDC angehört. Da aber der *Jamoat*-Vorsitzende vom Leiter der Distriktsverwaltung (*khukimat*) bestimmt wird und damit weisungsgebunden ist, darf er nicht zugleich Vorsitzender des JDC sein. Von den örtlichen UNDP/RRDP-Mitarbeitern, die die JDCs beraten, ihre Arbeit begleiten und supervisieren, werden die JDCs als der „moderne Typ dörflicher Entscheidungsfindung“ aufgefasst – im Gegensatz zur traditionellen *Mahalla*. Diese Nachbarschaftsgemeinschaften, in die sich Dörfer und Städte untergliedern, waren stets – und sind nach wie vor – Selbstverwaltungs- und Kontrollorgane in einem. Als Sittenwächter und Hüter der Tradition konservieren sie auch die traditionellen Machtstrukturen, die der lokalen Selbstverwaltung enge Grenzen setzen.

⁵⁶ Vgl. Mercy Corps Central Asia (Ed.), *Ferghana Valley Field Study*. Portland, May 2003, S. 10 ff. sowie Interview in Dushanbe, Oktober 2003.

⁵⁷ Vgl. www.akdn.org („Major Areas of Focus“).

Von der UNDP-Vertretung in Tadjikistan selbst wird die Arbeit der JDCs als sehr erfolgreich eingeschätzt. In der lokalen EZ-Szene dagegen sind Handlungsmöglichkeiten und Wirksamkeit der JDCs umstritten. Ihre Mobilisierungskapazitäten in Bezug auf die Nicht-Mitglieder seien gering, auch seien sie nur schwach mit den lokalen staatlichen Strukturen vernetzt. Daran ändere auch die Mitgliedschaft des *Jamoat*-Vorsitzenden im JDC nichts. Vielmehr habe dies die Konsequenz, dass lediglich das Prinzip der Kontrolle von oben nach unten gewahrt bleibe. Aufgrund ihrer Künstlichkeit und Exklusivität bestehe die Gefahr, dass hier Parallelstrukturen aufgebaut werden.

Dieser Gefahr sind sich jene Agenturen, die mit solchen Programmen arbeiten, wohl bewusst. Besonders Mercy Corps legt deshalb großen Wert darauf, dass die lokalen Verwaltungen in die CAIPs eingebunden werden. Dies geschieht etwa dadurch, dass man staatliche Autoritäten zu Ortsbesichtigungen und kulturellen Ereignissen, die von den Community Action Groups ausgerichtet werden, einlädt. Darüber hinaus pflegen die lokalen Mitarbeiter gezielt den Kontakt zu staatlichen Entscheidungsträgern. Auf diese Weise unterhält man zwar in der Regel gute Beziehungen, im Entscheidungsfall sind die lokalen Verwaltungen allerdings nur selten bereit, einen Eigenbeitrag zu den Gemeindeprojekten zu leisten – und wenn, dann nur nach langen und zähen Verhandlungen. Auf längere Sicht und im Sinne nachhaltiger Entwicklung müsste aber zu gewährleisten sein, dass die Zentralregierung den Distrikten und Gemeinden mehr Mittel zur Verfügung stellt, damit diese ihre Interessen auch dann vertreten können, wenn sich die externen Sponsoren zurückziehen. Entsprechende Exit-Strategien sind allerdings derzeit noch kaum formuliert.⁵⁸

Neben CAIP finanziert USAID auch die *Peaceful Communities Initiative* (PCI) in Fergana, die von Mercy Corps implementiert wird und auf drei Jahre angelegt ist. Es handelt sich dabei um ein grenzüberschreitendes Programm, das Gemeinden in Tadjikistan, Kirgizstan und Uzbekistan einschließt und ebenfalls auf dem Schweizer Modell beruht. Das PCI-Programm wird derzeit in 28 ländlichen, ethnisch gemischten Gemeinden umgesetzt. Die Teams sind immer multiethnisch zusammengesetzt und bestehen jeweils aus drei Mercy-Corps-Mitarbeitern und den Vertretern lokaler NGOs; jeweils ein Team ist für 5-6 Gemeinden zuständig. Ähnlich wie CAIP zielt auch PCI darauf ab, durch eine Kombination von sozialen und infrastrukturellen Projekten, die von Community Action Groups identifiziert werden, Vertrauensbeziehungen zwischen und innerhalb der Gemeinden aufzu-

bauen. Durchschnittlich werden in jede Gemeinde 35.000 US\$ investiert. Im Gegensatz zu CAIP, das derzeit in 75 Gemeinden der drei Länder umgesetzt wird und mit einem größeren Budget operiert (75.000 US\$ pro Gemeinde) legt PCI größeres Gewicht auf soziale und kulturelle Aktivitäten, wie etwa die gemeinsame bzw. wechselseitige Ausrichtung von Sportveranstaltungen, Festen und Jugendlagern. Im Gegensatz zu CAIP, das v.a. auf städtische bzw. kleinstädtische Gemeinden abzielt und Infrastrukturprojekte sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den Vordergrund stellt, richtet sich PCI nur an Grenzgemeinden im Ferghanatal und will durch die Förderung von grenzüberschreitenden Kontakten, Partnerschaften und Netzwerkbildung Konflikten vorbeugen.⁵⁹

Die Wirkungsmessung solcher Aktivitäten ist freilich problematisch, da sich vermiedene Konflikte mit quantitativen Methoden kaum messen lassen. Zudem müssten sich systematische Erhebungen über die Wirkung konfliktpräventiver Maßnahmen über einen längeren Zeitraum erstrecken und in Gemeinden durchgeführt werden, in denen Konfliktpräventionsmaßnahmen kontinuierlich durchgeführt wurden. Die Entwicklung von Evaluationsmethoden ist aber erst am Anfang, da die Mehrzahl der internationalen Organisationen bislang eher input-orientiert gearbeitet hat. Dies wird allerdings von der Mehrzahl der befragten EZ-Akteure als Defizit gewertet. Jene Organisationen, die Konfliktpräventionsprogramme der hier skizzierten Art implementieren, beurteilen den Erfolg ihrer Arbeit daher einerseits nach manifesten Ergebnissen, wie etwa der Zahl renovierter Schulen, vergebener Mikrokredite etc., andererseits danach, wie die Zielgruppen selbst die Wirkung der Programme bewerten. So hat Mercy Corps eine Reihe von Indikatoren entwickelt, die über den Erfolg der Programme Auskunft geben sollen:

- a) Zunahme von geteilten Ressourcen innerhalb und zwischen Gemeinden und verbesserte Fähigkeit, diese nachhaltig zu verwalten?
- b) Zunahme positiver Kontakte und nachhaltiger Beziehungen innerhalb und zwischen den Gemeinden?
- c) Zunahme von Wissen von und Verständnis für einander?
- d) Entwicklung neuer Problemlösungsmechanismen und Transfer von neu erworbenen Kenntnissen und Kompetenzen durch die Gemeindemitglieder (Multiplikatoreneffekt)?

⁵⁸ Vgl. Mercy Corps Central Asia, S. 25 f.

⁵⁹ Vgl. Mercy Corps Central Asia, S. 11 f.

In Umfragen, die USAID seit Sommer 2003 durchführen lässt und die sich über eine Laufzeit von zwei Jahren erstrecken werden, soll ermittelt werden, inwieweit diese Indikatoren erfüllt werden und inwieweit daher die betreffenden Programme ihr Ziel erreichen. Dabei werden jedem Indikator eine Reihe von Kriterien bzw. Fragen zugeordnet. Der Indikator c) wird beispielsweise daran gemessen, ob im Rahmen von grenz- bzw. gemeindeübergreifenden Infrastrukturprojekten öffentliche Versammlungen stattfinden und ob Budgets bekannt gemacht werden, ob gemeindeübergreifende soziale Projekte und Aktivitäten, wie etwa Sommerlager, initiiert werden, und ob sich verschiedene Community Action Groups untereinander austauschen.⁶⁰

2.2. Governance

Die Defizite im Governance-Bereich gehören zu den Kernursachen von Konflikten in Tadjikistan. *Good governance* zielt auf Transparenz und Berechenbarkeit öffentlicher Entscheidungen und auf angemessenes und effizientes Funktionieren öffentlicher Institutionen ab, ist also ganz wesentlich mit Prozessen und Modalitäten von Entscheidungsfindung befasst und daher unmittelbar konfliktrelevant. Gleichzeitig ist dieser Sektor besonders schwer zugänglich und birgt ein hohes Frustrationspotential. Zahlreiche Vertreter von EZ-Organisationen setzen daher nicht auf staatliche Instanzen und formale Institutionen, sondern auf zivilgesellschaftliche und kommunale Akteure als Träger des Reformprozesses (s.o., 2.1). Die staatlichen Organe werden im Allgemeinen als reformresistent eingestuft.⁶¹ Dennoch haben zumindest die „Großen“ unter den Gebern, so die Weltbank und USAID, aber auch eine Reihe kleinerer Agenturen, wie etwa SDC, den staatlichen Sektor im Programm, allerdings mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. So setzt sich etwa die *Tajikistan Country Assistance Strategy 2003-2005* der Weltbank die Förderung des ökonomischen Wachstums durch Entwicklung des Privatsektors und Stärkung der für die Verwaltung des öffentlichen Sektors zuständigen staatlichen Institutionen zum Ziel, lässt aber die menschenrechtlichen und rechtsstaatlichen Aspekte von governance völlig außer Acht. Daher verwundert es nicht, dass auch das *Poverty Reduction Strategy Paper* der tadjikischen Regierung diese zentralen Elemente von Regierungsführung unberücksichtigt lässt und als einschlägigen Sektor nur die öffentliche Verwaltung

⁶⁰ Vgl. Mercy Corps Central Asia, S. 30 f.

⁶¹ Interviews mit EZ-Akteuren in Tadjikistan, Oktober 2003.

nennt.⁶² Auch der UNDP *Cooperation Framework* 2001-2003 für Tajikistan widmet sich nur einzelnen, v.a. managerialen Aspekten von Governance, lässt aber ein umfassendes Konzept vermissen.⁶³

Gerade jene EZ-Agenturen, deren Programme zur Konfliktprävention auf der kommunalen Ebene ansetzen und auf die Stärkung konfliktfähiger Gruppen als Keimzellen von Zivilgesellschaft abzielen, haben aber erkannt, dass die entsprechenden Maßnahmen langfristig wirkungslos bleiben, wenn *good governance* nicht auch auf der Meso- und Makroebene nachhaltiger eingefordert und umfassender angegangen wird. Einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt hierbei die Schweiz. So bilden im *Regionalprogramm für Zentralasien 2002-2006* der SDC Governance, Sicherheit und Konfliktprävention einen eigenständigen Programmbereich; darüber hinaus haben SDC und SCO (Dushanbe) eine *Governance Strategy* 2002-2004 für Tajikistan vorgelegt, die die Komplexe „Verbesserung von Regierungspraxis auf der lokalen Ebene“, „Rechtssystem und Menschenrechte“ und „Förderung der Zivilgesellschaft“ miteinander verbindet und dem Governance-Aspekt in allen Projekten Priorität einräumt.⁶⁴ Diese komplexe Strategie geht von der Prämisse aus, dass die Probleme im Governance-Bereich auf der zentralen und lokalen Ebene mehr oder weniger identisch sind, dass sie sich aber auf der Mikroebene sichtbarer manifestieren und daher auch leichter anzugehen sind. Daher sollen gezielt lokale Initiativen unterstützt und Kapazitäten aufgebaut werden, die sich eine Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen zum Ziel setzen und dabei die vorhandenen Möglichkeiten partizipativer Entscheidungsfindung nutzen. Wichtige Bausteine sind dabei die Sensibilisierung der Bevölkerung und lokaler Partner und Mitarbeiter für die Governance-Thematik sowie Monitoring und Analyse der Beziehungen zwischen zentralen, regionalen und lokalen Entscheidungsinstanzen. Die auf der kommunalen Ebene gemachten Erfahrungen sollen dann für die Arbeit mit zentralen Staatsorganen genutzt werden. Einen Schwerpunkt auf dieser Ebene bildet die Reform des Rechts- und Justizsystems, mit der sich die tajikische Regierung derzeit befasst und an der sich SDC mit lokalen Partnern beteiligt. Der dritte Baustein des Strategiepapiers

⁶² Vgl. www.poverty.worldbank.org/files/Tajikistan_PRSP.pdf (bes. S. 18 ff.; 37). Skeptische Beobachter vermuten denn auch, dass das PRSP-Papier v.a. mit Blick auf die Kredite internationaler Finanzinstitute verabschiedet wurde. Vgl. International Crisis Group, *Tajikistan: A Roadmap for Development*. ICG Asia Report No. 51 (24.4.2003), Osh/Brussels, S.24 f. Die „Tajikistan Country Assistance Strategy 2003-2005“ der Weltbank ist einsehbar unter www.worldbank.org.

⁶³ Einsehbar in www.undp.org/rbec/programmes („Tajikistan“).

⁶⁴ Das Regionalprogramm ist erhältlich über cis-division@deza.admin.ch. Das Strategiepapier wurde der Verfasserin freundlicherweise von Daniel Züst, Leiter des SCO in Dushanbe zur Verfügung gestellt. Vgl. dazu auch die *Independent Evaluation of the Influence of SDC's Human Rights and Rule of Law Guidance Documents* (Oktober 2003), die im Abschnitt 6.5.1 auch auf die *Governance Strategy* für Tajikistan Bezug nimmt.

zielt auf die Förderung einer pluralistischen und toleranten Zivilgesellschaft ab. Hierzu zählen etwa die Bereitstellung von Foren für öffentliche Debatten, die Förderung einer unabhängigen Medienlandschaft und Training im Bereich Politikanalyse. Grundsätzlich sollen dabei die „treibenden Kräfte“, die es auf allen Ebenen gibt, unterstützt werden – in der Regierung ebenso wie innerhalb von Verwaltungs- und Gesetzgebungsorganen, unter lokalen Entscheidungsträgern ebenso wie in den NGOs, den Gemeinden und im Medienbereich.

Zwar räumt das Strategiepapier ein, dass es bislang noch an konsolidierten Methoden und Instrumenten zur Integration der Governance-Thematik in die sektorale Planung und Implementierung fehlt, aber der Ansatz weist immerhin die Richtung. Zentral ist hier der Versuch, beim Aufbau kommunaler Kapazitäten der Problemlösung nicht nur auf zivilgesellschaftliche Akteure und informelle Institutionen zu setzen, sondern intensiver als bisher auch auf die lokalen Staatsorgane und diese beiden Bereiche stärker zu vernetzen. Da die Lokalregierungen und Parlamente sozusagen die Brücke bilden zwischen den Kommunen und den übergeordneten staatlichen Instanzen, sind sie zugleich ein Schlüssel für eine Verbesserung der Governance-Strukturen. Bisher mangelt es ab der *Jamoat* und Distriktsebene an Möglichkeiten der politischen Partizipation durch die Bevölkerung. Insbesondere die Kompetenzen der Lokalparlamente sind begrenzt und teilweise nicht klar geregelt. Auch das vorherrschende „top-down“-Verständnis steht einer wirksamen Interessenvertretung durch die Parlamente entgegen. Dieser Sektor wird aber derzeit reformiert, ebenso die Gesetzgebung, die die Arbeit der *Jamoat*- und Distriktbehörden regelt. Dies ist nicht zuletzt im Hinblick auf die kommenden Wahlen von großer Bedeutung und bedeutet eine Chance, auch die menschenrechtlichen bzw. rechtsstaatlichen Aspekte von Governance in der Gesetzgebung stärker zu verankern. Neben SDC arbeiten nur wenige internationale Organisationen, wie etwa UNTOP und, neuerdings, *Urban Institute* und *National Democratic Institute* (NDI) (beide USA) gezielt in diesem Bereich.

2.3. Sozialer Bereich: Gender

Fast alle internationalen Organisationen und Geber haben erkannt, dass die Beziehung zwischen Männern und Frauen für den Komplex Konfliktprävention und Konfliktbewältigung von zentraler Bedeutung ist. Wie konflikträchtig das Verhältnis der Geschlechter ist, zeigt sich an der niedrigen Gewaltschwelle gegenüber Frauen – sei es in Form häuslicher und hierbei oft physischer Gewalt, sei es

in Gestalt verbaler Grobheiten gegenüber Frauen in der Öffentlichkeit.⁶⁵ Andererseits sind gerade Frauen im zivilgesellschaftlichen Bereich, v.a. in NGOs besonders engagiert. Arbeit mit und für Frauen befasst sich mit Themen wie Hygieneerziehung und Familienplanung, häusliche Gewalt gegen Frauen, Förderung der Selbständigkeit, Rechtsberatung u.a. Solche Aktivitäten wurden allerdings in erster Linie durch die Förderprogramme internationaler Organisationen ins Leben gerufen, die sich die Stärkung von Frauen auf allen Ebenen und in allen Funktionsbereichen der Gesellschaft zum Ziel setzen, sei es durch spezielle Maßnahmen oder indirekt, indem auf die Partizipation von Frauen auch in solchen Programmen geachtet wird, die sich nicht unmittelbar diesem Thema widmen. In den Maßnahmenkatalogen fast aller internationaler Organisationen wird der Bereich Gender zumindest als langfristige Querschnittsaufgabe aufgefasst, und in Programmen, die sich explizit mit Konfliktprävention befassen, wird der Gender-Problematik durchwegs besondere Beachtung geschenkt.

Gleichzeitig hat gerade die Frauenförderung zu einer Inflation von Projekten geführt, bei denen sich Abläufe und Inhalte wiederholen und die oft unzureichend durchdacht sind – vor allem mit Blick auf die Nachhaltigkeit von Frauenförderungsmaßnahmen. Gerade in diesem Bereich, so ein externer Beobachter der Szene, sei die „Empfängerhaltung besonders ausgeprägt“. Zahlreiche Maßnahmen seien zum Absterben verurteilt, sobald der Mittelzufluss spärlicher wird.⁶⁶ Darüber hinaus ist zu beobachten, dass die gezielte Förderung von Frauen neue Konfliktpotentiale birgt. So hat das bisherige internationale Engagement im Gender-Bereich offenbar kaum dazu beigetragen, das Verständnis männlicher Tadjiken für die Gender-Thematik zu erhöhen. Im Gegenteil äußerte eine ganze Reihe von Befragten einen gewissen Unmut, sobald das Thema zur Sprache kam. Man könne das Wort „nicht mehr hören“ und sei der Thematik „müde“; noch mehr Maßnahmen auf diesem Sektor seien „nicht nötig“.

Aus solchen Äußerungen sollte allerdings keinesfalls der Schluss gezogen werden, dass das Thema tatsächlich überflüssig ist. Insbesondere in ländlichen Gebieten ist der Handlungsbedarf hier nach wie vor enorm. Die Reaktionen von Männern auf das massive Angebot an Frauenförderungsmaßnahmen sollte dennoch ernst genommen werden. Ohne männliches *commitment* ist nämlich eine nachhaltige Stärkung der Position von Frauen nicht möglich – zumindest nicht in paternalistisch geprägten Gesellschaften, in denen Rechtsstaatlichkeit und Men-

⁶⁵ Beobachtungen der Verfasserin in Dushanbe, Oktober 2003.

⁶⁶ Interview in Dushanbe, Oktober 2003.

schenrechte nur rudimentär verankert sind. Maßnahmen, die auf nachhaltige Konfliktprävention abzielen, sollten daher Strategien entwickeln, die dazu geeignet sind, das Thema Gender wirksamer „an den Mann“ zu bringen, als dies bisher der Fall ist.

2.4. Dialog und Mediation zwischen Konfliktakteuren

Ausgehend von ihrer führenden Rolle in der *Nationalen Versöhnungskommission* und als Beobachter der Implementierung des Friedensvertrages von 1997 hat sich insbesondere die OSZE dem Bereich „Dialog und Mediation“ als Mittel der Konfliktprävention verschrieben. Die OSZE-Mission in Tadjikistan, im Jahr 2002 umbenannt in *OSZE-Zentrum*, ist die größte OSZE-Repräsentanz in Zentralasien. Sie unterhält Feldbüros in Kulob, Schahrituz, Kurgonteppa, Gharm und Khujand. Deren Aufgaben sind Monitoring, Berichterstattung und Mediation in lokalen Konflikten. Zu diesem Zweck hat die OSZE Dialogrunden und Runde Tische initiiert, die von den Feldbüros organisiert werden. In Soghd führt die OSZE in Kooperation mit SDC seit März 2003 eine Seminarreihe zum Thema „Recht und Politik“ durch, die von OSZE und SDC zu je 50 % finanziert wird. Organisiert werden auch diese Veranstaltungen vom lokalen Feldbüro. Zu diesen Seminaren, die zum Teil als Wanderseminare konzipiert sind, 1-2 Mal im Monat stattfinden und von einem festen Stab von Mitarbeitern (NGO- und Parteienvertreter, religiöse Würdenträger) geleitet werden, werden Vertreter von Lokalregierungen und –behörden, politischen Parteien, geistliche Würdenträger sowie zivilgesellschaftliche Akteure eingeladen. Ziel der Maßnahmen ist konstruktive Konfliktaustragung durch Vertrauensbildung zwischen ehemaligen bzw. potenziellen Konfliktakteuren und Förderung des offenen Meinungsaustauschs über kontroverse Themen und Positionen wie etwa die Rolle des politischen Islams in Tadjikistan. Eines der Lernziele ist dabei die gemeinsame Entwicklung von verbindlichen Regeln, das aber zunächst Kenntnis darüber voraussetzt, welchen Regeln sich die unterschiedlichen Akteure jeweils verpflichtet fühlen bzw. nach welchen Maßstäben in Konfliktfällen entschieden wird. In den Seminaren werden daher auch Gesetzestexte, einschließlich der *Shari'a* diskutiert, denn gerade in diesem Bereich seien die Kenntnisse auf beiden Seiten oft erschreckend gering. Zahlreiche Konflikte seien nicht zuletzt auf fehlende Kenntnis der gesetzlichen Grundlagen von politischen Entscheidungen zurückzuführen.

Zwar unterstützen die staatlichen Instanzen nach Ansicht von OSZE-Vertretern vor Ort die Seminare v.a. aus Gründen des Außenimages, langfristig aber seien die Veranstaltungen für alle Beteiligten von großem Nutzen, denn sie setzen einen irreversiblen Prozess in Gang. Namentlich die Seminarreihe zu „Recht und Politik“ erfreue sich so reger Nachfrage bei allen Beteiligten, dass man eine Ausweitung des Programms auch auf andere Regionen plane. Das große Interesse an dieser Veranstaltungsreihe rühre u.a. daher, dass die Bürger in Tadjikistan, ebenso wie in den postsowjetischen Nachbarstaaten, auf Vorschriften fixiert seien – von denen sie aber in der Regel nur ungenaue Kenntnis besitzen. Eine bessere Kenntnis der Gesetze sei aber auch für jene, auf die sie angewandt werden, ein wirkungsvolles Instrument der Selbstermächtigung. Unabhängig von den jeweiligen Motivationen für die Teilnahme an den Seminaren – letztlich profitierten von diesem Medium der Konfliktprävention alle Beteiligten.

Ähnliche Seminarreihen zu den Themenkomplexen „Religion, Gesellschaft und Staat“ sowie „Armut, Bildung, Drogen, Sicherheit“ führt auch die NGO *Public Committee for the Promotion of Democratic Processes* (Dushanbe) durch. Die Seminarreihe basiert auf einem inoffiziellen Dialogprogramm, das während des Bürgerkrieges 1993 vom *International Institute for Sustained Dialogue* (USA) und der *Kettering Foundation* als *Inter Tajik Dialogue Process* initiiert wurde. Durch die Förderung von Dialogprozessen sollen Konflikte transformiert werden, wobei v.a. jene Beziehungsdynamiken im Vordergrund stehen, die Konflikten zugrunde liegen und ihre Lösung blockieren. Ähnlich wie in den OSZE bzw. OSZE/SDC-Seminaren zielen die Veranstaltungen auf Vertreter unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen ab. Insgesamt 14 Moderatoren führen die Dialogveranstaltungen in sieben Regionen des Landes durch. Ein weiterer Baustein des *Inter Tajik Dialogue Process* sind Entwicklung und Implementierung eines Kurses zum Thema Konfliktprävention an tadjikischen Universitäten; ein Lehrbuch ist derzeit in Vorbereitung.

Ebenfalls auf Dialog als Strategie der Konfliktlösung setzt das von SDC im Ferghanatal initiierte Programm „Botschafter des Guten Willens“. Jeweils fünf verdiente Politiker bzw. Autoritäten aus Tadjikistan, Kirgizstan und Uzbekistan werden derzeit in Mediation ausgebildet, um bei zwischenstaatlichen Konflikten im Rahmen informeller Diplomatie zu intervenieren und zwischen lokalen Behörden und Gemeinden zu vermitteln.

Auf dem Sektor Konfliktprävention aktiv ist auch UNTOP. Das *UN Tajikistan Office for Peace Building* begann im Jahr 2002 damit, Maßnahmen für Konfliktprävention zu definieren. Noch im selben Jahr wurden Programme zur Menschenrechtserziehung implementiert. Ein Informationsbüro für Menschenrechte wurde eröffnet, ein ziviler Polizeioffizier vor Ort installiert. Generalziel der Aktivitäten von UNTOP ist die Konsolidierung des Friedens durch die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und den Aufbau demokratischer Institutionen. Dabei arbeitet die Organisation v.a. mit Vertretern von Staat und Regierung, vermittelt aber auch Dialogrunden und politische Diskussionsveranstaltungen im ganzen Land und führt neuerdings auch Wochenseminare zum Thema Konfliktlösungsstrategien und Mediation durch. Die Zielgruppe sind Regierungsbeamte, Vertreter von Parteien, Medien und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Geleitet werden diese Seminare von externen, auch in Seminarmethodik und –didaktik geschulten Profis. Die Seminare selbst scheinen bei den Teilnehmern gut anzukommen; jedenfalls beteiligten sie sich mehrheitlich aktiv an den Rollenspielen und teilweise kontrovers geführten Plenumsdiskussionen.⁶⁷ Darüber hinaus lässt sich die Wirkung solcher Veranstaltungen allerdings nur schwer ermessen. Da die Teilnehmer aus unterschiedlichen Regionen des Landes kamen, lassen sich beispielsweise Multiplikatoreneffekte kaum ermitteln. Auch dürfte schwer zu evaluieren sein, ob die Teilnehmer die im geschützten, aber künstlichen Kontext solcher Seminare gemachten Erfahrungen in der Alltagspraxis umsetzen.

⁶⁷ Diese Beobachtungen beziehen sich auf ein Seminar in Varzob (Dushanbe) am 8.10.2003.

3. Dilemmata und Defizite

Ein großes Defizit der Entwicklungszusammenarbeit in Tadjikistan sind, wie die betreffenden Akteure selbst einräumen, die fehlende Koordination und der mangelnde Informationsaustausch untereinander. Dies betrifft auch die Organisationen, die sich – im engeren oder weiteren Sinn – mit Konfliktprävention befassen. Allerdings zeichnet sich hier eine Besserung ab; immerhin gibt es inzwischen regelmäßige Zusammenkünfte von Organisationen, die auf ein und demselben Sektor arbeiten bzw. bei konkreten Programmen kooperieren, wie etwa SDC, UNDP, Mercy Corps International, AKF und ACTED, oder auch – im Bereich Bildung – Worldbank, ADB, USAID, UNICEF, UNESCO und GTZ. Die Koordinierung wird aber erschwert durch die Fülle von Projekten und Projektträgern mit jeweils unterschiedlichen, teilweise divergierenden Strategien, Partnern, Routinen und Projektlaufzeiten. Dies hat in vielen Bereichen Duplizierungen zur Folge, so z.B. auf dem Mediensektor. Mittlerweile beklagen sich Journalisten darüber, dass sich die Inhalte von Seminaren zur Ausbildung und Professionalisierung von Journalisten wiederholen, anstatt aufeinander aufzubauen.

Problematisch sind auch Inkonsistenzen in der Programmplanung einzelner Träger. Vielfach fehlt es an einer ausgearbeiteten Länderstrategie, und v.a. an langfristigen Strategien. Dies betrifft auch das externe Personal von Entwicklungsagenturen, dem es häufig an regionaler Expertise, bisweilen auch an kommunikativen Kompetenzen fehlt und das oft nur für kurze Zeit im Land eingesetzt wird. Auf diese Weise können keine Vertrauensbeziehungen zu den lokalen Partnern aufgebaut werden, die aber eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der Maßnahmen sind. Denn nur über Vertrauensbeziehungen lassen sich die Partner langfristig für Projekte gewinnen, zumal wenn diese so prekäre Bereiche wie Governance und Gender betreffen.

Darüber hinaus scheinen manche Vorhaben nur unzureichend reflektiert zu sein, wie etwa die von der OSZE geplante Förderung der islamischen Grundbildung, der sich ggf. auch die GTZ anschließen will. Solche Maßnahmen bedürfen einer gründlichen und vorausschauenden Planung, die auch eventuelle unerwünschte Risiken und Nebenwirkungen antizipiert. Darüber hinaus berücksichtigen manche Maßnahmen die Voraussetzungen, die die tadjikischen Partner mitbringen, nur unzureichend. So gab eine Reihe von Befragten an, dass sie sich von den Seminaren westlicher Experten häufig überfordert fühlen. Beispielsweise wurden den

Teilnehmern eines vom NDI in Khujand durchgeführten Tagesseminars zum Thema „neue Wahlgesetzgebung“ 28 Seiten Material als „Diskussionsgrundlage“ vorgesetzt. Für die Lektüre bzw. Durchsicht der Texte waren aber nur 90 Minuten vorgesehen – bei weitem nicht genug, sich mit der Materie vertraut zu machen, geschweige denn darüber zu „diskutieren“. Dies sei, so der Informant, der an diesem Seminar teilgenommen hatte, nicht der einzige Fall, der belege, dass die Westexperten oft nicht hinreichend auf die lokalen Bedingungen eingestellt seien. Veranstaltungen solcher Art seien, so der Befragte weiter, „schlichte Geldverschwendung“, zumal solche „unverdauten“ Materialien nicht sinnvoll weiter gegeben werden könnten und somit Synergie- bzw. Multiplikationseffekte verschenkt würden. Auch Veranstaltungen im Bereich der politischen Bildung wurden vielfach als ungenügend vorbereitet bezeichnet. So werde bisweilen davon ausgegangen, dass Konzepte wie „Menschenrechte“, „Pluralismus“, „Rechtsstaatlichkeit“ und „Demokratie“ den Teilnehmern bekannt seien. Dies seien aber Fehleinschätzungen, die das Niveau von Diskussionsveranstaltung unnötig senkten, da sich die Teilnehmer nicht einig seien, worüber sie eigentlich sprächen. Auch hochrangige Konferenzen wurden von den Befragten vielfach als „show cases ohne nachhaltige Wirkung“ bewertet.⁶⁸

Ein weiteres Problem ist die Tatsache, dass die Maßnahmen – zumindest in der Wahrnehmung lokaler Akteure – regional ungleich verteilt sind. Dies aber schürt Ressentiments auf Seiten derer, die sich benachteiligt fühlen. So gilt das Ferghanatal wegen des Zusammentreffens lokaler und zwischenstaatlicher Konfliktpotentiale im Westen als besonders sicherheitsrelevant und wurde zum Schwerpunktgebiet der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in der Region und in Tadjikistan gemacht. Die Region Soghd, so ist bisweilen zu hören, habe derart von Hilfgeldern profitiert, dass die lokalen Autoritäten dazu verleitet würden, die Konfliktpotentiale in der Region zu übertreiben, um weitere Gelder anzulocken.⁶⁹ Auch die Provinz Rasht gilt gegenüber dem Süden des Landes bisweilen als „over aided“. Solchen Einschätzungen ist allerdings mit Skepsis zu begegnen, denn diese ressourcenarme Provinz ist besonders von Armut betroffen. Allerdings gilt dies nicht weniger für die ressourcenreichere Provinz Khatlon.

Ein weiterer Problempunkt, der alle EZ-Organisationen tangiert, ist die in den postsowjetischen Staaten Zentralasiens, so auch in Tadjikistan verbreitete Empfängerhaltung, die in einigen Fällen dazu geführt hat, dass die Empfänger

⁶⁸ Interviews in Khujand und Dushanbe, Oktober 2003.

⁶⁹ Interviews in Tadjikistan im Oktober 2003. Vgl. a. Abdullaev/ Freizer, S. 49.

Entwicklungshilfemaßnahmen konditionalisieren. So wandte sich eine internationale Organisation, die ein Programm zur Ausbildung von Richtern durchführen wollte, an den dafür zuständigen tajikischen Richterverband. Dieser aber wollte die Maßnahme nur unter der Bedingung genehmigen, dass zuvor das Gebäude des Verbandes saniert und mit Computern ausgestattet würde.⁷⁰ Bisweilen nutzen also die Empfänger den Erfolgsdruck, unter dem die internationalen Organisationen stehen, um diese gegeneinander auszuspielen. Diese Einschätzung wird von zahlreichen Beobachtern vor Ort, lokalen ebenso wie externen, geteilt. Die Eliten, so ist zu hören, aber auch viele NGOs neigten dazu, die Geberorganisationen zu instrumentalisieren und für Partikularziele einzuspannen. Insbesondere den Staatsangestellten fehle es an politischem Willen zur Transparenz, und dies schaffe, in Kombination mit den oft unrealistischen Erwartungen der Geber, reichlich Gelegenheit für Mittelmissbrauch.

⁷⁰ Nach Angaben eines externen Beobachters in Tadjikistan (Oktober 2003).

Empfehlungen

Die fehlende Koordination der internationalen Geber und die Vielzahl der EZ-Akteure und –aktivitäten erschweren eine sinnvolle Positionierung neuer Projekte.⁷¹ In jedem Fall aber verbieten sich sektorale Einzelprojekte, die nicht in eine Gesamtstrategie eingebunden sind. Eine bessere Geberkoordination würde sich auch positiv auswirken auf die Akzeptanz der Eliten hinsichtlich der Konditionalisierung von Entwicklungszusammenarbeit an Transparenz der Mittelallokation, Demokratisierung und Rule of Law.⁷² Im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung und den dafür notwendigen Aufbau von Kapazitäten genügt es nicht, wenn internationale Organisationen Leistungen, die in den Aufgabenbereich staatlicher Instanzen fallen, lediglich substituieren. Dies führt, wie oben gezeigt wurde (vgl. Teil 1, Abschnitt 3.4.), zur Entstehung von Parallelstrukturen und begünstigt schwache Staatlichkeit. Staatliche Akteure müssten also bei der Implementierung von EZ-Programmen stärker als bisher in die Pflicht genommen und die Kooperation zwischen staatlichen, nichtstaatlichen und internationalen Organisationen forciert werden.

Darüber hinaus kann, wie entsprechende Erfahrungen zeigen (vgl. Teil 2 dieser Studie), nachhaltige Konfliktprävention nur dann gelingen, wenn sie Instrumente, lokal vorhandene Ansätze und Kapazitäten des Konfliktmanagements aufgreift, stärkt und ergänzt (nicht aber: ersetzt oder überlagert), und wenn sie in eine Gesamtstrategie eingebunden ist.⁷³

Die folgenden Empfehlungen verstehen sich nicht als umfassende Darstellung möglicher Interventionsgebiete und –maßnahmen im Bereich Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, sondern beziehen sich explizit auf ein potenzielles Engagement der Friedrich-Ebert-Stiftung auf diesem Sektor, unter Berücksichtigung des ihr zur Verfügung stehenden Instrumentariums. Die Auswahl der Sektoren, in denen ein Engagement politischer Stiftungen sinnvoll erscheint, leitet sich unmittelbar aus der vorhergehenden Konfliktanalyse ab sowie aus der kritischen Analyse der Maßnahmen internationaler Organisationen auf dem Gebiet der Konfliktbearbeitung in Tadjikistan. Ein zentrales Ergebnis dieser Analysen lautet: Trotz der Fülle von Akteuren und Projekten fehlt es an Basiswissen und Schlüsselkompetenzen für konstruktive Konfliktaustragung, und zwar auf der Mikro-, Meso- und

⁷¹ Vgl. a. Trautner, S. 44.

⁷² Vgl. a. Trautner, S. 55.

⁷³ Vgl. Gravingholt, S. 7 f.

Makroebene. In einer Vermittlung solcher Kompetenzen, die auf Qualität, Konsistenz und Nachhaltigkeit setzt, läge denn auch der *added value* eines konfliktpräventiven Engagements der FES in Tadjikistan.

Der Bereich Gender wird im Folgenden nicht als eigener Sektor behandelt, sollte aber als Querschnittsaufgabe angesehen werden. D.h. bei allen vorgeschlagenen Maßnahmen empfiehlt es sich, auf eine angemessene Beteiligung von Frauen zu achten und diese zu ermutigen, ihre Positionen zu artikulieren.

1. Potenzielle Sektoren und Partner

Bei der Auswahl potenzieller Sektoren und Partner waren, gemäß den *Terms of reference* dieser Studie (vgl. die Methodische Vorbemerkung sowie die Ausführungen des vorhergehenden Abschnitts), die folgenden Kriterien ausschlaggebend:

- 1) Relevanz für die Prävention und Bearbeitung von Konflikten in den in Teil 1 der Studie identifizierten Konfliktfeldern;
- 2) Langfristigkeit und Nachhaltigkeit der Wirkung von Maßnahmen auf den vorgeschlagenen Sektoren und mit den empfohlenen Partnern, d.h.
- 3) ihre Relevanz im Hinblick auf die strukturellen Konfliktursachen und die Konfliktakteure;
- 4) Erfahrungen internationaler Organisationen im Hinblick auf Wirkung und Erfolg einschlägiger Programme;
- 5) Bewertung der entwicklungspolitischen Maßnahmen internationaler Organisationen durch die Konfliktakteure;
- 6) Durchführbarkeit, und
- 7) Kohärenz der empfohlenen Maßnahmen.

Dem entsprechend wird vorgeschlagen, den Schwerpunkt der Aktivitäten auf den Bereich „politische und rechtliche Bildung“ zu setzen (1.1.). Dieser Sektor, zugleich eines der Kerngebiete politischer Stiftungen, ist von unmittelbarer Relevanz für den gesamten Komplex *governance*. Die Defizite in diesem Bereich schaffen, wie gezeigt wurde, erhebliche Konfliktpotentiale und tangieren staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure in gleicher Weise. Beide Seiten sollten daher in die entsprechenden Maßnahmen mit einbezogen werden.

Da aber das Verhältnis zwischen diesen beiden Akteursgruppen von einem starken Machtungleichgewicht geprägt ist und zivilgesellschaftliche Strukturen in Tadjikistan nur schwach entwickelt sind, wird als zweiter Schwerpunkt eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure empfohlen (1.2.). Dabei wird von der Prämisse ausgegangen, dass funktionierende Staatlichkeit auf Dauer eine starke Zivilgesellschaft voraussetzt. Dies ist v.a. im Hinblick auf die Legitimitätsdimension von Staatlichkeit von zentraler Bedeutung. Die unter 1.1. genannten Maßnahmen bieten eine exzellente Möglichkeit, die beteiligten Akteure für solche Fragen zu sensibilisieren.

Wie die Erfahrungen anderer externer Projektträger und der befragten Informanten gezeigt haben, haben sich Maßnahmen, die die konfligierenden Akteure miteinander ins Gespräch bringen, in Tadjikistan grundsätzlich bewährt. Große Defizite bestehen allerdings im methodischen Bereich. Die Vernachlässigung methodischer Fragen aber mindert die Qualität und Wirksamkeit der entsprechenden Veranstaltungen erheblich. Umgekehrt sind für ihren Erfolg, d.h. ihre nachhaltige Wirkung, angemessene Darstellungs- und Vermittlungsmethoden von grundlegender Bedeutung. Daher empfehlen wir, einen weiteren Schwerpunkt auf den Komplex „Dialog und Mediation“ zu setzen und hierbei methodische Fragen in den Vordergrund zu stellen (1.3.). Kernziele der Maßnahmen wären hier die Stärkung der Konfliktbearbeitungskapazitäten der relevanten Akteure und der Aufbau von Vertrauensbeziehungen als einer Grundvoraussetzung für konstruktives Konfliktmanagement.

Abschließend wird im vierten Abschnitt der Empfehlungen die Frage diskutiert, ob der Aufbau von Frühwarnkapazitäten in Tadjikistan sinnvoll und realistisch ist.

1.1. Politische und rechtliche Bildung

Der Bereich politische Bildung ist in der Entwicklungszusammenarbeit mit Tadjikistan deutlich unterrepräsentiert. Nicht nur zivilgesellschaftliche Akteure, auch Vertreter von Staat, Verwaltung und Parteien sind nur unzureichend über so grundlegende Konzepte wie „Marktwirtschaft“, „Demokratie“, „Pluralismus“, „Rechtsstaatlichkeit“ etc. informiert. Diese Begriffe sind zwar in aller Munde, werden aber im Sinne von politischen bzw. ideologischen Losungen verwendet und häufig falsch verstanden. Solche Wissensdefizite aber machen die Menschen anfällig für Manipulation – gerade in Gesellschaften, in denen die Medienfreiheit

eingeschränkt ist und nur wenige Privilegierte Zugang zu Informationsquellen wie gut ausgestatteten Bibliotheken und Internet besitzen. Vielfach sind aber Konflikte schlichtweg auf Fehlinformationen und Wissensdefizite zurückzuführen.

Dies betrifft auch die rechtliche Bildung. Gerade die Bereiche Gesetzgebung und Justiz sind von zentraler Bedeutung für den Komplex Konfliktbearbeitung. Den relevanten Akteuren in Regierung, Parlament und Judikative fehlt es vielfach an Kompetenz, Expertise und Sensibilität auf diesem Gebiet. Dass friedliche, d.h. konstruktive Konfliktbearbeitung nicht nur ein verbindliches Regelwerk, sondern auch unabhängige Organe zu seiner Durchsetzung erfordert, ist den dafür Verantwortlichen vielfach nicht bewußt. Andererseits sind sich auch die Bürger über ihre in der Verfassung festgeschriebenen Rechte häufig nicht im Klaren oder haben keinen Mut, diese einzuklagen. Auch das mangelnde Vertrauen in die Justiz ist nicht zuletzt eine Folge fehlenden Wissens, denn vielfach gibt es durchaus Entscheidungsspielräume, die aber aufgrund von Vorannahmen und Vorurteilen nicht genutzt werden.

Hier wäre die Einrichtung von Veranstaltungsreihen in geschützten Räumen denkbar, die aufeinander aufbauen müssten und zu denen Vertreter verschiedener gesellschaftlichen Gruppen – aus Regierung, Parlament und politischen Parteien, aus Justiz und Polizei sowie aus der Zivilgesellschaft – einzuladen wären. Auf diese Weise könnte man, zumindest auf lokaler Ebene, auch einen Beitrag leisten zur Netzwerk- und Vertrauensbildung zwischen (potenziell) konfligierenden Akteuren und damit, indirekt, zu einer Verbesserung der Regierungsführung. Um Duplizierungen zu vermeiden, müssten solche Veranstaltungen in Abstimmung mit SDC/OSZE bzw. den lokalen OSZE-Feldbüros erfolgen, die sich gleichzeitig als Partner anbieten – sowohl für die inhaltliche Abstimmung als auch bei der Organisation und Durchführung. Als Partner für Maßnahmen im Bereich der rechtlichen Bildung bieten sich die NGO „Zentrum für Rechtliche Bildung“ und der Vorsitzende der SDPT Zoirov oder einer seiner Kollegen an.

Bei der Planung ist zu berücksichtigen, dass Entscheidungsträgern bzw. generell Vertretern staatlicher Institutionen die Bedeutung solcher Maßnahmen nur schwer zu vermitteln ist. Will man sich nicht mit Lippenbekenntnissen und formalen Zugeständnissen abspeisen lassen, ist daher zugleich gezielte Lobbyarbeit nötig. Dies aber setzt eine gewisse Akteurs- und Netzwerkkenntnis voraus sowie Vertrautheit mit informellen Beziehungen und Prozeduren. Hier könnte man ggf. die Erfahrungen der Mitarbeiter von internationalen NGOs wie Mercy Corps und

ACTED, aber auch lokale NGOs nutzen. Darüber hinaus sind, wenn man sich nicht auf ad-hoc-Maßnahmen beschränken will und auf nachhaltige Wirkung durch den Aufbau von Vertrauensbeziehungen setzt, langfristige Strategien erforderlich bzw. Portfolios, die längerfristige Planung erlauben.

Darüber hinaus sollten Jugendliche, insbesondere die für politische Mobilisierung besonders anfällige Altersgruppe der 16- – 25-jährigen als gesonderte Zielgruppe für Veranstaltungen zur politischen Bildung ins Auge gefasst werden. Seminarinhalte und –methoden müssten dann bewusst auf Jugendliche zugeschnitten und von entsprechend erfahrener Personal durchgeführt werden. Als thematischer „Aufhänger“ für die Vermittlung von Wissen im Bereich der politischen Bildung kommt grundsätzlich alles in Frage, was den Alltag junger Leute in Tadjikistan unmittelbar berührt: Das Verhältnis zu Autoritäten und Regeln, die Themen „Familie“ und „Religion/ Islam“, die Rolle von Frauen und Männern in der Gesellschaft, der Komplex „Drogen und andere Fluchthelfer“ sowie, last not least, das Thema „Umgang mit Konflikten“. Dabei ist davon auszugehen, dass das Bildungsniveau von Jugendlichen aus der Hauptstadt sowie von Studenten und Hochschulabgängern im Allgemeinen höher ist als das von Jugendlichen in den ländlichen Gegenden und solchen ohne Universitätsausbildung. Bei der Gestaltung der Seminare müsste dies berücksichtigt werden. Erreichen wird man gerade Jugendliche grundsätzlich nur dann, wenn man sie nicht mit Informationen überfrachtet, sondern, von ihren Kenntnis- und Interessenlagen ausgehend, Themen und Materialien auf eine Weise präsentiert, die die konkreten Lebensumstände der Teilnehmer berücksichtigt. Als Partner bieten sich NGOs an, die bereits mit Jugendlichen arbeiten. In den ländlichen Gebieten können die OSZE-Feldoffiziere entsprechende Kontakte vermitteln.

Sinnvolles Engagement auf dem Sektor politische Bildung sollte sich unbedingt auch an die politischen Parteien und Parlamentarier richten. Diesen fehlt es durchwegs an profilierten Programmen und Professionalität. Insbesondere sollte die Arbeit mit Parteivertretern darauf abzielen, sie bei der Programmgestaltung zu unterstützen und sie dabei zu beraten, wie – jenseits von politischen Parolen – in sachverständiger und konstruktiver Weise die eigene Parteiidentität klargestellt werden kann. Dies ist besonders im Hinblick auf die kommenden Wahlen von Bedeutung. Prekär ist dabei allerdings das asymmetrische Verhältnis von Regierungspartei und Oppositionsparteien, das sich mit Sicherheit im Wahlkampf niederschlagen wird, da die oppositionellen Parteien (mit Ausnahme der PIWT) erstens über erheblich geringere finanzielle Ressourcen verfügen als die

regierende VDPT, und sich zweitens kaum in der Weise medial artikulieren können wie die VDPT. Dennoch sollte politische Bildungs- und Informationsarbeit grundsätzlich die Parteien aller Lager einbeziehen – nicht zuletzt um sich des Verdachts der Parteilichkeit zu erwehren. Ggf. wären aber auch, parallel, Seminare mit den Parteien denkbar, die eine Kooperation in inhaltlichen Fragen in Erwägung ziehen.

1.2. Stärkung der Zivilgesellschaft

Grundsätzlich sollten im Bereich der Konfliktprävention angesiedelte Projekte darauf abzielen, zivilgesellschaftliche Institutionen zu stärken und Kapazitäten aufzubauen, die die Interessen und Rechte der Bürger artikulieren und gegenüber staatlichen Instanzen auf friedliche Weise durchsetzen. Dies wäre, wie gezeigt (Teil 1, Abschnitt 3.2. und passim), eine der Grundvoraussetzungen dafür, dass die Bürger dem Staat Vertrauen entgegen bringen, würde dessen Legitimität stärken und damit an einer der Hauptkonfliktursachen ansetzen. Arbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren betrifft hier insbesondere NGOs und Medienvertreter. Dabei ist allerdings besonderes Augenmaß bei der Auswahl der Adressaten notwendig. Zahlreiche NGOs, v.a. in der Hauptstadt und in einigen Provinzzentren, sind inzwischen so „etabliert“ bzw. arbeiten so professionell, dass sie keines Coachings bedürfen. Anders verhält es sich in ländlichen Gebieten. Viele NGOs, v.a. auf Frauenfragen spezialisierte, bedürfen nachhaltiger Unterstützung und gezielten Trainings. Auch hier empfiehlt sich wieder eine Einbeziehung der staatlichen Stellen, denen es häufig an Verständnis für die Arbeit von NGOs, und generell für den Komplex „Staat und Zivilgesellschaft“ mangelt. Mehr Wissen von und über einander könnte hier einen – wenn auch bescheidenen – Beitrag für eine konstruktivere Zusammenarbeit leisten.

Gesonderte Maßnahmen im Bereich der journalistischen Ausbildung erscheinen angesichts des bestehenden Angebots, zumal in Dushanbe und Khujand, nicht unbedingt erforderlich. Die ländlichen Regionen sind diesbezüglich zwar vernachlässigt, andererseits fehlt es dort an Publikationsmöglichkeiten. Sollten dennoch entsprechende Maßnahmen angedacht werden, ist eine gründliche Teilnehmerselektion nötig, um Duplizierungen zu vermeiden. Allerdings sollten Veranstaltungen im Rahmen der politischen Bildung (s.o.) den Mediensektor besonders berücksichtigen, da es vielfach an Verständnis für die Rolle und Bedeutung

der Medien für die politische Meinungsbildung und als Medium des Konfliktaustrags mangelt.

Trotz der zahlreichen Maßnahmen, die auf Frauen abzielen, fehlt es in weiten Teilen der Gesellschaft, namentlich auf Seiten der Männer, an Verständnis für die zentrale Bedeutung der Gender-Problematik. Das Verhältnis der Geschlechter ist, wie gezeigt (Teil 1, Abschnitt 2.3.), auf längere Sicht unmittelbar relevant für die Humanressourcen des Landes und birgt ein hohes Konfliktpotenzial. Zudem ist, insbesondere im häuslichen Bereich, die Schwelle zu gewaltsamer Konfliktaustragung sehr niedrig. Hier bietet sich ein lohnenswertes Betätigungsfeld, das allerdings etwas Experimentierfreudigkeit und großes didaktisches Geschick erfordert. So wären etwa Runde Tische und Seminarveranstaltungen denkbar, die in erster Linie auf männliche Teilnehmer abzielen; zumindest aber sollten Männer in solche Veranstaltungen – und in die Seminarleitung! - einbezogen werden. Um die Akzeptanz zu erhöhen, sollte zumindest einer der Seminarleiter ein westlicher Profi sein.

1.3. Dialog und Mediation

Trotz einer Vielzahl von Aktivitäten, die das Ziel verfolgen, Räume für kontroverse Debatten zu schaffen und damit Mechanismen konstruktiver Konfliktaustragung einzuüben, gewinnt man immer wieder den Eindruck, dass die „Dialogfähigkeit“ der Adressaten solcher Maßnahmen nur schwach ausgeprägt ist. Dies ist nicht verwunderlich, denn das administrative Kommandosystem der Sowjetunion, von dem die maßgeblichen politischen Akteure in Tadjikistan geprägt sind, sah Dialog und konstruktiven Streit als Medium des öffentlichen Diskurses und der Meinungsbildung nicht vor. Kontroverse Positionen gibt es zwar durchaus, und sie werden auch öffentlich vertreten, aber nicht etwa, um sie zur Diskussion zu stellen und damit verhandelbar zu machen: Positionen werden nicht „ausgetauscht“, sondern einander gegenüber gestellt. Die Folgen solcher Diskursgewohnheiten – mangelnde Argumentations-, Reflexions- und Distanzfähigkeit, kurze Aufmerksamkeitsspannen und die Gleichsetzung von Kritik mit Gesichtsverlust – sind auf allen Ebenen evident und stehen der Schaffung konfliktkanalisierender Institutionen im Wege.

Offensichtlich sind also die Möglichkeiten, die der Bereich „Dialog und Mediation“ bietet, bei weitem nicht ausgeschöpft. Hier könnten politische Stiftungen sinnvoll

anknüpfen, indem sie Veranstaltungen anbieten, bei denen nicht bestimmte Themen im Vordergrund stehen – diese wären dann „nur“ das Vehikel –, sondern Diskussionstechniken. Dies ließe sich hervorragend mit Fragen der interkulturellen Kommunikation verbinden und könnte dazu beitragen, Stereotypen aufzubrechen. Lernziel solcher Veranstaltungen wäre dann nicht die Vermittlung von Informationen zu bestimmten Themen, sondern von Verhandlungs- und Mediationskompetenzen sowie Präsentationstechniken und Kommunikationsstrategien. Veranstaltungen dieser Art wären eine ideale Ergänzung des laufenden „Dialog“-Programms der OSZE bzw. könnten ggf. sogar im Tandem durchgeführt werden. Dies wäre eine Möglichkeit, tatsächlich Synergien zu produzieren und die Entstehung konfliktfähiger Gruppen als Keimzellen von Zivilgesellschaft wirksamer zu fördern, als dies bisher der Fall ist.

1.4. Aufbau von Frühwarnkapazitäten

Bislang gibt es kein lokales Frühwarnsystem in Tadjikistan. Dies liegt zum einen daran, dass der Bürgerkrieg bisher nicht aufgearbeitet ist, zum anderen an den dafür fehlenden Kapazitäten vor Ort. Bislang führt nur das in Bern lokalisierte Frühwarnprojekt FAST von *Swisspeace* regelmäßige Monitorings in der Region durch, die in Form vierteljährlicher *risk assessments* publiziert werden.⁷⁴ Dabei bedient sich FAST eines eigenen Netzwerks von Informanten vor Ort, deren Daten die von den Nachrichtenagenturen verbreiteten Informationen ergänzen. Die Auswertung der Daten erfolgt zunächst nach rein quantitativen Methoden, die qualitative Datenanalyse wird dann von einem Landesexperten durchgeführt.

Allerdings spricht eine Reihe von Umständen gegen ein solches Projekt. So müsste zunächst einmal bestimmt werden, auf wen ein Frühwarnsystem abzielen sollte. Wer sollte gewarnt werden, und wovor? Die im Rahmen der Feldmission in Tadjikistan geführten Interviews haben jedenfalls keinen Bedarf an einem solchen Projekt erkennen lassen. Das Frühwarnprojekt FAST ist in Tadjikistan nur Wenigen bekannt, und im öffentlichen Diskurs spielen Monitoring und Early Warning überhaupt keine Rolle. Darüber hinaus setzt der Aufbau von Frühwarnkapazitäten sowohl Methodenkompetenz als auch Reaktionskapazitäten voraus – und an beidem besteht in Tadjikistan großer Mangel.

⁷⁴ Vgl. www.swisspeace.org/fast.

Falls der Aufbau eines lokalen Expertennetzwerks für Monitoring, Frühwarnung und ziviles Konfliktmanagement in Erwägung gezogen wird, könnte man dabei die Erfahrungen bzw. Kontakte von *Swisspeace* nutzen. Als Partner kämen lokale Forschungsinstitute, Journalisten und NGOs in Betracht. Dem müsste eine intensive Schulungs- bzw. Trainingsphase vorausgehen, wobei für den Methodentransfer externe Experten herangezogen werden müssten. Grundsätzlich wäre der Teilnehmerkreis klein zu halten, sollte aber Vertreter verschiedener Regionen einbeziehen. Darüber hinaus müsste ein solches Projekt langfristig angelegt sein und auf die Ausbildung von Multiplikatoren abzielen. Ein Engagement auf diesem Sektor setzt außerdem eine gründliche Vorab-Evaluation im Hinblick darauf voraus, ob sich Projekte dieser Art in Tadjikistan nachhaltig verankern lassen.

2. Regionale Schwerpunktsetzung

Für ein Engagement der FES in Tadjikistan in den oben genannten Sektoren kommen grundsätzlich alle Regionen in Frage. Für den Aufbau von Frühwarnkapazitäten würde sich allerdings aufgrund des besseren Zugangs zu den dafür notwendigen Ressourcen als Durchführungsort von Trainingsseminaren die Hauptstadt empfehlen. Maßnahmen im Bereich der politischen und rechtlichen Bildung bedarf es besonders in den Provinzzentren; dort müssen auch zivilgesellschaftliche Akteure nachdrücklich unterstützt werden.

Die Auswahl der Orte sollte auch nach vorhandenen infrastrukturellen Einrichtungen erfolgen, wie sie etwa in Gestalt der OSZE-Feldbüros gegeben sind. Ein Engagement in den schwer zugänglichen Regionen Rasht und Bergbadakhshan sollte nur dann erwogen werden, wenn auch eine ausreichende Projektbetreuung durch FES-Mitarbeiter gewährleistet werden kann. Vor dem Hintergrund logistischer Erwägungen, die für Tadjikistan eine nicht unerhebliche Rolle spielen, würde sich eine Schwerpunktsetzung auf die Regionen Khatlon und Soghd empfehlen. Namentlich in Shahrituz und Khujand bestehen bereits einschlägige und ausbaufähige Kontakte zu maßgeblichen Akteuren und potenziellen Partnern. Grundsätzlich sollte eine politische Stiftung wie die FES aber auch in der Hauptstadt präsent sein, um den Kontakt mit Regierungsvertretern und internationalen Organisationen pflegen zu können.

Anhang

1. Liste der Gesprächspartner

I. Regierung, Verwaltung, Parteien

1. Akbar Abdullo, Mitarbeiter des Innenministeriums, Dushanbe
2. Anonymus, Ehemaliger Mitarbeiter der Polizei von Shahrituz, Gebiet Kurgonteppa
3. Anonymus, Buchhalter einer Kolchose in Kabadiyan, Gebiet Kurgonteppa
4. Iskandarov, Makhmudruzi, Vorsitzender der Demokratischen Partei Tajikistans und Generaldirektor der Staatlichen Gesellschaft „Tajikgaz“
5. Ismoilov, Makhmarakhim, Chef der Rayonsverwaltung von Kabadiyan, Gebiet Kurgonteppa
6. Kabiri, Mukhiddin, Stellv. Vorsitzender der Partei der Islamischen Wiedergeburt Tajikistans, Dushanbe
7. Komilov, Sirojiddin, Direktor des Instituts für Strategische Studien, Dushanbe
8. Musaffarov, Hasan, Vorsitzender der Partei der Islamischen Wiedergeburt Tajikistans, Shahrituz
9. Niyozov, Zhumaboj, Vorsitzender der Demokratischen Partei Tajikistans, Gebiet Khujand
10. Pirov, Jormukhammad Mullo, Vorsitzender der Partei der Islamischen Wiedergeburt Tajikistans, Kabadiyan
11. Rakhmonov, Tagoy, Nationaler Sicherheitsrat, Dushanbe
12. Rustamov, Botyr, Stellv. Chef der Kriminalpolizei Dushanbe
13. Safarov, Saifullo, Stellv. Leiter des Instituts für Strategische Studien, Dushanbe
14. Samadov, Iftikhor, Mitarbeiter der Justizverwaltung von Kurgonteppa
15. Sharipov, Sukhrob, Präsidialadministration, Präsidentenberater, Dushanbe
16. Zoirov, Rakhmatillo, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Tajikistans, Dushanbe

II. Religiöse Funktionsträger

1. Khoji Khussain Mursozoda, Imom Khatib des Gebiets Khujand
2. Khoji Nabijon, Namozhon (Vorbeter) der Freitagsmoschee Khujand
3. Seifkhojaev, Khoji Yusuf, Namozhon der Freitagsmoschee Khujand

III. Tajikische NGOs, Medien

1. Abdurakhmonov, Vatan, Direktor der NGO „Zentrum für rechtliche Bildung“, Dushanbe
2. Chabarova, Venera, NGO „Frauen der Zukunft“, Shahrituz
3. Khamadov, Sultan, Journalist, Dushanbe
4. Imomnazarova, Sanovbar, NGO „Quelle“, Shahrituz
5. Isamova, Lidia, Journalistin (Institute for War and Peace Reporting u.a.), Dushanbe
6. Jamolov, Ilhom, Nachrichtenagentur „Varorud“, Generaldirektor, Khujand
7. Khegai, Margarita, NGO „Traditionen und Moderne“, Direktorin, Dushanbe

8. Khotamova, Toshburi, NGO „Gleichgesinnte“, Shahrituz
9. Mamaradshabova, Nudira, NGO „Alternative“, Beshkent, Gebiet Kurgonteppa
10. Mullojanov, Parviz, Public Committee for the Promotion of Democratic Processes, Director, Dushanbe
11. Nasarova Galina, Journalistin (Cimera u.a.), Dushanbe
12. Olimov, Muzaffar, und Olimova, Saudat, Forschungszentrum „Shark“ (Orient), Dushanbe
13. Sebinoso, Nabeva, NGO „Freundschaft“, Shahrituz
14. Soliev, Farkhod, Vertreter einer Jugendorganisation, Kabadiyan

IV. Internationale Organisationen

1. Abdullaev, Rashid, UNTOP, Political Adviser, Dushanbe
2. Balkhova, Svetlana, World Bank, Farm Privatization Support Tajikistan, Manager, Dushanbe
3. Bargain, Yves, OSZE-Botschafter, Leiter des OSZE-Zentrums, Dushanbe
4. Boshko, Sergej, UNODC Projects Coordinator, Dushanbe
5. Chudoba, Johannes, UN Coordination Adviser, Dushanbe
6. Epkenhans, Tim, Deutsche Botschaft Dushanbe, Erster Sekretär, Islambeauftragter des AA
7. Hulshof, Henk, OSZE Field Officer, Khujand
8. Loeschner, Harald, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Dushanbe
9. Loikov, Zainuddin, OSZE Field Office Shahrituz, Assistant
10. Mukhidov, Abdurakhim, USAID Project Manager „Democracy and Media“
11. Nauk, Gisela, Urban Institute
12. Nigmatova, Sarina, UNDP/RRDP, Community Development Adviser, Kulob
13. Prelics, Miklos, OSZE Field Officer, Shahrituz
14. Reichard, Christian, GTZ, Projektleiter Grundbildung, Dushanbe
15. Seppo, Mia, UNDP Deputy Resident Representative, Dushanbe
16. Steidel, Manfred, UNOPS/UNDP/RRDP Area Manager, Kulob und Dushanbe
17. Vitunic, Brian, UNTOP Political Affairs Officer, Dushanbe
18. Züst, Daniel, Swiss Cooperation Office, Country Director, Consul, Dushanbe

V. Internationale NGOs

1. Blanc, Florentin, ACTED, Regional Coordinator Central Asia, Dushanbe
2. Boldenbaum, Mark, Mercy Corps International, Khujand
3. Burniske, Gary, Mercy Corps International, Country Director, Dushanbe
4. Krumm, Reinhard, FES, Leiter des Regionalbüros für Zentralasien, Tashkent
5. Mirimanova, Nataliya, Expertin für Konfliktforschung, Moskau; Co-Leiterin des UNTOP-Seminars „Konfliktologie“ in Varzob/ Dushanbe
6. Ondrushek, Dushan, NGO „Partners for Democratic Change“ (Bratislava), Direktor; Co- Leiter des UNTOP-Seminars „Konfliktologie“ in Varzob/ Dushanbe
7. Pak, Elvira, FES, Almaty
8. Wennberg, Franz, Internews, Dushanbe.

Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt!

2. Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
ACTED	Agence d'Aide à la Coopération Technique et au Développement
ADB	Asian Development Bank
AKF	Aga Khan Foundation
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BSP	Bruttosozialprodukt
CAIP	Community Action Investment Program
DPT	Demokratische Partei Tadjikistans
ECHO	European Commission Humanitarian Office
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAST	Frühe Analyse von Spannungen und Tatsachenfindung
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FriEnt	Gruppe Friedensentwicklung
GTZ	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HDI	Human Development Index
HIV	Humanes Immundefizienz-Virus
IBU	Islamische Bewegung Uzbekistans
IWF	Internationaler Währungsfond
JDC	Jamoat Development Committee
KP	Kommunistische Partei
NDI	National Democratic Institute
NGO	Non-Governmental Organisation
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PCI	Peaceful Communities Initiative
PIWT	Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadjikistans
SCO	Swiss Cooperation Office
SDC	Swiss Agency for Development and Cooperation
SDPT	Sozialdemokratische Partei Tadjikistans
UN	United Nations
UNDP	UN Development Programme
RRDP	Rehabilitation, Reconstruction and Development Programme
TACIS	Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States
UNESCO	UN Educational, Scientific and Cultural Organization

UNICEF	UN International Childrens' Emergency Fund
UNMOT	UN Military Observers in Tajikistan
UNODC	UN Office on Drugs and Crime
UNOPS	UN Office for Project Services
UNTOP	UN Tajikistan Office for Peace Building
USAID	U.S. Agency for International Development
VDPT	Volksdemokratische Partei Tajikistans
VTO	Vereinigte Tajikische Opposition

3. Zitierte Quellen

- Abdullaev, Kamoludin; Barnes, Catherine, Politics of Compromise. The Tajikistan Peace Process. London 2001 (Conciliation Resources, Accord series No.10)
- Abdullaev, Kamoludin; Freizer, Sabine, What Peace Five Years after the Signing of the Tajik Peace Agreement? (Strategic Conflict Assessment), o.O., März 2003
- Akiner, Shirin, Tajikistan: Disintegration or Reconciliation? London 2001 (RIIA)
- An-Nabhani, Taqiuddin, Structuring of a party. Al-Khilafah Publications, London 2001
- Dadmehr, Nasrin, Tajikistan: Regionalism and Weakness, in: Robert J. *Rotberg* (Ed.), State Failure and State Weakness in a Time of Terror. Cambridge/Mass. 2003, S.245-262
- Deputy Chairman of Islamic Revival Party of Tajikistan will be Brought before Trial*, in: Varorud, 15.10.2003 (S. 8)
- DFID, Conducting Conflict Assessments: Guidance Notes, London 2002
- Grävingsholt, Jörn, Krisenpotenziale und Ansatzpunkte für eine krisenpräventive deutsche Entwicklungszusammenarbeit, DIE, Bonn 2003
- Hasemann, Armin; Hübner-Schmid, Katharina, Methodenleitfaden zur Konfliktanalyse (Draft, unpubl.)
- International Crisis Group, Radical Islam in Central Asia: Responding to Hizb ut-Tahrir. ICG Asia Report No. 58 (30.6.2003). Osh/ Brussels
- International Crisis Group, Tajikistan: A Roadmap for Development. ICG Asia Report No. 51 (24.4.2003), Osh/ Brussels, S.24f.
- Issledovanie yavleniya mnogozhenstva v Tajikistane* [Studie zum Phänomen der Polygamie in Tajikistan], hgg. v. Schweizer Büro für Zusammenarbeit (SCO), der Schweizer Agentur für Entwicklung und Zusammenarbeit (SDC) und der tadjikischen NGO „Traditionen und Moderne“, 1. Juni 2002
- Kreikemeyer, Anna; Seifert, Arne (Hg.), Zur Vereinbarkeit von politischem Islam und Sicherheit im OSZE-Raum. Dokumente eines islamisch-säkularen Dialogs in Tadschikistan. Baden-Baden 2002/2003
- Mercy Corps Central Asia (Ed.), Ferghana Valley Field Study. Portland, May 2003
- Tapping the Potential. Improving Water Management in Tajikistan*. National Human Development Report 2003
- Vakhidov, Vakhob et.al., Khlopokovodstvo – proshloe, nastoyashchee i budushchee Tajikistana [Baumwollanbau – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Tajikistans], in: Biznes i Politika (7.2.2003)

UN (Ed.), Progress toward the Millennium Goals. Tajikistan 2003
 Zoir, Rahmatillo; Newton, Scott, Constitutional and Legislative Reforms, in:
 Abdullaev; Barnes, S. 54-59

Internetquellen

Abdullaev, Zafar, Tajikistan: Independent Newspapers under Pressure, in: Institute for War and Peace Reporting, Reporting Central Asia No.255 (7.1.2003), in: www.iwpr.net

Abdullayev, Zafar, Washington Pushes Economic and Strategic Cooperation with Tajikistan, in: www.eurasianet.org (4.12.2003)

Burke, Justin, Tajikistan seeks to regulate migration as economy pushes people abroad (BBC Monitoring, 17.11.2003), in: www.eurasianet.org (Tajikistan Daily Digest)

Economist Intelligence Unit, Country Profile Tajikistan 2003, in: www.db.eiu.com/report_dl.asp?mode=pdf&valname=CPTJD90

Economist Intelligence Unit, Country Report Tajikistan December 2003, in: www.db.eiu.com/report_dl.asp?mode=pdf&valname=CRTJDC01

Independent Evaluation of the Influence of SDC's Human Rights and Rule of Law Guidance Documents (Oktober 2003), in: www.odi.org.uk/PPPG/activities/concepts_analysis/RightsInAction/Publications/SDC%20Evaluation%20Report.pdf

Länderinformationen Tajikistan: Wirtschaft, in: www.auswaertiges-amt.de

Republik of Tajikistan and the IMF, in: www.imf.org

EU, Strategy Paper 2002-2006 and Indicative Programme 2002-2004 , in: http://europa.eu.int/comm/external_relations/ceeca/rsp2/02_06_en.pdf

Tajikistan, in: www.undp.org/rbec/programmes

Tajikistan Country Brief 2003, in: www.worldbank.org

Tajikistan key indicators, in: www.adb.org

Tajikistan: Labour migration continues to play key role, in: www.irinnews.org (18.12.2003)

The Government of the republic of Tajikistan, Poverty Reduction Strategy Paper, Dushanbe, June 2002, in: www.poverty.worldbank.org/files/Tajikistan_PRSP.pdf

Trautner, Bernhard, Tadschikistan: Konflikt und Wiederaufbau – Perspektiven der Technischen Zusammenarbeit. Crisis Prevention and Conflict Transformation

Programme of GTZ, Arbeitspapier Nr.3, Oktober 2002, in:
www.bernhard.trautner.de

Zokirova, Nargis, Tajikistan in Denial Over Spiraling Suicide Rate, in: www.iwpr.net
(18.7.2003)

www.akdn.org

www.asiaplus.tajnet.com

www.brettonwoods.org

www.swisspeace.org/fast

sowie www.undp.org/rbec/programmes

www.untj.org/undp/programmes/

www.unodc.org/pdf/afg/afghanistan_opium_survey_2003.pdf

www.usaid.gov/policy/budget/cbj2004/europe_eurasia/Tajikistan.pdf

www.varorud.org